

Inhaltsverzeichnis

1. Roland Tichy	
2. Ludwig-Erhard-Stiftung	
3. Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft	
4. Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung	
5. Mont Pelerin Society	
6. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	
7. Wolfgang Clement	
8. Alternative für Deutschland (AfD)	
9. Friedrich Merz	
10. Vernunftkraft	
11. Kerntechnik Deutschland	
12. Daimler	
13. Deutsche Post-Stiftung	
14. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit	
15. Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft	

Roland Tichy

Der Journalist **Roland Tichy** (*11. November 1955 in Bad Reichenhall*), der die Kommentar- und Analyseplattform [Tichys Einblick](#) betreibt, hat sich vom wirtschaftsliberalen zum national-liberalen Publizisten entwickelt und gilt als einer der hartnäckigsten Klimaleugner.^[1] Im Interview mit der Lobbyorganisation Kerntechnik Deutschland e.V stellt Tichy als „Experte“ bedauernd fest, dass Unternehmen der Solar- und Windradindustrie nicht als „Geschäftemacher und Subventionsjäger“ gelten, sondern als Innovatoren, Pioniere und Weltverbesserer.^[2]

Als Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), ehem. Vorstandsmitglied der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Kuratoriumsmitglied der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#) und Mitglied der [Mont Pelerin Society](#) war er lange Zeit einer der führenden Strippenzieher wirtschaftsliberaler Netzwerke. Seine politischen Vorstellungen bringt er auf seiner Plattform und in einer Vielzahl von Medien zur Geltung. So schreibt er regelmäßig Kommentare in Zeitungen (z. B. in "Bild am Sonntag" die Wirtschaftskolumne) und ist bei vielen Diskussionsrunden und Talkshows in Rundfunk und Fernsehen präsent.^[3] Tichy unterhielt enge Beziehungen zur [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), einer Lobbyorganisation der Arbeitgeber. Im Februar 2013 hat die "Wirtschaftswoche" (damaliger Chefredakteur: Roland Tichy) gemeinsam mit der INSM die Sonderausgabe "Wie gerecht ist Deutschland?" herausgegeben. [Wolfgang Clement](#), der Vorsitzende des Kuratoriums der INSM, wurde von Tichy 2014 mit dem "Ludwig-Erhard-Preis" für Wirtschaftspublizistik der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) ausgezeichnet^[4]

Seit einigen Jahren vertritt Tichy zunehmend rechtskonservative Positionen. So beteiligte er sich im Frühjahr 2017 an einer von der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#) getragenen Kampagne, die Margot Käßmann als Rassistin verleumdete.^[5] Dabei wurde ein Zitat von Käßmann durch Weglassen verfälscht. Laut „Handelsblatt“ hat es der frühere CDU-Politiker [Friedrich Merz](#) 2018 abgelehnt, den von der Stiftung vergebenen Ludwig-Erhard-Preis anzunehmen, weil er nicht mit dem Stiftungsvorsitzenden Tichy auf einer Bühne auftreten wollte.^[6] Vier Mitglieder der Jury seien ausgetreten und hätten Tichy aufgefordert, die Arbeit in der Stiftung besser von seiner publizistischen Tätigkeit zu trennen.

Inhaltsverzeichnis

1 Tichys Einblick	3
2 Leugnung des menschengemachten Klimawandels	3
3 Expertenmeinung zur Energie- und Umweltproblematik	3
4 Nicht belegte Verschwörungsvorwürfe gegen Bundesregierung und Fachzeitschrift W&V	4
5 Karriere	4
6 Verbindungen und Netzwerke	4
7 Weiterführende Informationen	5
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	5
9 Einzelnachweise	5

Tichys Einblick

Auf der von Tichy betriebenen Kommentar- und Analyseplattform "Tichys Einblick" polarisieren Tichy und seine Gastautoren mit eurokritischen, nationalkonservativen und den Klimaschutz diffamierenden Artikeln.^[7]^[8] Der „Spiegel“ bezeichnete „Tichys Einblick“ als Plattform für „Salonhetzer“, die mit Verachtung und Hass gegen Kanzlerin Merkel agitieren.^[9] Die ZEIT schreibt, Tichy sei ein wirtschaftsliberaler Demokrat, doch begegne man auf seinem Internetforum Menschen, bei denen eine menschenfreundliche Haltung nicht mehr zweifelsfrei zu erkennen sei.^[10] Tichy mache sich zum Bauchredner von Menschen, die nur die totale Kapitulation abweichender Meinungen akzeptieren und in der Selbstbewaffnung gegen Migranten eine Problemlösung sehen.

Claudia Roth (Grüne) hatte im Oktober 2019 in einem Interview mit der "Augsburger Allgemeinen" zu Tichys Einblick folgendes geäußert: „Wir müssen die Stichwortgeber benennen, all diese neurechten Plattformen, deren Geschäftsmodell auf Hetze und Falschbehauptungen beruht - von Roland Tichy über Henryk M. Broder bis hin zu eindeutig rechtsradikalen Blogs“. Die Klage Tichys gegen diese Äußerung wies das Landgericht Stuttgart im Februar 2020 zurück.^[11]

Leugnung des menschengemachten Klimawandels

Unter den Journalisten gilt Tichy mit "Tichys Einblick" als einer der hartnäckigsten Leugner des Klimawandels.^{[12][13]} Eine besondere Abneigung hegt er gegen die Windenergienutzung. [Vernunftkraft](#), der Dachverband von Anti-Windkraft-Initiativen, verlinkt mehrfach zur Kolumne von Tichy, der auch als Medienberater für große Unternehmen - wie für die Daimler AG - arbeitet.^{[14][15][16]} Beim [Johannisberger Energiegipfel](#) von Vernunftkraft vom 27.02.2016 wirkte er als Moderator mit. Tichy wird auf der Webseite des [Kerntechnik Deutschland](#) e.V. unter „Expertenmeinung“ neben Mitarbeitern von Kern- und Kohlekraftwerken aufgeführt.^[17] Einer dieser Experten ist Frank Henning, der viele Jahre in Kohlekraftwerken (VEAG/Vattenfall/LEAG) beschäftigt war und heute für die Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie Energie arbeitet. Er ist Autor des Buchs „Dunkelflaute - oder warum die Energie sich nicht wenden lässt“ und schreibt die Serie „ABC des Energiewende- und Grünsprech“ online auf „Tichys Einblick“ sowie im Magazin „Tichys Einblick“. Henning tritt als Referent bei Vernunftkraft auf.^[18]

Expertenmeinung zur Energie- und Umweltproblematik

Tichy, Experte von [Kerntechnik Deutschland](#)^[19], erklärte die gegenwärtigen Energie- und Umweltprobleme in seinem Vortrag beim 9. Frankfurter Ludwig-Erhard-Dialog am 12. November 2019 wie folgt: „**Der Energiesektor ist de facto verstaatlicht. Mit dem großartigen Ergebnis, dass die Preise fast täglich steigen, die Umweltbelastung zunimmt, der CO2-Ausstoß steigt und die Versorgungssicherheit abnimmt**“^[20] Diese sehr spezielle Sichtweise belegt oder erläutert er nicht weiter.

Zu den Mitgliedern der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), die die Expertise ihres Vorsitzenden Tichy nutzen können, gehört Carsten Linnemann, Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, dessen Mitarbeiterin Stephanie von Ahlefeld am 1. September 2019 als Leiterin der Abteilung „Energiepolitik - Strom und Netze“ in das Bundeswirtschaftsministerium gewechselt und damit für die Ausgestaltung der Energiewende zuständig ist. Nach einem Bericht der „taz“ gilt sie im Ministerium als verlängerter Arm der Energiewendegegner aus der CDU-Fraktion.^[21]

Nicht belegte Verschwörungsvorwürfe gegen Bundesregierung und Fachzeitschrift W&V

Aus einem Interview mit dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) geht hervor, dass Tichy an eine Verschwörung von „Linken“ und regierungsnahen Werbeagenturen glaubt, die aus dem Hochhaus der „Süddeutschen Zeitung“ gesteuert werden.^{[22][23]} Die Regierung von Angela Merkel fördere „bestimmte Werbeagenturen, die dann gewissermaßen als Lohn für die fetten Aufträge politische Gegner niederkämpfen“. Koordiniert werde das von der Marketing-Fachzeitschrift W&V, die zum Süddeutschen Verlag gehört. Tichy erklärt oder belegt seine Vorwürfe nicht.

Karriere

- 09/2015 - 01/2017 Herausgeber der Xing News^{[24][25]}
- seit 2014 Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- 2007 - 2014 Chefredakteur der "Wirtschaftswoche"
- 2005 - 2007 Chefkolumnist und später Stellv. Chefredakteur des "Handelsblatts"
- 2002 - 2004 Chefredakteur des Magazins "Euro"
- 1999 - 2002 Chefredakteur der Zeitschrift "Die Telebörse"
- 1996 - 1997 Leiter der Abteilung "Corporate Issues Management" bei [Daimler](#)
- 1991 - 1996 Stellv. Chefredakteur des Wirtschaftsmagazins "Capital", dann Chefredakteur des Unternehmermagazins "Impulse"
- 1990/91 Mitglied des Beraterstabs des Rundfunkbeauftragten der Neuen Länder (Rudolf Mühlfenzl)
- 1985 -1990 Bonner Korrespondent für die "Wirtschaftswoche"
- 1983 - 1985 Mitarbeiter im Planungsstab des Bundeskanzleramtes
- 1981 - 1983 Wissenschaftlicher Assistent am Volkswirtschaftlichen Institut der Ludwig-Maximilians-Universität in München
- 1976 - 1981 Studium der Volkswirtschaftslehre, Politik und Kommunikationswirtschaft, Dipl.-Volkswirt
- 1976 - 1980 Deutsche Journalistenschule München

Quelle: ^{[26][27][28]}

Verbindungen und Netzwerke

- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Vorsitzender des Vorstands
- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), ehem. Mitglied des Vorstands
- [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), ehem. Mitglied des Kuratoriums
- [Deutsche Post-Stiftung](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats^[29]. Die [Deutsche Post-Stiftung](#) ist alleinige Gesellschafterin des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA)

- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
- [Mont Pelerin Society](#), Mitglied

Weiterführende Informationen

- [Roland Tichy Der Bauchredner](#), ZEIT ONLINE 16.02.2017

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Klimaschutz Es könnte ungemütlich werden](#), cicero.de vom 09.07.2019, abgerufen am 18.04.2020
2. ↑ https://www.kernd.de/kernd/Politik-und-Gesellschaft/expertenmeinung/08_tichy.php, kern.de vom Mai 2015, abgerufen am 18.04.2020
3. ↑ [Auszug auf der Webseite der Ludwig-Erhard-Stiftung](#), abgerufen am 18.04.2020
4. ↑ [Ludwig-Erhard-Preis](#), Pressemeldung der INSM vom 17.10.2014, Website INSM, abgerufen am 18.04.2020
5. ↑ [AfD, Broder und Tichy verleumden Margot Käßmann als Rassistin](#), uebermedien.de vom 29.05.2017, abgerufen am 18.04.2020
6. ↑ <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/populismus-vorwurf-eklat-in-der-ludwig-erhard-stiftung-friedrich-merz-lehnt-preis-ab/22798842.html>, handelsblatt.com vom 16.07.2018, abgerufen am 24.08.2020
7. ↑ [Was Xing über Tichys Einblicke sagt](#), wuv.de vom 26.02.2017 abgerufen am 18.04.2020
8. ↑ [Klimaschutz: Heuchelei entlarvt im Spiegel des Narren](#), tichyseinblick.de vom 07.06.2017, abgerufen am 18.04.2020
9. ↑ [Was Xing über Tichys Einblicke sagt](#), wuv.de vom 26.02.2017, abgerufen am 18.04.2020
10. ↑ [Der Bauchredner](#), ZEIT ONLINE vom 16.02.2017, abgerufen am 18.04.2020
11. ↑ [Roland Tichy scheitert mit Klage gegen Claudia Roth](#), zeit.de vom 21.02.2020, abgerufen am 21.05.2020
12. ↑ [Es könnte ungemütlich werden](#), cicero.de vom 09.07.2019, abgerufen am 18.04.2020
13. ↑ [Konservatives Zerwürfnis](#), djv.de vom 16.07.2018. abgerufen am 18.04.2020
14. ↑ [Roland Tichy](#), premium-speakers.com, abgerufen am 18.04.2020
15. ↑ [Der deutsche Don Quijote gewinnt meist](#), tagesspiegel.de vom 14.06.2019, abgerufen am 18.04.2020
16. ↑ [Profil](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 18.04.2020
17. ↑ [Expertenmeinung](#), kern.de, abgerufen am 18.04.2020
18. ↑ [Seelenschänder vor Gericht](#), vernunftkraft.de vom 04.11.2017, abgerufen am 18.04.2020
19. ↑ [Expertenmeinung](#), kernd.de, abgerufen am 18.04.2020
20. ↑ [Brauchen wir jetzt mehr oder weniger Ludwig Erhard?](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 18.04.2020
21. ↑ [Der Wind hat sich gedreht](#), taz.de vom 15.11.2019, abgerufen am 18.04.2020

22. ↑ Frank Zimmer: Tichys Durchblick, 23.01.2017, schmalbart.de, Lnk funktioniert nicht! abgerufen am 29.04.2020
23. ↑ Wörtliches Transkript des Interviews mit dem RBB-Mitarbeiter Jörg Wagner, 21.01.2017, www.wagner.tv, abgerufen am 18.04.2020
24. ↑ <https://www.pressebox.de/pressemitteilung/xing-ag/XING-baut-eigene-News-Redaktion-auf-Roland-Tichy-wird-Herausgeber-Jennifer-Lachman-Chefredakteurin/boxid/758378>, pressebox.de vom 30.09.2015, abgerufen am 18.04.2020
25. ↑ Roland Tichy arbeitet nicht mehr für Xing, 09.01.2017, gruenderszene.de, abgerufen am 18.04.2020
26. ↑ <https://www.tichyseinblick.de/autoren/roland-tichy/>, tichyseinblick.de, abgerufen am 18.04.2020
27. ↑ Profil auf Tichys Einblick, abgerufen am 18.04.2020
28. ↑ Profil bei London Speaker Bureau, abgerufen am 18.04.2020
29. ↑ Wissenschaftlicher Beirat, deutsche-post-stiftung.org, abgerufen am 23.03.2019

Ludwig-Erhard-Stiftung

Die **Ludwig-Erhard-Stiftung** wurde 1967 durch den früheren Bundeskanzler **Ludwig Erhard** gegründet. Nach eigenen Angaben hat sie die Aufgabe, freiheitliche Grundsätze in Politik und Wirtschaft zu fördern und die Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard zu stärken. Sie ist personell mit wirtschaftsnahen Netzwerken und Denkfabriken verbunden, mit denen sie auch gemeinsame Veranstaltungen organisiert.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Rechtsform	e.V.
Tätigkeitsbereich	Verbreitung marktliberaler Ideen
Gründungsdatum	1967
Hauptsitz	Bonn
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.ludwig-erhard-stiftung.de

Inhaltsverzeichnis

1 Fallstudien und Kritik	7
1.1 Streit um den Vorsitzenden Roland Tichy	7
1.2 "Türöffner" für Google zu Regulierungsinstanzen	7
2 Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Stiftung	7
3 Organisationsstruktur und Personal	8
3.1 Vorstand und Geschäftsführung	8
3.2 Wissenschaftlicher Beirat	9
3.3 Mitglieder	9
4 Jenaer Allianz (zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft)	10
5 Weitere Kooperationen	10
6 Zitate von Müller-Armack	10
7 Kurzdarstellung und Geschichte	11
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	11
9 Einzelnachweise	11

Fallstudien und Kritik

Streit um den Vorsitzenden Roland Tichy

Laut „Handelsblatt“ hat es der frühere CDU-Politiker [Friedrich Merz](#) 2018 abgelehnt, den von der Stiftung vergebenen Ludwig-Erhard-Preis anzunehmen, weil er nicht mit dem Stiftungsvorsitzenden [Roland Tichy](#) auf einer Bühne auftreten wollte.^{[1][2]} Vier Mitglieder der Jury seien ausgetreten und hätten Tichy aufgefordert, die Arbeit in der Stiftung besser von seiner publizistischen Tätigkeit zu trennen. Tichy betreibt den Blog „Tichy's Einblick“, der von Kritikern als rechtspopulistisch bezeichnet wird.

"Türöffner" für [Google](#) zu Regulierungsinstanzen

Am 10. September 2015 veranstaltete die Ludwig-Erhard-Stiftung ein Roundtable-Dinner mit [Google](#)-Chefökonom Hal Varian zum Thema "Digitale Märkte und Wettbewerb am Beispiel von Google".^[3] Von Google nahmen die folgenden weiteren Vertreter - zum Großteil Lobbyisten - teil: Ralf Brenner (Communications and Public Affairs Manager), Arnd Haller (Director, Leiter der Rechtsabteilung, NACE), Julia Holtz (Director, Competition), Sonia Khan (Public Policy & Government Relations, Google Deutschland), Lutz Macho (Public Policy and Government Relations Analyst) und Kay Oberbeck (Head of Communications & Public Affairs D/A/CH). Zu den weiteren Teilnehmern gehörten u. a. hochrangige Vertreter der folgenden Regierungsinstitutionen, die für die Regulierung der digitalen Märkte in Deutschland zuständig sind: [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#), [Bundesnetzagentur](#), [Bundeskartellamt](#) und [Nationaler Normenkontrollrat](#). Weiterhin anwesend war Friedrich Thelen, Inhaber des Politikberatungsunternehmens [Thelen Consult](#), das laut seiner Webseite Unternehmen auf dem politischen Parkett vertritt und ihnen auf höchster Ebene Gehör verschafft, wenn auf der unteren Ebene die Bürokratie versagt. Thelen war wie der Stiftungsvorsitzende [Roland Tichy](#) jahrelang bei der "Wirtschaftswoche" tätig und ist Autor von [Tichy's Einblick](#).

Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Stiftung

Ludwig Erhard (geboren 1897 in Fürth, gestorben 1977 in Bonn) gilt als Begründer der Sozialen Marktwirtschaft und des Mottos „Wohlstand für alle“. Am 20. September 1949 wurde Erhard als Wirtschaftsminister im ersten Bundeskabinett unter Bundeskanzler Adenauer vereidigt. Am 16. Oktober 1963 wurde er zum Bundeskanzler gewählt; am 1. Dezember 1966 trat Erhard von diesem Amt zurück.

Der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft ist nicht eindeutig. Zum Teil wird unter ihr die von Erhard und seinem Staatssekretär Müller-Armack entwickelte wirtschaftspolitische Konzeption verstanden, nach der der Markt zwar im Prinzip als optimales Steuerungsinstrument wirkt, sozial unbefriedigende Marktergebnisse jedoch vom Staat korrigiert werden sollten. Andere verstehen unter Sozialer Marktwirtschaft die sich aus dieser Konzeption im Wege von politischen Kompromissen herausgebildete Realität des Sozialstaats mit wirtschaftlicher Globalsteuerung, einem System der sozialen Sicherung und einer breiten Streuung des Eigentums. In dem auf der Website der Stiftung veröffentlichten „Lebenslauf Ludwig Erhard“^[4] wird auf Erhards Überzeugung hingewiesen, dass marktwirtschaftliche Politik jederzeit sorgfältig auf die jeweiligen

sozialen Verhältnisse abgestimmt sein müsse. Marktwirtschaft fördere die Effizienz der Wirtschaft. Die Politik der Sozialen Marktwirtschaft habe dafür zu sorgen, dass sich zugleich mit der Herstellung und Vervollkommnung der marktwirtschaftlichen Ordnung auch die Lage der Bevölkerung verbessere und sich „Wohlstand für alle“ ausbreite. Heute plädierten Wissenschaftler für eine prinzipielle marktwirtschaftliche Politik ohne soziale Rücksichtnahmen. Politiker, die solchen Empfehlungen folgten, spürten jedoch schnell die Grenzen der Belastungsfähigkeit der Bevölkerung.

In den Stellungnahmen der Stiftung finden sich keine Aufforderungen zu sozialer Rücksichtnahme oder gar zu staatlichen sozialen Korrekturen. Vielmehr wird im Einklang mit vielen anderen neoliberalen Denkfabriken und Netzwerken der Markt als Allheilmittel propagiert, den es gilt, mit Privatisierungen und Deregulierungen möglichst weitgehend durchzusetzen. Hans D. Barbier, der langjährige Vorsitzende des Vorstands der Stiftung, hat diesen Gedanken im Hinblick auf die Sozialpolitik wie folgt formuliert: „Die Erfolgsformel einer auch das Soziale bedienenden Wirtschaftspolitik heißt Marktwirtschaft“.^[5]

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand und Geschäftsführung

Vorsitzender des Vorstands:

- **Roland Tichy**
 - Mitglied des Vorstands der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#) und der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#)
 - Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
 - Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
 - Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der [Deutsche Post-Stiftung](#)
 - bis 2014 Chefredakteur der "Wirtschaftswoche"

Auf der von Tichy betriebenen Kommentar- und Analyseplattform "Tichys Einblick" polarisieren Tichy und seine Gastautoren mit eurokritischen, nationalkonservativen und den Klimaschutz diffamierenden Artikeln.^[6]^[7] Der „Spiegel“ bezeichnete „Tichys Einblick“ als Plattform für „Salonhetzer“, die mit Verachtung und Hass gegen Kanzlerin Merkel agitieren.^[8] Die ZEIT schreibt, Tichy sei ein wirtschaftsliberaler Demokrat, doch begegne man auf seinem Internetforum Menschen, bei denen eine menschenfreundliche Haltung nicht mehr zweifelsfrei zu erkennen sei.^[9] Tichy mache sich zum Bauchredner von Menschen, die nur die totale Kapitulation abweichender Meinungen akzeptieren und in der Selbstbewaffnung gegen Migranten eine Problemlösung sehen.

Stellvertretende Vorsitzende:

- **Ulrich Blum**
 - Professor für Volkswirtschaftslehre an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
 - langjähriger Präsident des [Institut für Wirtschaftsforschung Halle](#) (IWH), der Anfang September 2011 nach Vorwürfen über unzureichende wissenschaftliche Leistung zurücktrat^[10]
 - Wissenschaftlicher Beirat und Gesellschafter der Future Value Group AG und der Visionometrics GmbH
 - Unterstützer der [Alternative für Deutschland](#)
- **Ursula Heinen-Esser**
 - Geschäftsführerin der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE)
 - ehem. Hauptgeschäftsführerin des [Bundesverband für Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau](#)

- ehem. Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- [Oswald Metzger](#)
 - Mitglied des CDU-Landesvorstands Baden-Württemberg
 - Geschäftsführer des [Konvent für Deutschland](#)
 - Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)
 - Chefredateur des „The European“

Schatzmeister: Alexander Tesche, Mitglied des Vorstands der Ed. Züblin AG, Schatzmeister der Vereinigung Europäischer Parlamentarier und Industrieller

Geschäftsführer: Lars Vogel (Stand: Juli 2017) Quelle: ^[11]

Wissenschaftlicher Beirat

Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a.:

- [Lars P. Feld](#)
 - Direktor des [Walter Eucken Institut](#)
 - Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung \(SVR\)](#)
 - Sprecher des "Kronberger Kreises" der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
 - Beiratsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
 - Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)

Mitglieder

Die [hier](#) abrufbaren Mitglieder sind zu einem großen Teil Unternehmer/Manager, aktuelle und ehemalige Vertreter von Wirtschaftsverbänden, dem Wirtschaftsflügel der CDU und der FDP nahestehende Personen sowie marktliberale Professoren und Journalisten.

Prominente Mitglieder sind:

- [Jens Spahn](#) (CDU), Bundesminister für Gesundheit
- Dorothee Bär (CSU), Staatsministerin für Digitalisierung
- Carsten Linnemann, Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Mitglied im Bundesvorstand der CDU
- [Jens Weidmann](#), Präsident [Deutsche Bundesbank](#)
- Andreas Mundt (FDP), Präsident des Bundeskartellamts

(Stand: März 2018)

Jenaer Allianz (zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft)

Die Ludwig-Erhard-Stiftung gehört der 2008 gegründeten [Jenaer Allianz](#) an, einem Kooperationsnetzwerk von Organisationen, Institutionen und Personen, die sich der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft nach neoliberalen Vorstellungen verpflichtet fühlen. Weitere Mitglieder der Jenaer Allianz sind: [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), [Bund Katholischer Unternehmer e.V.](#), [Die Familienunternehmer - ASU](#), [Institut für Wirtschaftspolitik](#), [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), [Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft](#), [Walter Eucken Institut](#), [Wilhelm-Röpke-Institut](#). Zu den Initiatoren der Jenaer Allianz zählt auch das [Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut](#), dessen Präsident, [Thomas Straubhaar](#), die Gründung des [Wilhelm-Röpke-Institut](#) im Jahr 2007 initiiert hat.^[12]

Weitere Kooperationen

Die Stiftung kooperierte mit

- der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und der [Deutsche Stiftung Eigentum](#) bei einer Konferenz zum Thema "Bargeld ist geprägte Freiheit"^[13]
- dem [Wirtschaftsrat der CDU](#) beim "Europa-Forum"^[14]
- beim FORUM FREIHEIT 2019 u.a. mit den folgenden Organisationen: [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), [Freier Verband Deutscher Zahnärzte](#), [Forum Freie Gesellschaft](#) und [Institut für Unternehmerische Freiheit \(IUF\)](#).^[15] Referent war u.a. der Klimaleugner Michael Limburg, Vizepräsident des [Europäisches Institut für Klima und Energie \(EIKE\)](#) sowie Mitglied der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#) und der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)

Zitate von Müller-Armack

Müller-Armack hat als Staatssekretär von Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft konzipiert. Die folgenden Zitate stammen aus seinem Werk „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“^[16]

Zu **Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit:**

"Es war ein folgenschwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen und damit die Frage der zweckmäßigen technischen Austauschform mit der Frage des sozial und staatlich Erwünschten zu verquicken"

Zu **Mindestlöhnen:**

"Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindesthöhe zu normieren, die sich im wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohns hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden"

Kurzdarstellung und Geschichte

Mit Publikationen, Vorträgen und Symposien soll in der Öffentlichkeit Verständnis für die Soziale Marktwirtschaft geweckt werden. Die Stiftung gibt die Vierteljahresschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“, das Jugendmagazin „Im Klartext“ sowie Schriftenreihen heraus und unterhält ein Dokumentationszentrum über **Ludwig Erhard**. Die Stiftung vergibt Preise für Wirtschaftspublizistik sowie für Verdienste um die Soziale Marktwirtschaft. Der Etat wird laut Vereinsatzung aus dem Stiftungsvermögen, durch freiwillige Beiträge und durch Spenden finanziert. Für den jährlich aufzustellenden Jahresabschluss und Geschäftsbericht besteht keine Publikationspflicht.

Die Stiftung steht der Arbeitgeber-Lobbyorganisation **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** (INSM) nahe, mit der sie bei Veranstaltungen kooperiert.^[17] **Wolfgang Clement**, der Vorsitzende des Kuratoriums der INSM wurde von der Stiftung 2014 mit dem "Ludwig-Erhard-Preis" für Wirtschaftspublizistik der Stiftung ausgezeichnet^[18]. Der Stiftungsvorsitzende, **Roland Tichy**, ist bei Veranstaltungen der INSM als Moderator tätig.^[19] **Oswald Metzger**, Vorstandsmitglied der Stiftung, ist Botschafter der INSM. Weitere INSM-Botschafter sind die Stiftungs-Mitglieder **Randolf Rodenstock** und **Joachim Starbatty**.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Eklat in der Ludwig-Erhard-Stiftung - Friedrich Merz lehnt Preis ab](#), handelsblatt.com vom 16.07.2018, abgerufen am 16.07.2018
2. ↑ [Streit in Ludwig-Erhard-Stiftung](#), deutschlandfunk.de vom 16.07.2018, abgerufen am 16.07.2018
3. ↑ [Teilnehmerliste, Webseite Ludwig-erhard-Stiftung](#), abgerufen am 21. 12. 2015
4. ↑ abgerufen am 18. September 2011
5. ↑ Zitiert in der Laudatio von Hans Tietmeyer auf Hans D. Barbier als Preisträger 2001 der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#), veröffentlicht auf der Website der [Hayek-Stiftung](#)
6. ↑ [Was Xing über Tichys Einblicke sagt](#), wuv.de vom 26.02.2017
7. ↑ [Klimaschutz: Heuchelei entlarvt im Spiegel des Narren](#), tichyseinblick.de vom 07.06.2017, abgerufen am 02.01.2017
8. ↑ [Was Xing über Tichys Einblicke sagt](#), wuv.de vom 26.02.2017
9. ↑ [Der Bauchredner](#), ZEIT ONLINE vom 16.02.2017, abgerufen am 07.01.2017
10. ↑ [Wirtschaftsforschung IWH-Chef Ulrich Blum tritt zurück](#), FAZ vom 7. September 2011, Website FAZ, abgerufen am 18.9.2011
11. ↑ [Der Vorstand](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 22.07.2017
12. ↑ [Über uns Geschichte des hwwwi](#), Website HWWI, abgerufen am 1. 10. 2011
13. ↑ [Bargeld ist geprägte Freiheit](#), Kooperationsveranstaltung vom 21.09.2016, stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 30.09.2016
14. ↑ [https://www.ludwig-erhard.de/termine/list/?tribe_paged=1&tribe_event_display=past Europa-Forum], ludwig-erhard.de, abgerufen am 15.01.2018
15. ↑ [FORUM FREIHEIT 2019](#), hayek.de, abgerufen am 08.10.2019

16. ↑ Zitiert nach: Thomas Strobl: Soziale Marktwirtschaft Ökonomie als Instrument, nicht als Selbstzweck, FAZ 11. April 2009, Website FAZ, abgerufen am 19.9.2011
17. ↑ Reform der Erbschaftssteuer, 24. September 2015, Webseite der Stiftung, abgerufen am 17.10.2015
18. ↑ Ludwig-Erhard-Preis, Pressemeldung der INSM vom 16. 10. 2014, Webseite INSM, abgerufen am 16.10.2015
19. ↑ Marktwirtschaftlicher Dialog der INSM, 12.02.2014, Webseite flickr, abgerufen am 17. 10. 2015

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Verbreitung neoliberaler Ideen
Gründungsdatum	23. Januar 1953
Hauptsitz	Tübingen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.asm-ev.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	12
2 Alexander Rüstow	13
3 Organisationsstruktur und Personal	13
3.1 Vorstand	13
3.2 Beirat	14
4 Kooperationen	15
5 Förderer	15
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	15
7 Einzelnachweise	15

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V. (ASM), ein eingetragener Verein mit Sitz in Tübingen, wurde 1953 als eine Vereinigung von Wissenschaftlern, Unternehmern, Verbänden und Privatpersonen gegründet.^[1] Nach eigenen Angaben setzt sich die ASM für den Schutz und die Förderung des Privateigentums, die Entscheidungsfreiheit des Unternehmers und den Leistungswettbewerb als Grundlage einer gerechten Gesellschaft ein. Die Soziale Marktwirtschaft wolle die Freiheit auf dem Markt mit dem sozialen Ausgleich verbinden. Doch erst die marktwirtschaftliche Leistung mache sozialen Fortschritt möglich. Der einzelne Mensch werde nicht allein gelassen, doch dürfe ihm die individuelle Verantwortung nicht abgenommen werden. Die ASM organisiert Veranstaltungen, erstellt Publikationen (Schriftenreihe „Marktwirtschaftliche Reformpolitik“) und verleiht die „Alexander Rüstow-Plakette“.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Ausbildung der jungen Generation verfolgt die ASM das Projekt "Soziale Marktwirtschaft im Unterricht". Dabei sollen auch der Gedanke einer Weiterentwicklung von Regeln im Sinne des neoliberalen Vordenkers [Friedrich August von Hayek](#) didaktisiert werden.^[2]

Alexander Rüstow

Alexander Rüstow (geboren 1885 in Wiesbaden, gestorben 1963 in Heidelberg) war bis 1962 Vorsitzender und danach Ehrenvorsitzender der ASM. Er war ein aufgeklärter und differenziert denkender Wirtschaftsliberaler, der den Markt zwar als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung, nicht jedoch als Allheilmittel betrachtete:

„Der schwerste Fehler des Liberalismus liegt in seinem Pseudouniversalismus, seiner Blindheit für die Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, die seine Geltung begrenzen“.^[3]

Aus der Erkenntnis heraus, dass die Wohltaten des Marktes nur bei funktionierendem Wettbewerb entstehen können, forderte Rüstow eine konsequente Wettbewerbspolitik mit striktem Kartellverbot, Fusionskontrolle und Entflechtungsmöglichkeiten. Er ging sogar so weit, die Sozialisierung von Unternehmen zu empfehlen, deren Monopolstellung unvermeidlich ist: „Sozialisierung aller Wirtschaftszweige, die wie insbesondere der Schienenverkehr und die public utilities, aus natürlichen, technischen oder sonstigen Gründen eine unvermeidliche Monopolstellung haben (Sozialisierung der Rüstungsindustrie dürfte sich auch noch aus anderen als wirtschaftlichen Gründen empfehlen). Solange doch noch ausnahmsweise private Monopole, insbesondere Trusts, bestehen: scharfe Staatsaufsicht mit Preisgenehmigung und Lieferzwang“.^[4]

Solche Positionen werden von den heutigen Repräsentanten der ASM nicht mehr vertreten. Diese unterscheiden sich in ihrer Marktgläubigkeit und dem Motto „mehr Markt – weniger Staat“ nicht von den anderen neoliberalen Netzwerken, mit denen sich die ASM auch personell überschneidet.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

(Stand: August 2019)

- [Nils Goldschmidt](#) (Vorsitzender), Professor für Kontextuale Ökonomik und ökonomische Bildung an der Universität Siegen mit Verbindungen zu den folgenden Organisationen:
 - [Wilhelm-Röpke-Institut](#): Vorstandsmitglied
 - [Walter Eucken Institut](#): Affiliated Fellow
 - [NOUS](#): Mitglied
 - [Roman Herzog Institut](#): Experte
 - [Jenaer Allianz](#): Gründungsmitglied
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#): ehem. Mitglied
- [Rolf Hasse](#) (Stellv. Vorsitzender), Vorsitzender der [Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft](#), Sprecher des Promotionskolleg Soziale Marktwirtschaft der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#) (KAS)
- [Karen Horn](#) (Stellv. Vorsitzende), Publizistin, ehemalige Leiterin des Berliner Büros des arbeitgebernahen [Institut der deutschen Wirtschaft](#), ist u. a. Mitglied/Funktionsträger der folgenden Organisationen:
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - [Walter Eucken Institut](#): Stellv. Vorsitzende des Kuratoriums
 - [Open Europe Berlin](#): Mitglied des Kuratoriums

- Herbert Giersch Stiftung: Mitglied des Vorstands
- Institut der deutschen Wirtschaft: Fellow
- Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA): Gründungsmitglied der Policy Fellows
- Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft: bis 7/2015 Vorsitzende des Vorstands
- Taiga Brahm. Professur für Ökonomische Bildung und Wirtschaftsdidaktik an der Eberhard Karls Universität Tübingen
- Claus Dierksmeier, Professur für Globalisierungs- und Wirtschaftsethik an der Eberhard Karls Universität Tübingen, Direktor des Weltethos-Institut, Tübingen

Beirat

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a. (Stand: Januar 2018):

- Lars P. Feld
 - Walter Eucken Institut, Leiter
 - Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher "Kronberger Kreis"
 - Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - NOUS, Mitglied
 - Mont Pelerin Society, Mitglied
- Otmar Issing
 - Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Botschafter
 - Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung, Mitglied des Kuratoriums
 - Walter Eucken Institut, Mitglied
 - Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
 - NOUS, Mitglied
 - Goldman Sachs, Berater
- Joachim Starbatty, emeritierter Professor, Europaabgeordneter der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#), aus der er inzwischen ausgetreten ist
 - Ludwig-Erhard-Stiftung: Mitglied
 - Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft: Mitglied
 - Open Europe Berlin: Mitglied des Kuratoriums
 - Mont Pelerin Society: Mitglied
- Gerhard Wegner
 - Wilhelm-Röpke-Institut, Vorsitzender des Vorstands
 - Walter Eucken Institut, Mitglied
 - NOUS, Mitglied
 - Konrad-Adenauer-Stiftung, Kollegprofessor des Promotionskollegs "Soziale Marktwirtschaft"
- Michael Wohlgemuth
 - Open Europe Berlin, Direktor
 - Walter Eucken Institut, Affiliated Fellow
 - NOUS, Mitglied
- Joachim Zweynert, Professor Internationale Politische Ökonomie an der Universität Witten/Herdecke
 - Wilhelm-Röpke-Institut, Mitglied
 - NOUS, Mitglied

Kooperationen

Die ASM kooperiert mit den folgenden Organisationen:

- [Hanns Martin Schleyer-Stiftung](#)
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [NOUS](#)
- Promotionskolleg "Soziale Marktwirtschaft" der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Walter Eucken Institut](#)
- [Weltethos-Institut](#)
- [Wilhelm-Röpke-Institut](#)
- [Zentrum für ökonomische Bildung \(ZÖBiS\)](#)

Förderer

Die ASM wird von der Heinz Nixdorf Stiftung gefördert.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

[Newsletter](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [ASM/Aufgabe](#), Website ASM, abgerufen am 29.9.2011
2. ↑ [Soziale Marktwirtschaft im Unterricht](#), [Webseite ASM](#), abgerufen am 20.08.2019
3. ↑ Alexander Rüstow: Die Defizite des Liberalismus, in: Alexander Rüstow: Die Religion der Marktwirtschaft, Walter Eucken Archiv Reihe Zweite Aufklärung, Bd. 4, 3. Auflg., Berlin 2009, S. 40
4. ↑ Rüstow: Der dritte Weg, in: Religion der Marktwirtschaft, S. 55

Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung

Die **Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung** setzt sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne des marktradikalen Vordenkers [Friedrich August von Hayek](#) ein. Zu diesem Zweck vergibt sie alle zwei Jahre den Internationalen Preis der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung sowie den Publizistikpreis der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung. Die Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung ist nicht identisch mit der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), die mit der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) kooperiert.

Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung



Rechtsf Stiftung
orm

Tätigkei Förderung marktradikaler
tsbereic Vorstellungen im Sinne von [Friedrich](#)
h [August von Hayek](#)

Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung

Gründungsdatum 1999
Hauptsitz Freiburg
Lobbybüro
Lobbybüro EU
Webadresse www.hayek-stiftung.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	16
2 Gremien der Stiftung	17
2.1 Vorstand der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung	17
2.2 Kuratorium der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung	18
3 Preise der Stiftung	19
4 Kooperationen	20
4.1 Centrum für Europäische Politik/Stiftung Ordnungspolitik	20
4.2 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	20
4.3 Stiftung Marktwirtschaft	20
4.4 Stockholm Network	20
5 Weiterführende Informationen	20
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	20
7 Einzelnachweise	21

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung wurde im Mai 1999 zum 100. Geburtstag des marktradikalen Vordenkers [Friedrich August von Hayek](#) ins Leben gerufen. Zu den Gründern gehören [Lüder Gerken](#) (Vorsitzender des [Centrums für Europäische Politik](#)), Ex-Bundespräsident [Roman Herzog](#) und die Württembergische Versicherung (1999 zur [Wüstenrot & Württembergische](#)-Gruppe fusioniert) als Stifter. Diese hat die Stiftung mit einem Kapitalstock ausgestattet und stiftet die Preise, die verliehen werden. Der Vorstandsvorsitzende der Wüstenrot & Württembergische AG, [Alexander Erdland](#), ist Mitglied des Kuratoriums der Stiftung. Erdland ist auch Präsident des [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (GDV), der einflussreichen Versicherungs-Lobbyorganisation. Im Kuratorium sitzen Lobbyisten und Mitglieder wirtschaftsnaher Netzwerke.

Laut ihrer [Broschüre](#) hat der Schutz der Freiheit, den es nur in einer Marktwirtschaft gibt, unbedingtes Ziel und damit auch Handlungsbeschränkung aller Politik zu sein. Damit wird der Politik letztlich die Berechtigung abgesprochen, in den freien Markt einzugreifen. Unter dem Stichwort "Demokratie" wird in der Broschüre auch der Einfluss von Verbänden, die Sonderinteressen vertreten, angeprangert. Die Politiker seien vielfach wehrlos, weil sie auf diese Interessengruppen angewiesen seien, um eine Mehrheit für ihre Politik zu erhalten. Dabei wird die Stiftung selbst durch eine Sonderinteressen vertretende Versicherung gefördert.

Gremien der Stiftung

Vorstand der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung

Name	Verbindungen
	<ul style="list-style-type: none">• Stiftung Ordnungspolitik, Vorsitzender des Vorstands• Centrum für Europäische Politik (CEP), Vorsitzender
Lüder Gerken	<ul style="list-style-type: none">• Walter Eucken Institut, ehem. Direktor• Stiftung Marktwirtschaft, ehem. Vorstand• Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Kurator

(Stand: Dezember 2018) Quelle: ^[1]

Kuratorium der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung

Name	Verbindungen
Horst Köhler (Vorsitzender)	<ul style="list-style-type: none"> • CDU, ehemaliger Bundespräsident • Konrad-Adenauer-Stiftung, Mitglied des Kuratoriums • Friede Springer Stiftung, Mitglied des Kuratoriums
Leszek Balcerowicz	<ul style="list-style-type: none"> • Polnische Nationalbank, ehem. Präsident • Mitglied mehrerer wirtschaftsnaher Netzwerke und Denkfabriken
Heinrich Otto Deichmann	<ul style="list-style-type: none"> • Deichmann SE, Geschäftsführer
Udo di Fabio	<ul style="list-style-type: none"> • 1999-2011 Richter am Bundesverfassungsgericht • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Lüder Gerken	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstand der Hayek Stiftung
Otmar Issing	<ul style="list-style-type: none"> • Center for Financial Studies (CFS), Präsident • Mitglied mehrerer wirtschaftsnaher Netzwerke und Denkfabriken
Renate Köcher	<ul style="list-style-type: none"> • Institut für Demoskopie Allensbach, Geschäftsführerin • Mitglied des Aufsichtsrats mehrerer Unternehmen und Kuratoriumsmitglied mehrerer Stiftungen
Nicola Leibinger-Kammüller	<ul style="list-style-type: none"> • TRUMPF GmbH + Co. KG, Vorsitzende der Geschäftsführung • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Kuratoriums
Ludger Schuknecht	<ul style="list-style-type: none"> • OECD, Stellv. Generalsekretär • Bundesministerium der Finanzen, bis 2018 Abteilungsleiter
Jürgen Stark	<ul style="list-style-type: none"> • Europäische Zentralbank (EZB), ehem. Direktoriumsmitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Botschafter • Wirtschaftsforum der FDP, Mitglied
Roland Tichy	<ul style="list-style-type: none"> • Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender des Vorstands • Mitglied mehrerer wirtschaftsnaher Netzwerke und Denkfabriken

(Stand: März 2019) Quelle: ^[2]

Preise der Stiftung

Alle zwei Jahre vergibt die Stiftung einen internationalen Preis und einen Publizistik-Preis. Die Preise werden Persönlichkeiten verliehen, "die sich durch beispielhafte und außergewöhnliche Leistungen bei der Errichtung, Stärkung oder sonstigen Förderung einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland, in Europa oder in anderen Teilender Welt ausgezeichnet haben".

Preisträger 2003

Ex-Premierministerin Margaret **Thatcher** (international)

Johan **Norberg** für sein Buch „In Defense of Global Capitalism“, in dem er in überzeugender Weise gängige Vorurteile über die vermeintlich ungerechten Auswirkungen der Globalisierung widerlegt habe (Publizistik)

Preisträger 2005

EU-Wettbewerbskommissar Mario **Monti** für seinen Einsatz für offene Märkte und Wettbewerb in der EU (international)

[Karen Horn](#), Wirtschaftsjournalistin, damalige Vorsitzende der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und Geschäftsführerin der Wert der Freiheit gGmbH, bis Ende März 2012 Berliner Büroleiterin des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), für ihr jahrelanges Eintreten für marktwirtschaftliche Prinzipien und Reformen in ihren Kommentaren und Berichterstattungen (Publizistik)

Preisträger 2007

Mikulàs **Dzurinda**, ehemaliger Ministerpräsident der Slowakei, der die Wirtschaft dereguliert und einen einheitlichen Steuersatz von 19 % eingeführt hat (international)

Horst **Siebert**, ehemaliger Präsident des Instituts für Weltwirtschaft an der Uni Kiel und Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Publizistik)

Preisträger 2009

Václav **Klaus**, Präsident der Tschechischen Republik, Bewunderer von Thatcher und Reagan, für seine Bewährung als unbeirrbarer, streitbarer Liberaler. Klaus hat bis zuletzt den von beiden Kammern des Tschechischen Parlaments gebilligten EU-Vertrag blockiert (international)

[Paul Kirchhof](#), ehemaliger Bundesverfassungsrichter, für sein besonderes Bemühen um eine freie Wirtschaftsordnung. Der ehemalige Botschafter des neoliberalen Netzwerkes [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) setzt sich für eine Steuerreform ein, die u. a. einen einheitlichen Steuersatz von 25 % bei der Einkommensteuer vorsieht^[3] (Publizistik)

Preisträger 2011

Leszek **Balcerowitz**, ehemaliger Präsident der Polnischen Nationalbank, Kuratoriumsmitglied, für die Einführung des marktwirtschaftlichen Systems in Polen (international)

[Hans D. Barbier](#), für sein Eintreten für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Barbier ist Vorsitzender des Vorstands der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) sowie Kurator und Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (Publizistik)

Preisträger 2013

Sauli **Niinistö**, finnischer Staatspräsident (international)

Dorothea **Siems**, Chefkorrespondentin der Tageszeitung "Die Welt" (Publizistik)

Preisträger 2015

Jens Weidmann, Präsident **Deutsche Bundesbank** (International)

Udo di Fabio, Bundesverfassungsrichter a.D. (Publizistik)

Roman Herzog, Bundesverfassungsrichter a.D., Galionsfigur einer Vielzahl wirtschaftsnaher Netzwerke, Kuratoriumsmitglied (Ehrenpreis)

(Quelle: Website der Stiftung, Stand: April 2016)

Kooperationen

Centrum für Europäische Politik/Stiftung Ordnungspolitik

Partner der Stiftung ist das [Centrum für Europäische Politik](#), die Denkfabrik der [Stiftung Ordnungspolitik](#). Deren Stiftungsvorsitzender ([Lüder Gerken](#)) ist auch Vorsitzender der Hayek-Stiftung. Die Mitglieder des Kuratoriums der [Stiftung Ordnungspolitik](#) sind auch Kuratoriumsmitglieder der Hayek-Stiftung.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Lüder Gerken, Vorstand der Hayek-Stiftung, ist ehemaliger Kurator der INSM. Hans Tietmeyer, Mitglied des Kuratoriums der Hayek-Stiftung, ist ehemaliger Vorsitzender des Kuratoriums der INSM.

Stiftung Marktwirtschaft

Lüder Gerken, Vorstand der Hayek-Stiftung, ist ehemaliger Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft

Stockholm Network

Die Stiftung ist Mitglied des [Stockholm Network](#).

Weiterführende Informationen

- [Karl-Heinz Brodbeck: Die fragwürdigen Grundlagen des Neoliberalismus Wirtschaftsordnung und Markt in Hayeks Theorie der Regelselektion, 13. Oktober 2004](#)
- [Christof Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak: Kritik des Neoliberalismus, 2. Auflage, Wiesbaden 2008](#)
- [Alexander Rüstow: Die Religion der Marktwirtschaft, 3. Aufl., Berlin 2009](#)
- Die Hayek Stiftung im [Wiki der Think Tank Netzwerk Initiative](#).

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Vorstand](#) Webseite Hayek-Stiftung, abgerufen am 02.12.2018
2. ↑ [Kuratorium](#), hayek-stiftung.de, abgerufen am 23.03.2019
3. ↑ Nach Einschätzung des Tübinger Finanzwissenschaftlers Prof. Franz W. Wagner in der Süddeutschen Zeitung vom 12. Juli 2011 mit dem Titel "Der große Wurf ins Aus" würde der Kirchhof-Vorschlag "vor allem auf eine Steuersenkung für Besserverdienende hinauslaufen"

Mont Pelerin Society

Die **Mont Pelerin Society** (MPS) ist ein weltweit aktives neoliberales Elitenetzwerk. In ihrer Selbstbeschreibung identifiziert die Gesellschaft neben dem Rückgang des politischen Liberalismus mehrere Hauptprobleme gegen die sie sich einsetzt: Die Ausweitung des Wohlfahrtsstaates, die Macht von Gewerkschaften und Monopolen sowie ständige Inflationsgefahr.^[1]

Mont Pelerin Society

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	
Gründungsdatum	10. April 1947
Hauptsitz	Genf
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.montpelerin.org

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	21
2 Einfluss der Mitglieder	22
3 Einfluss der deutschen Mitglieder auf lobbyrelevante Organisationen	22
3.1 Vernetzung der Mitglieder	22
3.2 Erheblicher Einfluss der Mitglieder	26
4 Internationale Vernetzung	26
5 Organisationsstruktur und Personal	26
5.1 Board of Directors	27
5.2 Frühere Präsidenten	27
5.3 Mitglieder	27
6 Finanzierung	27
7 Einzelnachweise	27

Kurzdarstellung und Geschichte

Die MPS wurde am 10. April 1947 im Schweizer Dorf Mont Pelerin gegründet. Dort diskutierten auf Einladung [Friedrich August von Hayeks](#) 36 liberale Intellektuelle, darunter Karl Popper, [Walter Eucken](#) und Ludwig von Mises, über die Zukunft des Liberalismus und der Marktwirtschaft. Sie erörterten das Konzept des Neoliberalismus und einigten sich auf diesen Namen.

Die MPS, die als Verein in den USA (Illinois) eingetragen ist, entwickelte sich in der Folge zum bedeutendsten neoliberalen Netzwerk der Welt ca. 700 Mitgliedern (Stand 2012).^[2] In der MPS finden sich unterschiedliche neoliberale und neokonservative Positionen: Vertreter des Anarchokapitalismus, der Chicago Law School, der Chicago School of Economics, der Entwicklungstheorie, der Freiburger Schule, der Humankapitaltheorie,

der Libertarians, der London School of Economics, der Österreichischen Schule für Nationalökonomie, der Public Choice School, der Transaktionskostentheorie und anderer Schulen oder Theorien.^[3] Geteilte Ziele sind der möglichst freie Markt, freies Unternehmertum, weniger Staatsausgaben (insbesondere im sozialen Bereich) sowie weniger Einfluss für die Gewerkschaften. Das Staatsverständnis reicht von der Forderung nach Abschaffung des Staates bis zur Billigung marktkonformer Staatseingriffe. Gegner ist alles, was sozialistisch bzw. kollektivistisch verstanden wird, worunter u. a. der Keynesianismus, Feminismus, ökologische und soziale Bewegungen sowie die Theologie der Befreiung fallen^[4] Einige Mitglieder gehören zu den Leugnern des Klimawandels und unterstützen klimaskeptische Organisationen.

Insbesondere auf den Treffen, die mindestens einmal jährlich stattfinden, werden Meinungen ausgetauscht, Konzepte erörtert, "Seilschaften" gepflegt und neoliberale Denkfabriken vernetzt.

Einfluss der Mitglieder

Mitglieder der MPS hatten einflussreiche Positionen inne. Nach eigenen Angaben sind einige sogar Präsidenten oder Regierungschefs geworden, darunter Ludwig Erhard (Deutschland), Luigi Einaudi (Italien), Mart Laar (Estland), Ranil Wickremasinghe (Sri Lanka) und Vaclav Klaus (Tschechische Republik).^[2] Minister waren z.B. Sir Geoffrey Howe (britischer Schatzkanzler und Außenminister), Antonio Martino (italienischer Außen- und Verteidigungsminister), Ruth Richardson (neuseeländische Finanzministerin) und George Shultz (US-amerikanischer Arbeits-, Finanz- und Außenminister).

Eines der Mitglieder mit großem politischen Einfluss in Deutschland ist [Lars P. Feld](#), Leiter des marktradikalen [Walter Eucken Institut](#). Er ist u.a. Vorsitzender des [Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrats der CDU](#).

Einfluss der deutschen Mitglieder auf lobbyrelevante Organisationen

Vernetzung der Mitglieder

Die Mont Pelerin Society veröffentlicht auf ihrer Webseite kein Verzeichnis ihrer Mitglieder. Ein Verzeichnis der Mitglieder im Jahre 2010 findet sich auf [DeSmogBlog](#)^[5] Von den dort aufgeführten deutschen Mitglieder sind verstorben: Roland Baader, Ernst Heuss, Erich Hoppmann, Hermann May, Otto von Habsburg und Hans Willgerodt. Nach allgemein zugänglichen Informationen sind seit 2010 neu hinzugekommen: Peter Jungen^[6], [Marc Oliver Hartwich](#)^[7] und [Jan Schnellenbach](#)^[8] (diese Ergänzung ist möglicherweise nicht vollständig). Danach gab es 2015 die folgenden deutschen Mitglieder, deren Vernetzung mit lobbyrelevanten Organisationen angegeben ist:

- [Charles B. Blankart](#)
 - Mitglied des Wissenschaftlichen [Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#)
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Vorstands
 - [Open Europe Berlin](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [European Center for Public Choice](#), Mitglied des Vorstands
 - [Institut Constant de Rebecque](#) und [Liberales Institut Zürich](#) Mitglied des Akademischen Beirats
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#) Mitglied des Strategischen Beirats
- Alfred Bosch, ehem. Geschäftsführer [Walter Eucken Institut](#)
- [Hardy Bouillon](#)
 - [Public Partners](#), Inhaber

- [New Direction](#), Stellv. Direktor
- [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Strategischen Beirats
- [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Beirats
- [Liberales Institut Zürich](#), Mitglied des Beirats
- [Hayek Institut Wien](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), Mitglied des Auswahlausschusses
- Meinolf Dierkes, ehem. Präsident Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
- Barbara Dluhosch, Professorin an der Helmut Schmidt Universität, Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Detmar Doering](#)
 - [Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung](#), Leiter
 - [Liberales Institut Zürich](#), Mitglied des Akademischen Beirats
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Strategischen Beirats
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Beirats
 - [John Stuart Mill Institut](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [Lars P. Feld](#)
 - [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#), Vorsitzender
 - [Walter Eucken Institut](#), Leiter
 - [Stiftung Marktwirtschaft](#), Sprecher "Kronberger Kreis"
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [ECONWATCH](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des Beirats
 - [Wirtschaftsrat der CDU](#), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), Mitglied
 - [European Public Choice Society](#), ehem. Präsident
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), bis 7/2015 Mitglied
- [Wolfram Fischer](#), emeritierter Professor an der Freien Universität Berlin
- [Gerd Habermann](#)
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied des Vorstands
 - [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), Vorstandsvorsitzender
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Strategischen Beirats
 - [Deutsche Stiftung Eigentum](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [Walter Hamm](#), ehem. Mitglied "Kronberger Kreis" der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
- [Marc Oliver Hartwich](#)
 - [New Zealand Initiative](#), Direktor
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Fellow "Research Team"
 - [Atlas Network](#), Mitarbeiter^[9]
- [Uwe Johannsen](#), ehem. leitender Mitarbeiter der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)
- [Karen Horn](#)
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des Vorstands
 - [Walter Eucken Institut](#), Stellv. Vorsitzende des Kuratoriums
 - [Open Europe Berlin](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), bis 7/2015 Mitglied des Vorstands
 - [Liberales Institut Zürich](#), Mitglied des Akademischen Beirats
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Strategischen Beirats
 - [Zentrum für ökonomische Bildung](#), Mitglied des Kuratoriums

- John Stuart Mill Institut, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [Council on Public Policy](#), Mitglied des Vorstands
- [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), Vertrauensdozentin
- [Peter Jungen](#)
 - Peter Jungen Holding GmbH, Geschäftsführer
 - [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied des Kuratoriums
 - Europäische Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Europäischen Volkspartei (EVP), Präsident
 - [European Enterprise Institute](#), Gründungspräsident
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Vorstands
 - MENA-OECD Enterprise Financing Network, Mitglied
- Hartmut Kliemt, Professor für Philosophie und Ökonomik an der Frankfurt School of Finance and Management und bis 7/2015 Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- Burkhard Koch
 - IQ International Consulting, Geschäftsführer
 - German American Business Association (GABA), Co-Chair Clean Tech Industry Group
- Hanns Otto Lenel
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des Beirats
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied
- [Wernhard Moeschel](#)
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied des Vorstands
 - [Stiftung Marktwirtschaft](#), ehem. Mitglied "Kronberger Kreis"
 - [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), ehem. Stiftungsrat
- H. G. Monissen, emeritierter Professor für Volkswirtschaft
- Isabel Muehlfenzl
 - ehem. Wirtschaftsjournalistin beim Bayerischen Rundfunk
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
- [Wolfgang Mueller](#)
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Vorstands
 - [Europäisches Institut für Klima und Energie \(EIKE\)](#), Generalsekretär
- Markus Rothkopf
- [Holger Schmieding](#), Chef-Volkswirt der [Berenberg Bank](#)
- [Jan Schnellenbach](#)
 - Professor für VWL an der Brandenburgisch Technischen Universität Cottbus-Senftenberg
 - [Walter Eucken Institut](#), Affiliated Fellow
 - [Wilhelm-Röpke-Institut](#), Mitglied
- [Joachim Starbatty](#)
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des Beirats und ehem. Vorsitzender
 - [Open Europe Berlin](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
 - [Alternative für Deutschland](#), Europaabgeordneter und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
- Manfred E. Streit
 - Max Planck Institut Ökonomik in Jena, Professor Emeritus
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
- [Roland Tichy](#)
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Vorsitzender des Vorstands

- [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums
- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), ehemaliges Vorstandmitglied
- Ulrich Van Lith, Leiter des Rhein-Ruhr-Instituts für Wirtschaftspolitik
- **Viktor Vanberg**
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied des Vorstands
 - [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), ehem. Stiftungsrat
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [European Internet Forum](#), Mitglied
- **Roland Vaubel**
 - [Alternative für Deutschland](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Liberales Institut Zürich](#), Mitglied des Akademischen Beirats
 - [Institute of Economic Affairs](#), Mitglied des Beirats
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
- **Christian Watrin**
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des Beirats
 - [Institut für Wirtschaftspolitik](#), ehem. Direktor
- **Christoph Watrin**, Direktor des Institut für Unternehmensrechnung und -besteuerung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
- **Erich Weede**
 - [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), Stiftungsrat
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Gründungsmitglied
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied
- Patrick Welter, Wirtschaftskorrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
- Ekkehard Wenger, Professor für Bank- und Kreditwirtschaft an der Universität Würzburg
- **Michael Wohlgemuth**
 - [Open Europe Berlin](#), Direktor
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), bis 7/2015 Stellv. Vorsitzender des Vorstands
 - [Jenaer Allianz](#), Sprecher
 - [Zentrum für ökonomische Bildung](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
 - [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), Mitglied des Ordnungspolitischen Beirats
- Artur Woll, emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre
- **Michael Zöller**
 - [Council on Public Policy](#), Vorsitzender
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
 - [John Stuart Mill Institut](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Walter-Raymond-Stiftung](#) der Arbeitgeber, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats

Erheblicher Einfluss der Mitglieder

Es ist davon auszugehen, dass Mitglieder einen erheblichen Einfluss auf lobbyrelevante Organisationen (Denkfabriken, Stiftungen, Verbände, Beratungsgremien) haben, wenn sie Leiter einer Organisation sind oder mindestens drei Mitglieder in Gremien einer Organisation (Vorstand, Präsidium, Kuratorium, Stiftungsrat, Beirat) vertreten sind. Nach dieser Definition verfügten im Herbst 2015 Mitglieder der Mont Pelerin Society in folgenden Organisationen über einen erheblichen Einfluss:

- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft/Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) (Partner: [Atlas Network](#))
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [Walter Eucken Institut](#) (Partner: [Atlas Network](#))
- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Liberales Institut](#) der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) (Partner: [Atlas Network](#))
- [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [John Stuart Mill Institut](#)
- [Institut für Unternehmerische Freiheit](#) (Partner: [Atlas Network](#))
- [Open Europe Berlin](#) (Partner: [Atlas Network](#))

Internationale Vernetzung

Nach Angaben von DeSmogBlog hatte die MPS im Jahr 2010 fast 500 Mitglieder aus 52 Ländern mit dem Schwerpunkt USA und Großbritannien.^[10] 2012 war die Mitgliederzahl auf 699 gestiegen.^[2] Zu den einflussreichsten Mitgliedern gehört [Charles G. Koch](#), der US-Milliardär, der gemeinsam mit seinem Bruder David Millionen Dollar an Denkfabriken spendet, die den Umweltschutz bekämpfen und den Klimawandel leugnen. Ein Großteil der Mitglieder ist in Denkfabriken aktiv, bei denen es sich in Wirklichkeit vielfach schlicht um finanzstarke Lobby-Gruppen handelt. Eine davon ist die [Heritage Foundation](#) in Washington, die für niedrige Steuern kämpft, eine andere das von [Charles G. Koch](#) gegründete [Cato Institute](#), das sich im Auftrag seiner Finanziere gegen jedwede Form von Klima-Politik einsetzt.^[11] Weitere Mitglieder sind führende Repräsentanten der folgenden Organisationen:

- [Acton Institute](#)
- [Reason Foundation](#)
- [American Enterprise Institute](#)
- [Wall Street Journal](#)
- [Adam Smith Institute](#)
- [CIVITAS](#)
- [Institute for Economic Affairs](#)
- [Atlas Network](#) (frühere Bezeichnung: [Atlas Economic Research Foundation](#))

Organisationsstruktur und Personal

Die MPS ist eine lose assoziierte Vereinigung von einflussreichen Personen ähnlicher ideologischer Ausrichtung, in der sämtliche Ämter ehrenamtlich ausgeführt werden. Sie verfügt über keine eigenen Büros oder Angestellte. Ihre Tätigkeit beschränkt sich auf die Veranstaltung von Seminaren und Kolloquien. Die Kontaktadresse lautet: The Mont Pelerin Society, c/o Probasco Distinguished Chair of Free Enterprise, The University of Tennessee at Chattanooga, 313 Fletcher Hall, Dept. 6106, 615 McCallie Avenue, Chattanooga.

Für eine Mitgliedschaft müssen die folgenden Bedingungen erfüllt sein: Empfehlung durch zwei Mitglieder, Abgabe eines Lebenslaufs, Erläuterung der Gründe für eine Mitgliedschaft, Teilnahme an mindestens einer Veranstaltung der Gesellschaft.^[12] Die Entscheidung über die Mitgliedschaft trifft der Vorstand („Board of Directors“).

Board of Directors

Das Leitungsgremium ist der "Board of Directors", der sich im Zeitraum 2018- 2020 wie folgt zusammensetzt:^[13]

- Präsident: John B. Taylor, ehemaliger Staatssekretär für auswärtiges im US-Finanzministerium, Stanford Professor und Senior Fellow des markliberalen Think-tanks Hoover Institution^[14]
- Vizepräsident: Peter J. Boettke, USA, Professor für Volkswirtschaft und Philosophie an der George Mason University und Direktor des F.A. Hayek Program for Advanced Study
- Generalsekretär: Eamonn Butler, Großbritannien
- Schatzmeister: J.R. Clark, USA
- Direktoren: Jeff Bennett, Nicolas Cachanosky, Gabriel Calzada, Inchul Kim, Dominique Lazanski, Benjamin Powell, Ruth Richardson und Pedro Schwartz Giron

Frühere Präsidenten

Die früheren Präsidenten sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören die Deutschen Friedrich Lutz (1964-67), Günter Schmolders (1968-70), Herbert Giersch (1986-88) und Christian Watrin (2000-02)

Mitglieder

Die von Wikipedia erfassten Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein großer Teil der dort genannten Mitglieder - einige sogar seit Jahrzehnten - verstorben sind.

Finanzierung

Der Jahresbeitrag für aktive Mitglieder beträgt 100 \$.^[15] Die Gesellschaft wird außerdem von Stiftungen, Unternehmen und Personen finanziell unterstützt. Zu den Stiftungen gehören bzw. gehörten u.a.^[2]: William Volker Fund (bis 1965 aktiv), Reim Foundation, Earhart Foundation, Lilly Endowment, Roe Foundation, John M Olin Foundation, Scaife Family Charitable Trust, Pierre and Edith Goodrich Foundation und Garvey Foundation.

Einzelnachweise

1. ↑ [About the Montpelerin Society](#) , [Montpelerin.org](#), aufgerufen am 29.04.2020.
2. ↑ ^{2,02,12,22,3} [A SHORT HISTORY OF THE MONT PELERIN SOCIETY](#), [montpelerin.org](#), abgerufen am 26.04.2020
3. ↑ Bernhard Walpen: Mont Pèlerin Society, in: ABC zum Neoliberalismus, Hrsg. H.-J. Urban, Hamburg 2006, S. 159
4. ↑ Walpen, Mont Pelerin Society, S. 159
5. ↑ [MONT PELERIN SOCIETY DIRECTORY -2010](#), Webseite abgerufen am 26.04. 2020

6. ↑ Profil unter Experts bei Institute for New Economic Thinkings, abgerufen am 26.04.2020
7. ↑ About me, Homepage, abgerufen am 26.04.2020
8. ↑ Homepage, abgerufen am 26.04.2020
9. ↑ Our People, Webseite Atlas Network, abgerufen am 26.04.2020
10. ↑ Graham Readfearn Exclusive: Mont Pelerin Society Revealed As Home To Leading Pushers of Climate Change Denial, DeSmogBlog vom 14. Januar 2014, abgerufen am 26.04.2020
11. ↑ Kapitalismus in der Krise Erinnerungen an alten Glanz, Süddeutsche Zeitung vom 24. November 2008, abgerufen am 26.04.2020
12. ↑ Frequently Asked Questions, montpelerin.org, abgerufen am 26.04.2020
13. ↑ "Board of Directors," Montpelerin.org, aufgerufen am 02.05.2020
14. ↑ Hoover institution, Biography of John B. Taylor, hoover.org, aufgerufen am 26.04.2020
15. ↑ Frequently Asked Questions, montpelerin.org, abgerufen am 26.04.2020

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine marktliberale Lobby-Organisation, die von den Unternehmensverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)) finanziert wird. Sie will u.a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen ausgerichtet werden.

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Alleingesellschafter das [Institut der deutschen Wirtschaft](#) ist. Die INSM verfügte 2018 über einen Jahresetat von sieben Millionen Euro, die von Gesamtmetall zur Verfügung gestellt werden.^[1]

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Propagierung marktliberaler Reformen
Gründungsdatum	2000
Hauptsitz	Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	insm.de

Inhaltsverzeichnis

1 Entstehungsgeschichte	29
2 Ziele	29
3 Organisationsstruktur und Personal	30
3.1 Geschäftsführer	30
3.2 Beirat	31
3.3 Kuratorium	31
3.4 Botschafter	31
3.5 Wissenschaftliche Beratung	36
3.6 ÖkonomenBlog	36
3.7 Förderverein	36
4 Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit	37
4.1 Kampagnen	37
4.2 Studien	38
4.3 Reformbarometer/Rankings/Monitore	38

4.4 Veranstaltungen	38
4.5 Fernsehen und Hörfunk	38
4.6 Medienkooperationen	39
4.7 Unterrichtsmaterialien	39
4.8 Weitere mediale Mittel	39
5 Kritik an der INSM	39
5.1 Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD	39
5.2 Verhältnis zu den Medien	40
5.3 Eigene Außendarstellung der INSM	40
5.4 Schleichwerbung	41
5.5 Einschüchterung von Medien	41
5.6 Einwirkung auf Suchmaschinen	41
5.7 Falsche Darstellung von TTIP-Studien	41
5.8 Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"	41
6 Zitate	42
7 Weiterführende Informationen	42
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	42
9 Einzelnachweise	42

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)) gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.^[2] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr/INSM ist die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.^[3] 2007 firmiert die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wird der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt. Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation [Scholz & Friends](#) betraut. Diese hat nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“.^[4] Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV.

Von 2010 bis 2015 wurde die INSM von der Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) betreut. Seit Januar 2015 ist [Blumberry](#) für Werbung und PR zuständig.^[5] Blumberry ist ein Tochterunternehmen der Holding [Commarco](#), die wiederum zur [WPP Group](#) gehört. Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für INSM innerhalb von Commarco zu den Commarco Campus Communications. Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel ist es, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirkkraft über alle Disziplinen hinweg zu entfalten."^[6]

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.^[7] Was als „sozial wirksam“ zu begründen

ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.^[8] Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.^[9] Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig.^[10]

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe'“. In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar. Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird schlecht geredet und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Der Grund liegt auf der Hand: Die gesetzlichen Versicherungen werden von den Arbeitgebern mitfinanziert, die privaten kapitalgedeckten Versicherungen bezahlen dagegen allein die Arbeitnehmer. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführer

- Hubertus Pellengahr (seit Januar 2010)
 - ehemaliger Geschäftsführer des [Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels](#) (HDE)
 - Policy Fellow des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA)
 - Mitglied der [Jenaer Allianz](#), in der Lobbyorganisationen der Wirtschaft, die [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), die [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), die Friedrich-Schiller-Universität Jena, das Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Leipzig und neoliberale Denkfabriken kooperieren

Ehemalige Geschäftsführer:^[11]

- **Tasso Enzweiler**, ehem. Chefreporter bei der "Financial Times Deutschland", wechselte nach seinem Ausscheiden bei der INSM als Managing Director zur PR-Agentur **Hering Schuppener**, wurde danach Geschäftsführer bei **Ketchum Pleon** Deutschland und gründete 2013 die Managementberatung **Enzweiler & Partner**
- Dieter Rath, leitete zuvor die PR-Abteilung beim **BDI**
- Max Alexander Höfer, früherer Journalist bei Capital

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wird die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter der anderen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden^[12] Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren.

- Vorsitzender ist **Rainer Dulger**
 - auch Kuratoriumsmitglied der INSM
 - Präsident des Arbeitgeberverbandes **Gesamtmetall**

Kuratorium

Name

Wolfgang Clement

Vorsitzender des Kuratoriums
1. stellv.

ehem. SPD-Politiker, Ex-NRW-Ministerpräsident, Ex-Bundeswirtschaftsminister, Lobbyist und Mitglied in Aufsichts- und Beratungsgremien verschiedener Unternehmen, Mitglied des **Wirtschaftsforums der FDP**

Rainer Dulger

Vorsitzender des Kuratoriums
Präsident des Arbeitgeberverbandes **Gesamtmetall**, Geschäftsführer Gesellschafter ProMint Dosiertechnik, Vorsitzender des Beirats der INSM

(Stand: April 2017) Quelle: ^[13]

Botschafter

Die Botschafter unterstützen die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie geben Interviews, schreiben Gastbeiträge und treten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden.^[14] Stattdessen werden sie beispielsweise als "Experten für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion.

Na
me

Hans-Wolfgang

Professor für Steuerrecht i.R. und ehem. Rektor der Universität Mannheim

Arn

dt

Rol

and Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer und
Ber Mitglied des Kuratoriums des [Konvent für Deutschland](#),

ger

Chri

sto

ph Inhaber des Stiftungslehrstuhls für Allg. Betriebswirtschaftslehre, insbesondere innovatives

Bur Markenmanagement, der Uni Bremen, Vorsitzender des Aufsichtsrats der [Keylens AG](#), Düsseldorf

ma

nn

Juer

gen

B.

Don

ges

Do

min

iqu

e

Döt

tlin

g

Flor

ian

Ger

ster

Mic

hae

I

Hüt

her

Mar

tin

Kan Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbands [Gesamtmetail](#), Geschäftsführer Herbert Kannegiesser

neg GmbH, ehem. Vorsitzender des Kuratoriums der INSM

ieß

er

Ot

mar Präsident des [Center for Financial Studies](#), „International Advisor“ der Investmentbank [Goldman Sachs](#)

Issi , ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)

ng

Os

wal

d

Chefredakteur des Online-Debattenmagazins „The European“, Geschäftsführer des [Konvent für](#)

Met Deutschland, Stellv. Vorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied des Strategischen Beirats der [Di](#)
[zge e Familienunternehmer - ASU](#)

r

Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des [Bundesverband](#)
[Are der Deutschen Industrie](#) (BDI), Präsidiumsmitglied des [Bundesvereinigung der Deutschen](#)
[nd Arbeitgeberverbände](#) (BDA), bis 2013 Präsident des [Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft](#),
[Oet](#) Vorsitzender des Stiftungsrats der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Mitglied der CDU,
[ker](#) unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung deutscher
Kernkraftwerke

Wal

ther

Otr

em

ba

Karl

-

Hei

nz

Paq

ué

Ber

[nd](#) Professor für Finanzwissenschaften an der Uni Freiburg, Direktor des [Forschungszentrum](#)

[Raff](#) [Generationenverträge](#) (FZG), Mitglied des Aufsichtsrat der [ERGO](#) Versicherungsgruppe, Mitglied des

[elh](#) Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Vorstands der [Stiftung](#)

[üsc](#) [Marktwirtschaft](#)

[hen](#)

Arn

dt

Rau

ten

ber

g

Ran

[dolf](#) Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke [G. Rodenstock GmbH & Co. KG](#), ist bzw. war in

[Rod](#) leitender Funktion in einer Vielzahl von Verbänden und neoliberalen Netzwerken aktiv, u. a. dem INSM-

[ens](#) Finanzier [Gesamtmetall](#) und der INSM-Muttergesellschaft [Institut der deutschen Wirtschaft\(IW\)](#) jeweils

[toc](#) als Vizepräsident, Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#)

k

Dag

[mar](#) Rektorin des Studienkollegs zu Berlin, Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, ehem. Präsidentin des

[Sch](#) Landtages von Thüringen, Mitglied des Verwaltungsrates des [MDR](#), Mitglied des Kuratoriums [Gemeinn](#)

[ipa](#) [ützige Hertie-Stiftung](#)

[nski](#)

Nik

ola

[us](#) Vorsitzender des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Ehrenmitglied des [Wirtschaftsrates der](#)

Sch CDU und ehem. Vorstandsvorsitzender der **Altana AG** sowie ehem. Vorsitzender der **Altana**
wei **Kulturstiftung** gGmbH und der **Herbert Quandt-Stiftung**

cka

rt

Jürg

en Ehem. Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der **Europäischen Zentralbank** (EZB), Mitglied des
Star Kuratoriums der **Bertelsmann Stiftung**, Mitglied des **Wirtschaftsforums der FDP**^[15]

k

Erw

in ehem. Präsident des VfB Stuttgart, ehem. Vorstand der Geschäftsführung von **IBM Deutschland**, SPD-
Sta Kommunalpolitiker, ist Mitglied des Aufsichtsrats und Beirats diverser Unternehmen

udt

Tho

ma bis 8/2014 Direktor des **Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut** (HWWI), Mitglied des
s Wissenschaftlichen Beirats des **Wirtschaftsrat der CDU**, Mitglied des Kuratoriums der **Friedrich-
Stra Naumann-Stiftung**, Mitglied des Beirats des **Berlin Manhattan Institut**, Mitglied des Kuratoriums der
ubh HASPA Finanzholding

aar

Ulri

ch Geschäftsführender Direktor des **Centrum für angewandte Wirtschaftsforschung** und Direktor des **Instit**
van **uts für Siedlungs- und Wohnungswesen** an der Uni Münster, Stellv. Bundesvorsitzender der Partei
Sun Allianz für Fortschritt und Aufbruch (Alfa)

tum

(Stand: April 2017) Quelle: ^[16]

Ehemalige Kuratoren und Botschafter

Na

me

Arn Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe **Friedric**
ulf h-Naumann-Stiftung sowie die **Konrad-Adenauer-Stiftung** und ist Mitglied des

Bari Kuratoriums der Stiftung **Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie**

ng Gesellschaft

Mar

ie-

Luis
e (siehe Förderverein)

Döt

t

Joh Staatssekretär a.D., Direktor des **Institut für Wirtschaftspolitik** an der Uni Köln,
ann Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des **Wirtschaftsrat der CDU**, bis Ende am 3. März 2013

Eek 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der **Stiftung Marktwirtschaft**, Mitglied verstorben

hoff der **Ludwig-Erhard-Stiftung**

Mic

hae

I CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009

Glo

s

Pau

l

Kirc

hho

f

ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), setzt sich für eine Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben großer Vermögen" entlastet^[17]

Ebe

rharPräsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich,
d ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und
von Aufsichtsratsvorsitzender von [ABB](#), 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der
Kör Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler [Helmut Kohl](#)
ber

ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem.

Rolf Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der](#)

Peff [gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR), Mitglied des [Wissenschaftlicher](#)

eko [Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), des Wissenschaftlichen Beirats

ven der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) und des Beirats der D

[Z BANK AG](#)

Chri

stin

e

Sch

eel

ehem. Politikerin der Grünen, Mitglied des Expertenrates der [CNC](#)
([Communications & Network Consulting](#))

trat im Dezember
2004 aus der INSM aus
^[18], beteiligte sich
aber auch danach
noch an deren
Kampagnen^[19]

Lot

har

Spä

th

CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der [Jenoptik](#),
ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank [Me](#)
[rill Lynch](#), ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der [Herrenknecht AG](#), beriet
zuletzt vor allem mittelständische Unternehmen.^[20]

am 18. März 2016
verstorben

Ed

mu

nd

Stoi

ber

ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex-
Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007

verließ die INSM nach
deren Kritik an den
Agrarsubventionen

Han

s

Tiet

me

yer

ehem. Präsident der [Deutschen Bundesbank](#), Mitglied der Kuratoriums der [Kon](#)
[rad-Adenauer-Stiftung](#), der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#), der [Stiftung](#)
[Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik](#) und Mitglied der [Ludwig-](#)
[Erhard-Stiftung](#)). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der
INSM.^[21]

am 27. Dezember
2016 verstorben

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das [Institut der deutschen Wirtschaft](#), das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem Institut für Demoskopie Allensbach^[22] - zusammen.

ÖkonomenBlog

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autoren sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler (Professoren und Mitarbeiter von Instituten).

Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden.^[23] Liquidator war [Oswald Metzger](#) (seit 2012 Vereinsvorstand).

Zu den Gründungsmitgliedern gehörten:

- [Hans Tietmeyer](#) (Vorstand bis 2014) war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (vgl. dortige Erläuterungen)
- [Florian Gerster](#) (ab 2009 Vorstand), SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des [Bundesverband Briefdienste](#), ehem. Vorsitzender der [Bundesanstalt für Arbeit](#) - heutige Bezeichnung [Bundesagentur für Arbeit](#) (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur [WMP Eurocom](#) entlassen)
- [Johanna Hey](#), Direktorin des [Institut Finanzen und Steuern](#) und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des [Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen](#), Mitglied des Zentralen Beirats der [Commerzbank](#), Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrats der CDU](#). Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch"^[24]
- Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah^[25], Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Roman Herzog Institut](#), Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
- [Friedrich Merz](#), Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, Mitarbeiter der Kanzlei Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP, ehemaliger Politiker und CDU-Finanzexperte, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrats der CDU](#), Mitglied des Politischen Beirats der „Kommission Steuergesetzbuch“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Ulrike Nasse-Meyfarth, Olympiasiegerin im Hochsprung
- Dieter Rickert (Vorstand) "Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für marktliberale Reformen zu werben
- Hergard Rohwedder, Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung [Liberales Netzwerk](#)
- Max Schön, Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen

- **Carl-Ludwig Thiele**, Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der **Deutschen Bundesbank**, Kuratoriumsmitglied des **Institut Finanzen und Steuern**, bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.

Quelle: ^[26]

Weitere Mitglieder waren:

- **Michael Hoffmann-Becking**, Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät **Hengeler Mueller**, Mitglied des **Wirtschaftsforums der FDP** und Gesellschafter der **FAZIT-STIFTUNG**
- **Marie-Luise Dött**, umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende **Bund Katholischer Unternehmer**, Mitglied der **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen**

Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien, die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

Bei wichtigen Kampagnen werden **PR-Agenturen** eingeschaltet - so im August 2012 die Agentur **Serviceplan Public Opinion** bei der "Energiewende-Kampagne" und zuvor beim "Projekt Vollbeschäftigung" und der "Mehrwertsteuerkampagne".

Eine weitere Rolle kommt den Reformbarometern/Rankings/Monitors, den Medienkooperationen und den Unterrichtsmaterialien für Schulen zu.

Kampagnen

Die INSM hat die folgenden Kampagnen organisiert^[27]:

- 12 Fakten zur Klimapolitik
- Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft
- Kampagne: Nachhaltige Rente
- Steuern senken - jetzt
- Gerecht durch Marktwirtschaft
- Rente muss gerecht bleiben
- Große Aufgaben
- Das Deutschland Prinzip
- Werkverträge und Zeitarbeit
- Chancen für alle
- Mindestlohn
- Generationengerechtigkeit
- Chance2020
- Gerechtigkeit
- Energiewende
- Wachstum
- Projekt Vollbeschäftigung
- Besser Sparen
- 16 Prozent auf alles

(Stand: August 2019)

Darüber hinaus wird die INSM regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. So veranstaltete sie in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“^[28] In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfs 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben.^[29]

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die zumeist von [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nachwievor eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

Reformbarometer/Rankings/Monitore

In die Bewertungen fließen die Interessen der Arbeitgeber an mehr „Eigenverantwortung“, Abbau sozialer Leistungen, Rückzug des Staates und weniger Mitbestimmung ein. Dagegen werden Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutz sowie soziale Absicherung der Beschäftigten nicht berücksichtigt oder sogar als Überregulierung negativ bewertet.

Städteranking Das Städteranking wird von der [Institut der deutschen Wirtschaft](#) Consult GmbH im Auftrag der [Wirtschaftswoche](#) und Immobilienscout 24 erstellt (früherer Auftraggeber war auch die INSM)

Bildungsmonitor In einem jährlichen Bildungsmonitor, der vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) im Auftrag der INSM erstellt wird, werden die Bildungssysteme der Bundesländer bewertet

Veranstaltungen

- [Wahlarena 2017](#) ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)
- [Hauptstadtforum](#) ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)
- [INSM-Frühstücksdialog](#)
- [Dialogveranstaltung Marktwirtschaft und Klimaschutz](#)
- [Marktwirtschaftlicher Zukunftsdialog](#)
- [Rentenpolitischer Dialog](#)
- [INSM-Podiumsdiskussionen](#)

Fernsehen und Hörfunk

Die INSM bietet ihre Botschafter als Interviewpartner sowie Experten für Diskussionsrunden im Fernsehen und Hörfunk an. Sie liefert auch fertige Beiträge für Print- und Fernsehredaktionen. Auf die INSM-Verbindung wird meist nicht hingewiesen.

Medienkooperationen

Kurz nach ihrer Gründung war es der INSM gelungen, eine Vielzahl von Medien in gemeinsame Projekte (Umfragen, Rankings, Publikationen, Veranstaltungen) einzubinden. Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind diese Projekte ganz überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung "Die Welt", die in Partnerschaft mit der INSM die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“ organisiert.^[30] [Wirtschaftspolitik verstehen](#) ist ein gemeinsames Videoformat von INSM und [ECONWATCH](#).

Unterrichtsmaterialien

Die INSM stellt Lehrern fertig benutzbare Materialien zum Thema Wirtschaft für den Schulunterricht zur Verfügung. [Wirtschaft und Schule](#) heißt das Projekt der INSM. Unter dem Vorwand, Schülern einen erfolgreichen Start in das Berufsleben zu ermöglichen, wird Hauptschülern, Realschülern, Gymnasiasten und Berufsschülern ein einseitiges, neoliberales Weltbild vermittelt.^{[31][32][33]} Die zentrale Forderung der Unterrichtsmaterialien lautet: weniger staatliche Regulierung – mehr Freiheit des Marktes. Herausgeber des Lehrerportals ist die IW Medien, eine Tochter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), dem Alleingesellschafter der INSM. Bis 2014 war die INSM unmittelbar für das Portal verantwortlich.

Die INSM unterstützt **Focus Money** beim Schulprojekt [Wir erklären die Wirtschaft](#)^[34]

Weitere mediale Mittel

Des weiteren nutzt die INSM Anzeigenkampagnen, Presseinfos, Broschüren, Magazinen, Büchern, Plakataktionen und das INSM-Lexikon.

Kritik an der INSM

Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung geben die Steuerpläne der SPD zu machen.^[35] In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“ Unterschrieben war die Anzeige mit dem Kürzel: „insm.de“.

Damit erweckt die INSM laut „Spiegel Online“ den Eindruck, dass die Reichensteuer nun auch für viele Normalbürger mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Davon könne jedoch keine Rede sein. Als Reichensteuer werde gemeinhin ein Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz bezeichnet, der zur Zeit bei 42 Prozent liegt. Die Reichensteuer von 45 % greife ab 256.303 Euro zu versteuerndem Einkommen, was im Jahr 2012 gerade einmal 73.000 Steuerzahler betroffen habe.

Die Anzeige der INSM lege nahe, dass die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erhoben werde, was nicht zutreffe. Tatsächlich soll ab diesem Schwellenwert künftig der bisherige Spitzensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig gewesen sei. Der Tarifanstieg würde bis zu diesem Punkt also sogar geringer ausfallen. Weiterhin sei zu berücksichtigen, dass Spitzensteuersätze nicht für das gesamte Einkommen, sondern nur für den Teil jenseits der Grenzwerte gelten. So falle beispielsweise ein lediger Alleinverdiener mit 65.000 Euro zu versteuerndem Einkommen heute zwar unter den Spitzensteuersatz, insgesamt betrage die Steuerlast aber nur rund 29 Prozent.

Laut „Spiegel Online“ hat die INSM ihre Behauptung inzwischen relativiert. Es heiße jetzt, die SPD wolle „den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken“.

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor vom 13. Oktober 2005^[36] kritisiert ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations (PR), das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellt in dieser Sendung fest: "Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist höchst erfolgreich, weil es ihr gelungen ist, so einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen. Und das konnte auch leicht gelingen, weil die Medien kostengünstig produzieren müssen. Sie sind sehr darauf angewiesen, dass ihnen zugeliefert wird, hier gibt's eine Lobby, die sehr wohlhabend ist. Das ist natürlich eine sehr, sehr problematische Geschichte, weil die Medien nicht das tun, was sie tun sollen. Die Journalistinnen und Journalisten fallen sozusagen aus der Rolle, weil sie nicht kritisch kontrollieren, weil sie die Interessen nicht transparent machen." Laut Monitor haben die mit Beiträgen belieferten Sender allerdings angegeben, die Beiträge redaktionell bearbeitet zu haben, die meisten Sender hätten die Zusammenarbeit mit der INSM inzwischen beendet.

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht.^[37] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die Rezipienten gelangt sind. Es überrasche angesichts der professionellen Aufbereitung des PR-Materials, der umsichtigen Vorbereitung und der intensiven Beziehungspflege auch nicht, dass viele Journalisten die wirkliche Organisation der Initiative und ihre Funktion als ein strategisches Element in der Interessenvertretung von Arbeitgeberverbänden nicht erkennen wollen oder gelegentlich übersehen. Betrachte man die Berichterstattung unter diesem Gesichtspunkt, so zeige sich, dass in der weit überwiegenden Zahl der Medienberichte nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggebern und zu ihren Finanziers einfach unter den Tisch fielen.

Zahlreiche Journalisten und Medien haben sich auf Kampagnen der INSM eingelassen, vgl. „Getarnte Lobby – Wie Wirtschaftsverbände die öffentliche Meinung beeinflussen“ des ARD-Magazins Plusminus vom 13.

Oktober 2005^[38] Die Initiative liefere auf Bestellung Daten, erstellte daraus einen Artikel oder gar eine ganze Doppelseite wie in der Tageszeitung Die Welt. Die Kernaussage lautet: „50 Jahre Sozialpolitik – ein einziger Irrtum. Weg damit!“ Die INSM-Botschafter sind nach Informationen von Plusminus außerdem auf sämtlichen Kanlen Dauergste in den Talkshows, manchmal sitzen gleich drei in einer Sendung.

Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich auf ihrer Website als „branchen- und parteiübergreifende Plattform und offen für alle, die sich dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft verbunden fühlen“.

Der Begriff Initiative ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei **Gesamtmetall**, die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Branchenübergreifend kann nur so verstanden werden, dass die INSM versucht, die Öffentlichkeit in einer die Interessen aller Unternehmen (nicht nur der Metall- und Elektroindustrie)

begünstigenden Weise zu beeinflussen. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in den INSM-Gremien vertretenen Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU oder der FDP zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden. In dieser Neuen Sozialen Marktwirtschaft ist für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr.

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.^[39] In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.^[40] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.^[41]

Einschüchterung von Medien

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalisten, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredakteure oder Intendanten einzuschüchtern.^[42] Kritische Journalisten würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisanten dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.^[43]

Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte der INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden.^[44]

Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"

Im Sommer 2019 startete die INSM mit „12 Fakten zur Klimapolitik“ eine Kampagne zum Thema Klimaschutz. Die INSM wendet sich damit gegen eine CO₂-Steuer und stellt Bemühungen auf nationaler Ebene als wirkungslos und überflüssig dar^[45]. Die Darstellung rief Kritik hervor, etwa durch Volker Quaschnig, Professor an der HTW Berlin^[46]. Bereits 2012 hatte die Initiative gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mobil gemacht. Sie forderte eine Umsetzung der Energiewende innerhalb eines "marktwirtschaftlichen Rahmens", die Streichung aller Subventionen im Bereich Erneuerbarer Energien und stattdessen die Etablierung eines "Wettbewerbsmodell"^[47].

Zitate

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet, Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern **Angela Merkel** und **Karl-Theodor zu Guttenberg**, damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können.“ Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“ ^[48]

Weiterführende Informationen

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: *Geschäftsbericht 2013/14*, S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM* Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil*. INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg
- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie*. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung.
- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.
- http://www.gesamtmetall.de/gesamtmetall/meonline.nsf/id/PageGeschaeftsbericht-2013-2014_DE

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Wer trägt die INSM?](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017
2. ↑ [Alles über die INSM](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017

3. ↑ Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015, www.bundesanzeiger.de, abgerufen am 18.04.2017
4. ↑ Rudolph Speth: [Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
5. ↑ [Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab](#), horizont.net vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
6. ↑ [\[1\]](#), commarco.com, abgerufen am 15.08.2019
7. ↑ Norbert Kloten: [Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft](#), Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25
8. ↑ Kloten: [Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft](#), S. 26
9. ↑ Bunte, in [Langen/Bunte, Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht](#), Bd. 1, 10. Aufl., Einführung Rdnr. 44
10. ↑ Kloten: [Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft](#), S. 26, Fußnote 58
11. ↑ Thomas Leif: [beraten & verkauft McKinsey & Co. - der große Bluff der Unternehmensberater](#), München 2006, S. 290
12. ↑ Speth: [Strategien](#), S. 30
13. ↑ [Kuratoren und Botschafter](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017
14. ↑ Speth: [Die politischen Strategien](#), S. 29
15. ↑ [Wahlkampfhilfe für FDP Lindners neuen Club](#), Bild online vom 25. Januar 2016, abgerufen am 06.04.2016
16. ↑ [Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft](#) abgerufen am 15.04.2017
17. ↑ [Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach](#), Website DIW, abgerufen am 18.7.2011
18. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), [Handelsblatt](#) vom 1. Dezember 2004, Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
19. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel 4. September 2009](#), Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
20. ↑ [Econ Referenten Agentur Lothar Späth](#), Website econ-referenten, abgerufen am 2.8.2011
21. ↑ [Gesamtmetall Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
22. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
23. ↑ [Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812](#), Abdruck vom 13.02.2017
24. ↑ [Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch](#), [Financial Times Deutschland](#) vom 2. Mai 2006, Website der FTD, abgerufen am 13.8.2011
25. ↑ [Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen](#), [Der Spiegel](#) vom 13. November 2011
26. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), 02.06.2005, lobbycontrol.de, abgerufen am 13.02.2017
27. ↑ [\[Kampagnen\]](#), insm.de, abgerufen am 27.01.2019
28. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
29. ↑ [Wie gerecht ist Deutschland?](#), 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
30. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
31. ↑ [Christine Wicht und Carsten Lenz: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements](#), [NachDenkSeiten](#), 4. Januar 2006, Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011
32. ↑ [Lucca Möller/Reinhold Hedtke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik](#), Bielefeld 2011

33. ↑ [Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hedtke](#)
34. ↑ [Nachdenkseiten vom 22. Februar 2007](#), Website nachdenkseiten, abgerufen am 30.8.2011
35. ↑ [Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen](#), 26.06.2017, spiegel.de, abgerufen am 28.06.2017
36. ↑ [Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht](#), MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website schmidts ideenschmiede, abgerufen am 05.09.2011
37. ↑ [Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit, Website nuernbergk, abgerufen am 4.9.2011
38. ↑ [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – Wie unabhängig sind Journalisten?](#), 2005-10-14 , zitiert nach [Fulda Wiki](#), abgerufen am 3.9.2011, da der Bericht nicht mehr im Sende-Archiv verfügbar ist
39. ↑ [epd: Arzneiersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
40. ↑ [Lobbycontrol: INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
41. ↑ [Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
42. ↑ [Die Medien einschüchtern, Freitag vom 11. Januar 2005](#), Website Freitag, zuletzt abgerufen am 15.12.2017
43. ↑ [Kritiker unerwünscht, LobbyControl vom 13. April 2007](#), Website LobbyControl, abgerufen am 1.9.2011
44. ↑ [Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP foodwatch](#) am 13.03.2015, abgerufen am 13.04.2015
45. ↑ [12 Fakten zur Klimapolitik INSM](#) am 27.06.2019, abgerufen am 15.08.2019
46. ↑ [Faktencheck der "12 Fakten zum Klimaschutz" der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM](#) Volker Quaschnig am 17.07.2019, abgerufen am 15.08.2019
47. ↑ [Die Energiewende braucht Soziale Marktwirtschaft. Ein Wettbewerbsmodell für Erneuerbare Energien](#) INSM am 09.09.2012, abgerufen am 15.08.2019
48. ↑ [Bülow, Marco: Wir Abnicker](#), Berlin 2010, S. 182 f.

Wolfgang Clement

Seitenwechsel



- [Seitenwechselliste](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Wolfgang Clement (* 7. Juli 1940 in Bochum) Repräsentant der Unternehmerorganisation [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), seit 2006 Lobbyist und Mitglied in Aufsichts- oder Beratungsgremien verschiedener Unternehmen, Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#), ehem. SPD-Politiker, NRW-Ministerpräsident und Bundeswirtschaftsminister in der Regierung [Gerhard Schröder](#).

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	45
1.1 (Neben-)Beruflich	45
1.2 Partei/ staatliche Mandate und Ämter	46
2 Verbindungen	46
2.1 Seitenwechsel	46
3 Zitate	47
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	47
5 Einzelnachweise	48

Karriere

(Neben-)Beruflich

- 2006-2016 Mitglied im Aufsichtsrat der DIS Deutscher Industrie Service AG^[1]
- seit 01/2016 Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#) ^[2]
- 2014 Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)^[3]
- seit 07/2012 Vorsitzender des [INSM-Kuratoriums](#)^[4]
- seit 07/2011 Aufsichtsratsmitglied der Deutsche Wohnen AG^[5]
- seit 01/2011 Mitglied des Stiftungsrats der Dussmann-Gruppe^[6]
- seit 2009 Aufsichtsratsmitglied des russischen Beratungsunternehmens Energy Consulting^[7], der Investmentgesellschaft [Lahnstein Middelhoff & Partners LLP](#), Werbefigur der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)
- seit 2008 Vorsitzender des Beirats der [PKS Kommunikations- und Strategieberatung GmbH](#) (frühere Bezeichnung: PKS Wirtschafts- und Politikberatung GmbH)
- Ehrenvorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des [Frankfurter Zukunftsrats](#)^[8]
- Mitglied des Beirats der [Rudolph Scharping Strategie Beratung Kommunikation GmbH \(RSBK\)](#)^[9]
- seit 2008 Aufsichtsratsmitglied der Versatel AG^[10] und der Daltrup & Söhne AG^[11], Vorsitzender des EU-Russland-Forums^[7]
- seit 2006 Vorstandsvorsitzender der Denkfabrik [Adecco Institut zur Erforschung der Arbeit](#)^[12], der Landau Media AG^[13], Beiratsmitglied bei Wolters Kluwer Germany^[14]
- seit 2011 Mitglied des Stiftungsrats der Peter Dussmann-Stiftung^[15]
- 2006 - 2016 Mitglied im Aufsichtsrat der [RWE Power AG](#)^[16]
- 2006 - 1/2009 Mitglied des Aufsichtsrats des Zeitungsverlags M. DuMont Schauberg^[17]
- 2006-2008 Mitglied der Lobbygruppe [Konvent für Deutschland \(KfD\)](#)
- seit 2005 Mitglied des Aufsichtsrats der Dussmann Verwaltungs AG^[18]
- 2000-2002 Kurator der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)^[19]
- bis 1992 Aufsichtsratsmitglied bei der RWE-Tochtergesellschaft Rheinbraun
- 1987-1989 Chefredakteur der Hamburger Morgenpost
- 1968-1981 politischer Redakteur, Ressortleiter und stv. Chefredakteur der Westfälischen Rundschau^[20]

Partei/ staatliche Mandate und Ämter

- 2008 Austritt aus der SPD
- 2002–2005 **Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit**
- 1999–2005 Stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender
- 1998–2002 **NRW-Ministerpräsident**
- 1996–2001 Stellvertretender SPD-Landesvorsitzender (NRW)
- 1995–1998 Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr (NRW)
- 1993–2002 NRW-Landtagsmitglied
- 1990–1995 Minister für besondere Aufgaben (NRW)
- 1989–1995 Chef der Staatskanzlei NRW
- 1985–1986 stellvertretender SPD-Bundesgeschäftsführer
- 1970 Eintritt in die SPD

Verbindungen

Weitere Funktionen: [BürgerKonvent](#), [Bonn Comm](#), Mentor des Mittelständler-Förderprojektes "Top Job – Die besten Arbeitgeber im deutschen Mittelstand".^[21]

Mit seinem Mitstreiter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Friedrich Merz](#) veröffentlichter er im April 2010 das Buch „Was jetzt zu tun ist. Deutschland 2.0“, das allerdings über den Tag hinaus kaum Beachtung fand.^[22]

Seitenwechsel

Nachdem Wolfgang Clement als Minister tiefgreifende Arbeitsmarktreformen vorgenommen hatte und in dieser Zeit die Leiharbeitsbranche in vielerlei Hinsicht begünstigte^[23], wechselte er nicht einmal ein Jahr nach Ende der rot-grünen Koalition in den Aufsichtsrat der Zeitarbeitsfirma [Deutsche Industrie Service AG \(DIS AG\)](#). Als diese vom schweizerischen Konkurrenten [Adecco](#) übernommen worden war, wurde er zum Vorsitzenden der firmeneigenen Denkfabrik [Adecco Institut zur Erforschung der Arbeit](#) berufen^[24] Von 2006 bis 2008 war er zudem Mitglied im [Konvent für Deutschland \(KfD\)](#), einer elitären wirtschaftsnahen Lobbygruppe, die eine „Reform der Reformfähigkeit“ propagiert, mit dem Ziel eines schlanken und wettbewerbsorientierten Staates mit reduzierten Sozialsystemen.^[25]

2006 wurde Clement in den Aufsichtsrat der [RWE-Kraftwerkstochter RWE Power AG](#) gewählt.^[26] Als Wirtschaftsminister konnte er maßgeblichen Einfluss auf Regierungsbeschlüsse und Gesetze nehmen, die die Energiebranche und somit auch RWE betrafen; auffällig dabei war sein besonderer Einsatz für Kohlesubventionen^[27] „Ein Posten im Aufsichtsrat als Dank für besondere Verdienste?“, spekuliert die taz.^[28] Clement unterzeichnete im August 2010 den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby für eine AKW-Laufzeitverlängerung und fand die Kernkraft auch nach Fukushima gut.^[29]

Zudem sorgte Clement nach seiner Amtszeit für Wirbel, als er innerparteilich quer schoss indem er sich im Vorfeld der Landtagswahl in Hessen 2008 gegen eine Wahl der SPD-Spitzenkandidatin [Andrea Ypsilanti](#) aussprach; Ypsilanti steht Kohle- und Atomkraft ablehnend gegenüber. Daraufhin forderten einige Parteigenossen Clements Parteiaustritt: "Wolfgang Clement missbraucht seine frühere Führungsrolle in der SPD, indem er sie nun als bezahlter Lobbyist in klingende Münze umsetzt", zitiert Spiegel-Online Hermann

Scheer, damals SPD-Kandidat für das Amt des hessischen Wirtschafts- und Umweltministers.^[30]

Es gibt weitere Beigeschmäcke, denn bereits zu seiner Zeit als NRW-Ministerpräsident nährte sich der Verdacht, Clement würde in dieser Funktion bewusst im Interesse der Energiewirtschaft - speziell des RWE-Konzerns - handeln, als er sich Ende 1999 gegen die Ökosteuern stemmte, oder beispielsweise im Jahre 2000 die Genehmigung des umstrittenen Braunkohletagebaus Garzweiler II in seinen ministeriellen Verantwortungsbereich fiel. Davon profitierte die RWE-Tochtergesellschaft "Rheinbraun", bei der Clement bereits bis 1992 im Aufsichtsrat saß.^{[31][32]}

Clement leugnet seine Verbundenheit mit der Energiebranche nicht und sieht darin auch rückblickend keinen Interessenskonflikt mit seinen politischen Mandaten bzw. Ämtern: *„Ich habe vorher wie nachher schon seit 1990 - soll ich deshalb einem Berufsverbot unterliegen -, schon in den 90er Jahren für Garzweiler die Braunkohle gefochten. Das habe ich aber früher auch schon als Journalist getan und werde ich auch in Zukunft tun. Es zeigt sich, dass es richtig war.“*^[33]

Von Juni 2006 bis Januar 2009 war Clement Mitglied des Aufsichtsrats des viertgrößten deutschen Verlags M. DuMont Schauberg (Kölner Stadt-Anzeiger, Frankfurter Rundschau, Berliner Zeitung, Mitteldeutsche Zeitung)^[34] Clement hatte sich im Jahr 2003 mit aller Macht für eine Aufweichung der Pressefusionskontrolle eingesetzt, die es den Großverlagen erheblich erleichtert hätte, kleinere Verlage zu erwerben. Das Bundeskartellamt^[35], der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium^[36] und die Monopolkommission^[37] lehnten die Pläne ab, weil sie konzentrationsfördernd wirkten und die Pressevielfalt gefährdeten. Auch die CDU und die FDP-Landeswirtschaftsminister sahen in Clements Vorhaben eine Bedrohung der Pressevielfalt.^[38] Die öffentliche Kritik des Bundeskartellamtes als einer dem Wirtschaftsministerium nachgeordneten Behörde empörte Clement so sehr, dass er als einziger Wirtschaftsminister dem Amt keinen Antrittsbesuch abstattete. Dieses sah sich dem Schutz des Wettbewerbs verpflichtet und nicht seinem die Interessen der Großverlage bedienenden obersten Dienstherrn. Nachdem der Bundestag die Neufassung des Pressefusionsrechts im März 2005 beschlossen, der Bundesrat aber im April mit Unionsmehrheit dagegen votiert hatte, scheiterte das mehrfach modifizierte Vorhaben endgültig im Vermittlungsausschuss.

Zitate

„Ich werde übrigens noch mehrere Mandate wahrnehmen, damit ich das gleich deutlich hinzugefügt habe. [...] Da können sich manche Leute darüber das Maul zerreißen. Das wird mich nicht sonderlich beschäftigen.“^[39]

„[...] unnachgiebige Konsequenz gegenüber jenen ‚schwarzen Schafen‘, die sich Leistungen erschleichen wollen, das gehört auch zur Gerechtigkeit im Sozialstaat.“^[40]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Pressemitteilung der DIS AG](#), abgerufen am 17.05.2017
2. ↑ [Tobias Scholl: Mut und Lust auf die Gestaltung der Zukunft, elde Liberale Depesche 01/2016, S. 11](#), abgerufen am 05. 04. 2016
3. ↑ [Preisverleihung 2014](#), Website der Ludwig-Erhard-Stiftung, abgerufen am 17.05.2017
4. ↑ [Wolfgang Clement übernimmt Vorsitz des INSM-Kuratoriums](#), insm.de vom 04.07.2012, abgerufen am 06.07.2012
5. ↑ [Lebenslauf von Wolfgang Clement auf der Website der Deutsche Wohnen AG](#), abgerufen am 01.06.2017
6. ↑ [Der Stiftungsbeirat der Dussmann-Gruppe](#), dussmanngroup.com, abgerufen am 17.05.2017
7. ↑ ^{7,07,1} [Wolfgang Clement wird Energie-Berater in Russland](#), welt.de, abgerufen am 17.05.2017
8. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat des Frankfurter Zukunftsrats](#), frankfurter-zukunftsrat.de, abgerufen am 17.05.2017
9. ↑ [Beirat der Rudolph Scharping Strategie Beratung Kommunikation GmbH](#), rsbk.de, abgerufen am 17.05.2017
10. ↑ [Dirk Niebel: Wenn Politiker die Seiten wechseln](#), sueddeutsche.de, abgerufen am 17.05.2017
11. ↑ [Aufsichtrat der Daltrup & Söhne AG](#), daltrup.eu, abgerufen am 17.05.2017
12. ↑ [Wie aus rot-grünen Politikern Lobbyisten wurden - Ab in die Wirtschaft](#), taz.de, abgerufen am 17.05.2017
13. ↑ [Beirat der Landau Media AG](#), landaumedia.de, abgerufen am 17.05.2017
14. ↑ [Minister „a.D.“ in die Wirtschaft](#) focus.de, abgerufen am 17.05.2017
15. ↑ <https://www.dussmanngroup.com/dussmann-group/stiftungsrat/>, Stiftungsrat der Dussmann Verwaltungs AG] dussmanngroup.com, abgerufen am 01.06.2017
16. ↑ [Wolfgang Clement flucht in Siegen über die SPD](#) wp.de, abgerufen am 17.05.2017
17. ↑ [Presseerklärung von M. Du Mont Schauberg vom 15. Januar 2009](#) archiviert auf archive.org
18. ↑ <https://www.dussmanngroup.com/dussmann-group/stiftungsrat/>, Aufsichtsrats der Dussmann Verwaltungs AG dussmanngroup.com], abgerufen am 01.06.2017
19. ↑ <https://www.igmetall.de/kuratorium-initiative-neue-soziale-marktwirtschaft-10462.htm>], Artikel zu Wolfgang Clement auf igmetall.de, abgerufen am 01.06.2017
20. ↑ [Biographie Wolfgang Clement](#), Website WhosWho.de, abgerufen am 27.10.2010
21. ↑ [Wolfgang Clement: Ein Herz für den Mittelstand](#), Website topjob.de, abgerufen am 07.06.2017
22. ↑ [Zwei Polit-Aussteiger träumen von Führung](#), stern.de vom 28. April 2010, abgerufen am 14. September 2010.
23. ↑ [„Wie Arbeitnehmer erpresst werden“](#), Report Mainz (ARD), Manuskript der Sendung vom 25. Juni 2007, abgerufen am 21. Juli 2010
24. ↑ [„Clement wird erster Arbeitsforscher“](#), manager-magazin.de vom 05. Oktober 2006, abgerufen am 09. Juli 2010
25. ↑ [„Clement verlässt den ‚Konvent für Deutschland‘“](#), Die Welt vom 26.08.2008, abgerufen am 12. Mai 2011
26. ↑ [„Wolfgang Clement wird Aufsichtsrat“](#), manager-magazin.de vom 13. Februar 2006, abgerufen am 21. Juli 2010
27. ↑ [„Kohle ohne Ende - wie Wolfgang Clement Steuermilliarden im Bergbau versenkt“](#), Kontraste (ARD), Manuskript der Sendung vom 05. Juni 2003, abgerufen am 21. Juli 2010
28. ↑ ["Eine reine Vertrauensfrage"](#), taz.de vom 15. Februar 2006, abgerufen am 21. Juli 2010

29. ↑ [Marc Brost: Anzeigenkampagne der Atomlobby Was sagen Sie nun, meine Herren?](#), Handelsblatt online vom 16. März 2011, abgerufen am 19. April 2013
30. ↑ ["Angriff gegen Ypsilanti - Clement fällt Hessen-SPD in den Rücken"](#), Spiegel.de vom 19. Januar 2008, abgerufen am 22. Juli 2010
31. ↑ ["Seiner Partei fremd geworden"](#), sueddeutsche.de vom 20. Januar 2008, abgerufen am 21. Juli 2010
32. ↑ ["Es lebe Neu-Otzenrath!"](#), derFreitag, 08. September 2000, abgerufen am 21. Juli 2010
33. ↑ [„Clement: Erst ein Drittel der notwendigen Reformen umgesetzt“](#), dradio.de, Manuskript der Sendung vom 17. Februar 2006, abgerufen am 21. Juli 2010
34. ↑ [Pressemitteilung des Verlags M. DuMont Schauberg vom 13. Juni 2006](#), Website des Verlags, abgerufen am 24.6.2011
35. ↑ [Medien "Kooperation ist nur ein schönerer Name für Kartell"](#), FAZ vom 5. Mai 2004, Website FAZ, abgerufen am 24.6.2011
36. ↑ [Professoren halten gelockerte Pressefusionskontrolle für "Irrweg"](#), Evangelischer Pressedienst (epd), Nr. 41/2004, Website epd, abgerufen am 24.6.2011
37. ↑ [Die Pressefusionskontrolle in der siebten GWB-Novelle Sondergutachten der Monopolkommission](#), Website der Monopolkommission, abgerufen am 24.6.2011
38. ↑ [Möglicherweise war die Kritik von Union und FDP nur parteipolitisch bedingt, denn im Koalitionsvertrag vom 26. Oktober 2009 wird unter IV. 2 erstaunlicherweise auch eine Überprüfung des Pressekartellrechts angekündigt.](#)
39. ↑ [„Clement: Erst ein Drittel der notwendigen Reformen umgesetzt“](#), Interview mit Wolfgang Clement, dradio.de, Manuskript der Sendung vom 17. Februar 2006, abgerufen am 22. Juli 2010
40. ↑ [Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, „Abzocke“ und Selbstbedienung im Sozialstaat. Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005](#), Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, August 2005, abgerufen am 22. Juli 2010

Alternative für Deutschland (AfD)

Alternative für Deutschland

Parteivorsitzen	Alexander Gauland, Jörg Meuthen
Schatzmeister	Klaus-G. Fohrmann
Gründung	06. Februar 2013, Berlin
Hauptsitz	Schillstraße 9, 10785 Berlin
Mitglieder	ca. 25.200 ^[1]
Webadresse	www.alternative.de

Die **Alternative für Deutschland (AfD)** wurde 2013 als eurokritische Partei gegründet, deren Sprecher zunächst Bernd Lucke, Frauke Petry und Konrad Adam waren. Nach einem parteiinternen Machtkampf wurden 2015 Frauke Petry und Jörg Meuthen als Parteivorsitzende gewählt. Bernd Lucke und weitere Vertreter des wirtschaftsliberalen Flügels traten aus der AfD aus und gründeten die Allianz für Fortschritt und Aufbruch. In ihrem Grundsatzprogramm aus dem Frühjahr 2016 schrieb die ursprünglich durch Kritik am Euro und an der Eurorettung geprägte AfD ihre Zuwendung zu deutlich rechtspopulistischeren Positionen fest. ^[2] Zu den Forderungen des Grundsatzprogramms gehören - neben der weitreichenden Ablehnung des Islam - u.a. die Strafmündigkeit schon ab 12 Jahren, Sicherungsverwahrung statt Psychiatrie, weniger Erinnerung an den Nationalsozialismus, Rückkehr zum völkischen Abstammungsprinzip, kein Geld mehr für

Klimaschutz, Atomausstieg rückgängig machen.^{[3][4]} In der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist das Programm überwiegend marktliberal ausgerichtet. Es wird möglichst viel Wettbewerb und eine möglichst geringe Staatsquote gefordert. Die Vermögen- und Erbschaftsteuer sollen abgeschafft werden. Der Mindestlohn wird befürwortet. Der Klimawandel wird geleugnet, die Senkung von CO2-Emissionen als Beschränkung der Freiheit qualifiziert (12.1), der Ausstieg aus der Atomkraft als sachlich nicht begründet und schädlich bezeichnet (12.6).

Inhaltsverzeichnis

1 Finanzierung	50
1.1 Parteispenden	50
1.2 Kredite	51
1.3 Goldhandel	51
1.4 Verdeckte Wahlkampffinanzierung	51
1.5 Daten aus den Rechenschaftsberichten	52
2 Beziehungen zu anderen Organisationen	52
2.1 Die Familienunternehmer - ASU	52
2.2 Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft	53
2.3 Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)	53
2.4 AfD-Mittelstandsforum	53
3 Weiterführende Informationen	54
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	54
5 Einzelnachweise	54

Finanzierung

Parteispenden

Die Topspender der AfD in den Jahren 2014-2018 waren laut der Rechenschaftsberichte:

Spender	Summe
Dr. Klaus Nordmann	199.739,98 €
Erhard Schappeit	117.600 €
Mortimer von Zitzewitz	100.000 €
Dr. Christoph Schenk	90.000 €
Walter Haarmann	83.055 €

Weitere Spender der AfD sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Zu den Spendern der AfD gehören u. a. Heinrich Weiss, Großaktionär und Aufsichtsratsvorsitzender der **SMS Group** sowie ehemaliger Präsident des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), und Hans Wall, Gründer des Berliner Außenwerbers Wall AG.^[5] Nach Angaben von Weiss flossen auch Spenden von anderen Wirtschaftsführern - allerdings unterhalb der gesetzlichen Meldegrenze, sodass sie nicht namentlich im Rechenschaftsbericht erscheinen.

Kredite

Bereits 2013 berichtete der Spiegel, der Hamburger Reeder Folkard Edler habe der AfD zwei Kredite über je 500.000 Euro gewährt. ^[6] Auch im Jahr 2014 gab es Berichte über einen Kredit in Höhe von 640.000 Euro durch einen Berliner Unternehmer. ^{[7][8]}

Im April 2014 gewährte zudem **Hans-Olaf Henkel**, damals stellvertretender AfD-Sprecher und Kandidat für die Europawahl, der AfD ein Darlehen mit Laufzeit bis 5/2015 über eine Million Euro zu 2 % Zinsen. ^{[9][10]}

Goldhandel

In Deutschland hängt die staatliche Parteienfinanzierung vom Wahlerfolg einer Partei ab, darf dabei aber nicht höher liegen als die Summe der Einnahmen, die die Partei durch Beiträge, Spenden oder unternehmerische Tätigkeit erwirtschaftet. Die Einnahmen der AfD beliefen sich für das Jahr 2014 auf 2,5 Millionen Euro aus Mitgliederbeiträgen und eine halbe Millionen Euro aus Spenden. Gemessen an ihren Wahlerfolgen hätte die AfD 5 Millionen Euro staatliche Parteienfinanzierung erhalten können, aufgrund der gesetzlichen Deckelung standen ihr jedoch nur 3 Millionen zu. Um Anspruch auf weitere 2 Millionen Euro zu erhalten, begann die AfD einen Handel mit Gold, mit dem sie binnen eines Monats 2,1 Millionen Euro umsetzte, aber nur 21.000 Euro Erlös erwirtschaftete. Einkaufs- und Verkaufspreis des Goldes waren nahezu gleich. ^[11]

Die Bundestagsverwaltung prüfte den Vorgang und befand, dass die Einnahmen aus Goldhandel formal als eine Einnahme im Sinne des Parteiengesetzes zu werten sei. Allerdings handelte es sich bei dem Goldhandel um ein reines "Umsatzgeschäft", bei dem die Ausgaben der AfD praktisch ebenso hoch waren wie die Einnahmen. Zusätzliche Aufmerksamkeit bekam der Vorgang in der Öffentlichkeit dadurch, dass die Satirepartei DIE PARTEI den Goldhandel der AfD durch einen "Geldhandel" parodierte. Auch im Bundestag machte sich daraufhin Kritik an der bis dahin existierenden Regelung des Parteiengesetzes breit. ^[12]

Im Dezember 2015 beschloss der Bundestag eine Reform des Parteiengesetzes, die eine Aufblähung des Anspruchs auf staatliche Finanzierung durch Umsatzgeschäfte unterbindet. Nach § 19a Abs. 4 Satz 2 Parteiengesetz werden zur Berechnung des Finanzierungsanspruchs nunmehr die im Zusammenhang mit unternehmerischer Tätigkeit entstandenen Ausgaben von den Einnahmen abgezogen,

Bemessungsgrundlage ist nur der verbleibende Überschuss. ^[13] Die Maßnahme wurde in der Expertenanhörung von den geladenen Sachverständigen einhellig begrüßt. ^[14]

Verdeckte Wahlkampffinanzierung

Seit März 2016 wurde die AfD bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Schleswig-Holstein, dem Saarland und Nordrhein-Westfalen durch den intransparenten [Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten](#) unterstützt. Mehrere Millionen an Haushalte verteilte Gratiszeitungen und Tausende von Großplakaten sowie Internet-Spots riefen im Namen des Vereins zur Wahl der AfD auf. ^{[15][16]} Der Wert dieser Wahlkampfmaßnahmen liegt bei schätzungsweise 6 Millionen Euro. Die Geldgeber sind bis heute unbekannt. Es besteht der Verdacht, dass es sich um illegale Parteispenden handelt, die über die Schweizer Firma [Goal AG](#) gelenkt wurden, um die gesetzliche Offenlegungspflicht für Großspenden an Parteien oder auch das Verbot der Parteifinanzierung aus dem Ausland zu umgehen. Auch einzelne Kandidaten der AfD, darunter Parteichef Jörg Meuthen, wurden durch gezielte Wahlkampfmaßnahmen der Goal AG unterstützt. ^{[17][18]} Nachdem AfD-Funktionäre stets

abstritten, von den Wahlkampfmaßnahmen gewusst zu haben und damit das Vorliegen einer Parteispende bestritten,^[19] wurde durch Recherchen von Correctiv und LobbyControl bekannt, dass zumindest einzelne Kandidaten und Spitzenfunktionäre wie Co-Parteichef Jörg Meuthen von der Unterstützung durch die Goal AG wussten und in Maßnahmen involviert waren^[20] Für mehr Informationen siehe auch [Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten](#) sowie [Goal AG](#).

Daten aus den Rechenschaftsberichten

Art der Einnahmen/Jahr	2018		2017		2016		2015		2014	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	3,6 6	12,8 7	2,9 9	16,2 9	2,3 2	14,8 5	2, 2	14, 9	2, 4	19, 0
Mandatsträgerbeiträge	1,4 4	5,0 5	0,6 6	3,6 1	0,3 7	2,3 7	0,1 7	1, 2	0,0 5	0, 4
Spenden von natürlichen Personen	5,1 3	18,0 0	6,5 8	35,8 7	5,8 1	37,2 2	4,5 4	30, 7	2, 0	15,9 9
Spenden von juristischen Personen	0,0 7	0,2 6	0,1 7	0,9 1	0,1 9	1,1 9	0,1 3	0, 9	0,0 5	0, 4
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,1 1	0,3 8	0,2 1	1,1 5	0,5 5	3, 5	2, 4	16, 3	2,5 8	20, 6
Aus sonstigem Vermögen	0,0 1	0,0 5	0,0 0	0,0 1	0,0 0	0,8 1	0,00 3	0,0 2	0,00 3	0,0 2
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,1 3	0,4 5	0,0 4	0,2 3	0,1 2	0,7 5	0,03 5	0,2 4	0, 4	0, 3
Staatliche Mittel	10,1 0	35,4 6	7,5 5	41,1 2	6,1 3	39,2 9	5,2 1	35, 2	5, 4	4 3
Sonstige	7,8 2	27,4 8	0,1 5	0,8 1	0,1 3	0,8 1	0,08 9	0, 6	0,01 9	0,1 5
Summe	28,47 Mio €		18,36 Mio €		15,61 Mio €		14,79 Mio €		12,6 Mio €	

Quellen:^[21]

Beziehungen zu anderen Organisationen

Die Familienunternehmer - ASU

Der [Verband der Familienunternehmer](#) hatte ursprünglich für die eurokritischen und neoliberalen Positionen der AfD großes Verständnis.^[22] Mitglieder und Repräsentanten des Verbands hatten sich bereits vor der Gründung der AfD mit Professoren getroffen, die die Gründung einer neuen Partei in Erwägung zogen. Zum Teil handelte es sich um vertrauliche Kontakte; zum Teil wurde über die Treffen in der Internetzeitung [FreieWelt.net](#) berichtet, die die AfD publizistisch unterstützt.^[23] Robin Paulus, Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft der Familienunternehmer, vertrat auf dem [Forum Freiheit](#) 2013 die Auffassung: "Wer eine

gute CDU will, muss die AfD wählen".^[24] Zu seinem Bundeskongress am 8./9. Mai 2014 lud der Verband den AfD-Parteivorsitzenden Bernd Lucke ein, eine Stunde über den Euro und die Zukunft Europas zu referieren.^[25] 2017 distanzierte sich Verbandspräsident Lutz Goebel hingegen deutlich von der AfD: „Das neue AfD-Spitzenduo will mit einem vermeintlich wirtschaftsliberalen Gesicht im Bundestagswahlkampf locken. Doch hinter den Phrasen des Wahlkampf-Gespans verbergen sich national-paternalistische Gedanken. Wer Wirtschaft und Gesellschaft national und isolationistisch denkt, der löst nicht die Probleme von heute, sondern schafft erst die Probleme von morgen.“^[26]

Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft

Folgende AfD-Politiker sind Mitglieder in der [Hayek-Gesellschaft](#):

- [Alice Weidel](#), Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand
- [Beatrix von Storch](#), Stellv. Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand
- [Peter Boehringer](#), Sprecher des AfD-Bundesfachausschusses „Euro, Geld- und Finanzpolitik“, Vorsitzender im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags
- Karl-Heinz Krause^[27], Mitglied der AfD und ihres Bundesfachausschusses Energiepolitik (BFA 10)^[28] sowie Vorstandsmitglied der AfD-nahen [Desiderius-Erasmus-Stiftung](#)

Quelle: ^[29]

Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)

Folgende Mitglieder/Funktionsträger der AfD wirken beim [Europäisches Institut für Klima und Energie \(EIKE\)](#) mit, das den menschengemachten Klimawandel leugnet:

- Michael Limburg, Mitglied der AfD und Stellv. Vorsitzender des AfD-Bundesfachausschusses Energie, ist Vizepräsident von EIKE^[30]
- Horst-Joachim Lüdecke, Mitglied der AfD und Mitglied des AfD-Bundesfachausschusses Energie, ist Pressesprecher von EIKE^[31]
- Karl-Heinz Krause, Mitglied der AfD, Mitglied des AfD-Bundesfachausschusses Energie und Stellv. Vorsitzender der AfD-nahen [Desiderius-Erasmus-Stiftung](#), veröffentlicht regelmäßig Artikel bei EIKE

Von den 15 Mitgliedern des „Bundesfachausschusses Energiepolitik“, der für das Thema Klimawandel zuständig ist, gehören nach taz-Recherchen mindestens 12 eindeutig zum Lager der Klimaskeptiker.^[32]

AfD-Mittelstandsforum

Mitglieder des am 23.09.2018 gewählten Bundesvorstands des Mittelstandsforums, dessen Ziel die Lobbyarbeit für kleine und mittlere Unternehmen ist, sind: Gert Pasemann (Bundessprecher), Mario Beger (Stellv. Bundessprecher), Charly Meinert (Schatzmeister), Uwe Weiß (Schriftführer) und die Beisitzer Torsten Klemmer, Thomas Rudy, MdL, und Roland Ulbrich, MdL.^[33]

Weiterführende Informationen

- [Die AfD – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung.](#) Studie der Heinrich Böll-Stiftung NRW, September 2013
- [Geheime Millionen und der Verdacht illegaler Parteispenden: 10 Fakten zur intransparenten Wahlkampfhilfe für die AfD,](#) LobbyControl-Hintergrundpapier, September 2017

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [AfD trotz Querelen weiter mit Mitgliederzuwachs](#), Die Welt , 01.05.2015, abgerufen am 07. July 2015
2. ↑ [Pressemitteilung des DIW zu seiner AfD-Studie vom 24.08.2016](#), diw.de, abgerufen am 24.11.2016
3. ↑ [So radikal will die AfD Deutschland umbauen](#), faz.net vom 02.05.2016
4. ↑ [Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland](#), alternativefuer.de, abgerufen am 24.11.2016
5. ↑ [Angriff auf die CDU: Prominente Mittelständler finanzieren rechtspopulistische AfD.](#) Spiegel online vom 15. Oktober 2014, abgerufen am 16.10.2014
6. ↑ [Heikler Deal: AfD bekam günstigen Millionenkredit von Hamburger Reeder](#), Der Spiegel, abgerufen am 22. Juli 2014
7. ↑ [AfD setzt umstrittene Kreditfinanzierung fort](#), abgerufen am 22. Juli 2014
8. ↑ [Muss AfD günstigen Kredit melden?](#) , abgerufen am 22. Juli 2014
9. ↑ [Europawahlkampf Henkel leiht AfD eine Million](#), Zeit online vom 30. April 2014, abgerufen am 9. 5. 2014
10. ↑ [Erklärung der finanziellen Interessen beim Europäischen Parlament vom 24. 6. 2014](#)
11. ↑ [Professor Goldfingers großer Plan](#), spiegel.de
12. ↑ [AfD-Goldhandel: Lammert empfiehlt Änderung des Parteiengesetzes](#), bundestag.de, abgerufen am 02. Februar 2015
13. ↑ [Parteiengesetz](#), gesetze-im-internet.de
14. ↑ [Öffentliche Anhörung im Bundestag, 14. Dezember 2015](#), zuletzt aufgerufen am 26.9.2019
15. ↑ [Warum die dubiose AfD-Wahlkampfhilfe unaufgeklärt bleibt - und was sich ändern muss](#), LobbyControl, 5. September 2016, zuletzt aufgerufen am 6.9.2016
16. ↑ [Mecklenburg-Vorpommern: Die geheimen Helfer der AfD](#), FAZ, 21. August 2016, zuletzt aufgerufen am 31.8.2016
17. ↑ [Verdeckte AfD-Wahlwerbung: „Die größten intransparenten Geldflüsse der letzten Jahre“](#) Pressemeldung von Lobbycontrol, 8. September 2017, zuletzt aufgerufen am 26.9.2019
18. ↑ [Geheime Millionen und der Verdacht illegaler Parteispenden: 10 Fakten zur intransparenten Wahlkampfhilfe für die AfD](#), Analyse von Lobbycontrol, September 2017, zuletzt aufgerufen am 26.9.2019
19. ↑ [AfD wegen anonymer Spende unter Druck](#) Frankfurter Rundschau, 8. März 2016, zuletzt aufgerufen am 28.11.2016
20. ↑ [Meuthens heimliche Helfer](#), lobbycontrol.de

21. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 28.06.2019
22. ↑ [Andreas Kemper: Familienunternehmer versus BDI, Der Freitag online vom 20. März 2013](#) [Webseite Freitag](#), abgerufen am 11. 5. 2014
23. ↑ [Podiumsdiskussion der Zivilen Koalition: ESM - Vertrag - Der Weg in die Schuldenunion](#), FreieWelt.net vom 1. Januar 2013
24. ↑ [Christian Dorn: Forum Freiheit 2013: AfD oder FDP?, eigentümlich frei vom 19. September 2013](#), [Webseite](#) abgerufen am 11. 5. 2014
25. ↑ [Familienunternehmen geben der AfD eine Bühne, Stuttgarter Zeitung vom 8. Mai 2014](#), [Webseite Stuttgarter Zeitung](#), abgerufen am 11. 5. 2014
26. ↑ [Die AfD im Wahlkampf - vermeintlich wirtschaftsliberal](#), familienunternehmer.de, 17/2017], abgerufen am 09.09.2017
27. ↑ [Zum 80. Geburtstag](#), bdk-berlin.org, abgerufen am 03.12.2018
28. ↑ [Schwere Zeiten für die AfD](#), kpkrause.de vom 02.05.2016, abgerufen am 03.12.2018
29. ↑ [Die Hayek-Gesellschaft- „Mistbeet der AfD“?](#), sueddeutsche.de vom 14.07.2017, abgerufen am 27.11.2018
30. ↑ [AfD Klimapolitik „Auch hier bitte klare Kante“](#), eike-klima-energie.eu vom 27.01.2014, abgerufen am 06.12.2018
31. ↑ [Keine Spur von Antifa bei AfD-Vortrag](#), swp.de vom 20.04.2017, abgerufen am 06.12.2018
32. ↑ [Sammelbecken der Klimaskeptiker](#) taz vom 27. 09. 2013, abgerufen am 27.09.2013
33. ↑ [Neuer Bundesvorstand gewählt](#), mittelstandsforu-deutschland.de vom 24.09.2018, abgerufen am 24.10.2018

Friedrich Merz

Friedrich Merz (* 11. November 1955 in Brilon), Wirtschaftsanwalt, Top-Lobbyist und CDU-Politiker, ist in einer Vielzahl von Unternehmen sowie wirtschaftsnahen Interessenverbänden und Netzwerken in leitenden Funktionen aktiv. Er gilt als Finanz- und Wirtschaftsexperte mit wertvollen Kontakten in Politik und Wirtschaft.^[1] So ist Merz unter anderem Vizepräsident des [Wirtschaftsrat der CDU](#)^[2] und Vorstandsvorsitzender der Stiftung [Atlantik-Brücke](#).^[3] Von 2009 bis 2019 war Merz Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#)^[4] und von 2016 bis 2020 Aufsichtsratschef des deutschen Ablegers des Vermögensverwalters [BlackRock](#), für den er Beziehungen zu wichtigen Kund*innen, Behörden und Regierungsstellen in Deutschland vermittelte.^[5]

Weiterhin betätigt er sich als Senior Counsel der Wirtschaftskanzlei Mayer Brown LLP^[6], die auf ihrer Webseite auch den Tätigkeitsbereich Lobbyismus anbietet.^[7] Er war Gründungsmitglied des Fördervereins der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) und Mitglied der [Trilaterale Kommission](#). Im November 2017 berief ihn die Landesregierung NRW zudem zum *Brexit-Beauftragten* des Landes. Die Beratung der Wirtschaft zum Brexit gehört zum Leistungsangebot der Wirtschaftskanzlei Mayer Brown LLP, in der Merz aktiv ist.^[8]

Nach seiner Niederlage bei der Kandidatur als Nachfolger für Angela Merkel für den Parteivorsitz der CDU im Dezember 2018 wurde er im Januar 2019 als weiteres Mitglied der CDU-Kommission zur sozialen Marktwirtschaft benannt, einem Expertenkreis aus Vertreter*innen der Wirtschaft und Wissenschaft.^[9] Seit Februar 2020 ist Merz als Kandidat für den Parteivorsitz der CDU im Gespräch. In diesem Zusammenhang hat Merz seine Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender von Blackrock zum Ende des ersten Quartals 2020 beendet.^{[10][11]}

Inhaltsverzeichnis

1 Politische Karriere, Interessenkonflikte und Verbindungen in die Wirtschaft	56
1.1 2019: Stadler-Börsengang macht Merz um Millionen reicher	56
1.2 2018: Diskussion um Cum-Ex-Geschäfte	57
1.3 2017: Ernennung zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln Bonn - ein Verstoß gegen den Ethikkodex des Landes NRW	57
1.4 2010: Streit in der Atlantik-Brücke	57
1.5 2010: Position zum Atomausstieg	58
1.6 2006: Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Veröffentlichung von Nebeneinkünften	58
2 Verbindungen	58
3 Karriere	58
4 Zitate von Friedrich Merz	60
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	60
6 Einzelnachweise	60

Politische Karriere, Interessenkonflikte und Verbindungen in die Wirtschaft

Friedrich Merz war vor seiner politischen Karriere für den [Verband der Chemischen Industrie \(VCI\)](#) tätig. Der VCI pflegte lange Zeit eine strategische Personalpolitik: Aufstrebende Leute mit politischen Ambitionen sollten eine Zeitlang im Lobbybereich des VCI arbeiten, bevor sie in die Politik wechselten. Auch der spätere Bundeskanzler Helmut Kohl war in den 1960er Jahren beim VCI tätig, bevor seine große politische Karriere begann.

Von 1989 bis 1994 war Merz Mitglied des Europäischen Parlaments, von 1994 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. 1996 bis 1998 war er CDU/CSU-Obmann im Finanzausschuss, 2000 - 2002 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und 2002 - 2002 stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Im Dezember 2004 trat er von diesem Amt zurück.

Wie schwimmend die Grenzen zwischen politischer Tätigkeit und unternehmerischen Posten waren, zeigte sich zum Beispiel, als Merz im Frühjahr 2006 auf der Sitzung der CDU-Landesgruppe NRW offiziell als Anwalt der Ruhrkohle AG auftrat. ([LobbyControl berichtete](#)).^[12]

Merz selbst hat während seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter mehrere Nebentätigkeiten für Unternehmen und Interessenorganisationen ausgeübt. Allein im Jahr 2006 saß Merz in acht Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräten mehrerer Unternehmen. Recherchen des Manager Magazins zufolge bezog er zusätzlich zu seinem Anwalts-Salärs dafür Nebeneinkünfte von einer Viertelmillion Euro.^[13]

2019: Stadler-Börsengang macht Merz um Millionen reicher

Seit 2006 sitzt Merz im Verwaltungsrat des schweizerischen Zugerstellers Stadler Rail, der am 12. April 2019 an die Börse ging.^[14] Wie alle Mitglieder des Verwaltungsrats hat auch Merz anlässlich des Börsengangs Aktien des Unternehmens erhalten - laut der schweizerischen Zeitung „Blick“ handelt es sich um 150.000 Aktien, deren Wert am 12. April 2019 bei 6,5 Mio. Schweizer Franken (5,7 Mio. Euro) lag.^[15]

2018: Diskussion um Cum-Ex-Geschäfte

Merz ist seit 2010 Vorsitzender des Verwaltungsrats bei [HSCB Trinkaus & Burkhardt](#).^[16] Von 2010 bis 2019 war er zudem Mitglied des Aufsichtsrats des Bankhauses [HSCB Trinkaus & Burkhardt](#), gegen das die Staatsanwaltschaft Düsseldorf wegen Cum-Ex-Geschäften ermittelte.^[17] Nach einem Bericht des Handelsblatts geht es um einen Steuerschaden im niedrigen zweistelligen Millionenbereich.^[18] Die Bank habe aber nach eigenen Angaben den Cum-Ex-Handel nicht als Geschäftsmodell gesehen. Am 06.11.2018 durchsuchte die Staatsanwaltschaft Köln im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens zu Cum-Ex-Geschäften Räume von Blackrock in München.^[19] Nach Angaben eines Konzernsprechers betreffen die Ermittlungen einen Zeitraum, zu dem Merz noch nicht für BlackRock tätig war. Merz hatte gegenüber der Süddeutschen Zeitung erklärt, Aktien-Geschäfte wie Cum-Ex und Cum-Cum dienten letztlich dazu, die Steuerzahler auszunehmen.^[20] Derartige Geschäfte seien vollkommen unmoralisch, unabhängig von der juristischen Bewertung.

2017: Ernennung zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln Bonn - ein Verstoß gegen den Ethikkodex des Landes NRW

Bei der Ernennung von Merz zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln-Bonn verstieß die Landesregierung gegen ihren eigenen Ethik-Kodex, der vorsieht, dass ein Aufseher im Landesauftrag in der Regel nur zwei Aufsichtsräte führen sollte.^{[21][22]} Merz ist außerdem Aufsichtsratsvorsitzender der WEPA Industrieholding SE und war zu diesem Zeitpunkt Aufsichtsratsvorsitzender von BlackRock sowie Vorsitzender des Verwaltungsrats der HSBC Trink, aus & Burkhardt.

2010: Streit in der Atlantik-Brücke

Im Juni 2009 löste Merz den [EADS-Manager](#) Thomas Enders als Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#) ab.^[23] Der Verein gilt als "einer der einflussreichsten und exklusivsten Organisationen der Berliner Republik".^[24]

Im Mai 2010 forderte der Ehrenvorsitzende der Atlantik-Brücke Walter Leisler Kiep Friedrich Merz auf, von seinem Posten als Vorsitzender des Vereins zurück zu treten. In einem Brief an die Mitglieder sorgte sich Kiep laut Presseberichten um die neuerlichen politischen Aktivitäten des Ex-Vizechefs der CDU/CSU-Fraktion, da diese die Atlantik-Brücke "in nicht unerhebliche Konflikte stürzen" könnten.^[25] Der Anlass für Kieps Kritik soll das Buch "Was jetzt zu tun ist" gewesen sein, das Friedrich Merz gemeinsam mit dem früheren SPD-Wirtschaftsminister [Wolfgang Clement](#) geschrieben hat. Die Gegenseite behauptet, dass Merz Sparkurs zur Konsolidierung der Atlantik-Brücke-Finzen die Reisekosten des Ehrenvorsitzenden empfindlich beschnitten habe, so dass Kiep mit fadenscheinigen Argumenten zum Gegenangriff geblasen habe.

Merz konnte den Machtkampf gegen Kiep schließlich für sich gewinnen: Nachdem er am 1. Juni 2010 zunächst doch als Vorstandsvorsitzender der Atlantik-Brücke zurückgetreten war, wurde er am Ende des Monats erneut in den Posten gewählt.^[26] 2019 gibt Merz seinen Vorstandsvorsitz auf.^[27]

2010: Position zum Atomausstieg

Merz war einer der 40 Erstunterzeichner des Aufrufs *Energiepolitischer Apell*, einer Lobby-Initiative gegen den Atomausstieg, die vor einem vollständigen Verzicht auf Kohle- und Kernenergie warnte. Die, von den 4 großen deutschen Energiekonzernen E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW initiierte Kampagne mahnte, ein vorzeitiger Atomausstieg würde Milliarden vernichten. Der Energiewandel dürfe Energiekonzerne und Unternehmen nicht stärker belasten.^[28]

2006: Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Veröffentlichung von Nebeneinkünften

Im Jahr 2006 legte März gemeinsam mit 8 weiteren Bundestagsabgeordneten beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) Klage gegen die Offenlegung ihrer Nebeneinkünfte ein. Merz, der damals neben seinem Bundestagsmandat elf Nebentätigkeiten ausübte^[29], warnte in Karlsruhe davor, dass eine Offenlegung zu einem „Studienabbrecher-Parlament“ führen würde. „Die Zahl der nicht mehr in einen bürgerlichen Beruf resozialisierbaren Abgeordneten“ nehme zu.^[30]

Am 4. Juli 2007 wies das BVerfG die Klage mit der Begründung zurück, das Grundgesetz gehe von Abgeordneten aus, die unabhängig von Interessengruppen seien. Dabei gehe es nicht zuletzt um Unabhängigkeit von Interessenten, die ihre Sonderinteressen im Parlament mit Anreizen durchzusetzen suchen, die sich an das finanzielle Eigeninteresse von Abgeordneten wenden. Das BVerfG ließ verlauten, dass die Wahrung der Unabhängigkeit der Abgeordneten nach dieser Seite hin ein besonders hohes Gewicht habe, da es hier um die Unabhängigkeit gegenüber Einwirkungen gehe, die nicht durch die Entscheidungen der Wähler vermittelt seien.^[31]

Verbindungen

Friedrich Merz wurde 2005 in die CDU-interne Männer-Seilschaft *Andenpakt* aufgenommen, in der beispielsweise auch der ehemalige hessische Ministerpräsident Roland Koch, Ex-Bundespräsident Christian Wulff und der ehemalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung Mitglied waren oder sind.^[32]

Karriere

Partei

- 2018 Erfolglose Kandidatur zum Parteivorsitzenden der CDU (Merz verlor die Wahl gegenüber Annegret Kramp-Karrenbauer mit 48,25 % der Stimmen im zweiten Wahlgang)
- 2014 Ernennung zum Mitglied der CDU-Parteikommission "Zusammenhang stärken - Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten"
- 2002–2004 Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 2000–2002 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 1998–2000 Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Staatliche Mandate und Ämter

- Seit 11/2017 *Brexit-Beauftragter* des Landes NRW^[33]

- 1994–2009 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1989–1994 Mitglied des EU-Parlaments
- 1985–1986 Richter am Amtsgericht Saarbrücken

(Neben-)Beruflich (siehe auch "Weitere Funktionen")

- 2016-03/2020 Aufsichtsratschef bei [BlackRock](#) Deutschland
- 2009-2019 Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#)
- Seit 02/2014 Senior Counsel bei Mayer Brown LLP
- 2005-02/2014 Partner der Anwaltssozietät Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP (später umfirmiert in Mayer Brown LLP)
- 2002–2004 Anwalt in der Kölner Kanzlei Cornelius Bartenbach Haesemann und Partner
- Während seiner Mandatszeit im Bundestag hielt Merz bezahlte Vorträge. ZB. für: [KPMG](#), Management Partner GmbH, Markant AG, Pfeleiderer AG, Piper Verlag GmbH.
- 1990 Eintritt in die Anwaltssozietät Leinen & Derichs
- 1986–1989 tätig im [Verband der Chemischen Industrie](#) in Bonn und Frankfurt
- Seit 1986 Rechtsanwalt

Weitere Funktionen

- [Wirtschaftsrat der CDU](#), Vizepräsident
- Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU und CSU (frühere Bezeichnung: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung), Ständiger Gast im Bundesvorstand
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), Mitglied
- [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied des "Politischen Beirats" der "Kommission Steuergesetzbuch"
- United Europe, Mitglied des Vorstands
- Aufsichtsrat: Flughafen Köln/Bonn GmbH, Vorsitzender; Mitglied; WEPA Industrieholding SE, Vorsitzender
- Verwaltungsrat: HSCB Trinkhaus & Burkhardt, Vorsitzender; Stadler Rail AG, Mitglied (Mandat endete im März 2020)

(Stand: 02/2020)

Frühere Funktionen

Laut veröffentlichungspflichtigen Angaben als Bundestagsabgeordneter hatte Merz damals die folgenden weiteren Funktionen: AXA Konzern (Vorsitzender des Beirats und des Aufsichtsrats), [BASF](#) Antwerpen N.V. (Mitglied des Verwaltungsrats), [Commerzbank](#) (Mitglied des zentralen Beirats), DBV-Winterthur Holding (Mitglied des Aufsichtsrats), Intererhoh AG (Mitglied des Aufsichtsrats), IVG Immobilien AG (Mitglied des Aufsichtsrats), Stadler Rail AG, Bussnang/Schweiz (Mitglied des Verwaltungsrats), WEPA Industrieholding SE (Mitglied des Aufsichtsrats), Council on Public Policy (Mitglied des Kuratoriums), [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) (Stellv. Vorsitzender), Industrie-Pensionsverein IVP (Mitglied des Verwaltungsrats).^[34] Weiterhin war er Gründungsmitglied des 2016 aufgelösten Fördervereins der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) und Mitglied der Europäischen Gruppe der [Trilaterale Kommission](#).

Zitate von Friedrich Merz

„Von den ersten 200.000 Anträgen auf Elterngeld kamen neun Prozent von berufstätigen Frauen, 54 Prozent von Hartz-IV-Empfängern. Die haben damit Einkünfte über denen arbeitender Geringverdiener.“

„Kindergärten brauchen wie Schulen und Universitäten eine eigene Kapitalbasis. Da müssen Eltern und Ehemalige eben entsprechend einzahlen, wenn sie die Qualität sichern und erhalten wollen.“

„160 Länder weltweit dürfen sich Sozialstaaten nennen, wir gehören zu den vieren, die lebenslanglich für Arbeitslosigkeit zahlen“^[35]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Was Friedrich Merz bei Blackrock macht](#), sz.de vom 30.10.2018, abgerufen am 28.04.2020
2. ↑ [Vizepräsident im Wirtschaftsrat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 28.04.2020
3. ↑ [Vorstandsvorsitz Friedrich Merz](#), atlantik-bruecke.de, abgerufen am 28.04.2020
4. ↑ [Merz Vorsitzender der Atlantik-Brücke](#), atlantik-bruecke.de vom 28.03.2019, archiviert auf archive.org abgerufen am 28.04.2020
5. ↑ [Redner](#), bankenverband.de, vom 6.09.2018, archiviert auf web.archive.org, abgerufen am 14.04.2020
6. ↑ [Friedrich Merz Tätigkeit bei Mayer Brown](#), mayerbrown.com, abgerufen am 14.04.2020
7. ↑ [Public Policy Regulatory political law](#), mayerbrown.com, abgerufen am 14.04.2020
8. ↑ [Brexit The UK and the EU](#), mayerbrown.com, abgerufen am 14.04.2020
9. ↑ [Friedrich Merz wird wieder CDU-Finanzexperte](#), zeit.de vom 10.01.2019, abgerufen am 20.04.2020
10. ↑ [Persönliche Erklärung](#), merz.de vom 05.02.2020, abgerufen am 14.04.2020
11. ↑ [Merz gibt Aufsichtsratsjob auf](#), handelsblatt.com vom 05.02.2020, abgerufen am 24.04.2020
12. ↑ [Merz tritt als RAG-Anwalt auf](#), KStA.de, 04.04.2006, abgerufen am 14.04.2020
13. ↑ [Die Nebeneinkünfte des Friedrich Merz](#), manager-magazin.de vom 11.07.2007, abgerufen am 20.04.2020
14. ↑ [Börsengang von schweizer Unternehmen - Friedrich Merz könnte Millionen scheffeln](#), merkur.de vom 13.04.2019, abgerufen am 14.04.2020
15. ↑ [Sogar die Mediensprecherin ist jetzt Millionär](#), blick.ch vom 12.04.2019, abgerufen am 14.04.2020
16. ↑ [Merz Vorsitz des Verwaltungsrats](#), about.hsbc.de, Stand Dezember 2019, abgerufen am 28.04.2020
17. ↑ [Merz gibt Aufsichtsratsposten bei HSBC auf](#), spiegel.de, abgerufen am 28.04.2020
18. ↑ [Die vielen Geschäfte des Herrn Merz](#), handelsblatt.com vom 01.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
19. ↑ [Steuerfahnder durchsuchen Büros von BlackRock](#), spiegel.de vom 06.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
20. ↑ [Merz bestreitet Interessenkonflikte](#), sueddeutsche.de vom 01.11.2018, abgerufen am 14.04.2020

21. ↑ [Der Gegenspieler Friedrich Merz](#), general-anzeiger-bonn.de vom 30.10.2018, abgerufen am 09.11.2018
22. ↑ [Lehrmonate einer Landesregierung](#), rp-online.de vom 29.11.2017, abgerufen am 09.11.2018
23. ↑ [Merz wird neuer Chef der Atlantik-Brücke](#), Handelsblatt am 30. Juni 2010, abgerufen am 20.04.2020
24. ↑ [CDU-Altstar Merz gewinnt die Schlammschlacht](#), sueddeutsche.de vom 30. Juni 2010, abgerufen am 20. April 2020.
25. ↑ [Merz steht vor dem Rauswurf beim Netzwerk Atlantik-Brücke](#), Zitiert nach Capital vom 18.05.2010, Artikel archiviert auf archive.org am 11.01.2013, abgerufen am 31.10.2018
26. ↑ [CDU-Altstar Merz gewinnt die Schlammschlacht](#), sueddeutsche.de vom 30. Juni 2010, abgerufen am 14.04.2020.
27. ↑ [Merz gibt Vorsitz von Atlantik-Brücke auf](#), spiegel.de vom 27.02.2020, abgerufen am 24.04.2020.
28. ↑ [Energiepolitischer Appell: 40 Manager greifen Röttgens Politik an](#) FAZ, 21. August 2010, abgerufen am 14. 04.2020
29. ↑ [Abgeordnete klagen gegen transparente Politiker-Gehälter](#), spiegel.de, 14. April 2020
30. ↑ [Streit um Nebeneinkünfte](#), handelsblatt.de, 14. April 2020
31. ↑ [Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts Nr. 73/2007 vom 4. Juli 2007](#)
32. ↑ ["Anden-Pakt" nimmt Friedrich Merz auf](#) Spiegel.de vom 03.11.2005, abgerufen am 14.04.2020
33. ↑ [Regierungsjob für Friedrich Merz](#), sueddeutsche.de vom 07.11.2017, abgerufen am 24.04.2020
34. ↑ [Veröffentlichungspflichtige Angaben als Mitglied des Deutschen Bundestags](#), werbarchiv.bundestag.de, Datum der Archivierung: 27.04.2010
35. ↑ [Friedrich Merz lässt es krachen](#) Der Westen vom 22. Juni 2010, abgerufen am 15. September 2010.

Vernunftkraft

Die Bundesinitiative Vernunftkraft e. V. (**Vernunftkraft**) ist ein Dachverband von Anti-Windkraft-Initiativen und ihren Landesverbänden, der sich für die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und den Stopp des Ausbaus von Windkraft und Photovoltaik einsetzt. Dagegen sollen Kohle- und Kernkraftwerke weiter genutzt werden. Die Argumentationsmuster der Vernunftkraft-Repräsentanten stimmen weitgehend mit denen überein, die von Leugnern des menschengemachten Klimawandels (Klimaleugner) und deren Organisationen vertreten werden. Politisch unterstützt wird Vernunftkraft von der AfD und Teilen der FDP, insbesondere dem FDP-Landesverband Hessen. Als Berater und Rechtsvertreter vieler Initiativen spielt Rechtsanwalt Thomas Mock, Cheflobbyist der Hydro Aluminium Deutschland GmbH und deren Vertreter im [Innovationsforum Energiewende](#), eine wichtige Rolle. Die Kerntechnische Gesellschaft (KTG) zeichnet gemeinsam mit befreundeten Organisationen ein durchgehend negatives Bild der regenerativen Energien, was den Interessen der Mitgliedsunternehmen an der weiteren Nutzung von Kernkraftwerken entgegenkommt.

Bundesinitiative Vernunftkraft

Rechtsfo eingetragener Verein
rm

Tätigkeit Koordinierung, Beratung und
sbereich Gründung von Anti-Windkraft-Initiativen

Gründun 2013
gsdatum

Hauptsit Berlin
z

Lobbybür
o

Lobbybür
o EU

Webadre [Vernunftkraft.de](#)
sse

Inhaltsverzeichnis

[1 Ziele und Aktivitäten des Vereins](#) 62

2	Klage gegen die Rodung eines Kiefernwaldes für den Bau des Tesla-Werks	62
3	Einfluss von prominenten Klimaleugnern	63
4	Zentrale These steht im Widerspruch zu Erkenntnissen des Bundesumweltamtes	64
5	Lobbyist als Betreuer von Anti-Windkraft-Initiativen (Astroturfing)	64
6	Kerntechnische Gesellschaft als Koordinator von Anti-Windkraft-Initiativen	65
7	Verbindungen zu AFD und EIKE	66
8	Verbindungen zur FDP	66
9	Beziehungen zum Bundeswirtschaftsministerium	67
10	Europäische Plattform gegen Windkraftanlagen	67
11	Vorstand, Unterstützer und Akteure	68
11.1	Vorstand	68
11.2	Unterstützer	68
11.3	Akteure	68
12	Landesverbände	69
13	Weitere Mitglieder	69
14	Weiterführende Informationen	69
15	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	69
16	Einzelnachweise	69

Ziele und Aktivitäten des Vereins

Die im Jahr 2013 gegründete Bundesinitiative Vernunftkraft e.V. mit Sitz in Berlin wird von Initiativen, Vereinen und Privatpersonen getragen. Sie sieht sich als eine Art Dachverband aller Windenergie-Oppositionsgruppen. Insgesamt sind bei Vernunftkraft 800 Bürgerinitiativen sowie deren Landesverbände engagiert.^[1] Zu ihren Zielen gehört u.a. die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und der Stopp des Ausbaus von Windkraft und Photovoltaik.^[2] Die weitere Nutzung von Kohlekraft- und Kernkraftwerken wird dagegen als unerlässlich betrachtet.^[3] Ihre Positionen sind [hier](#) abrufbar. Laut Satzung verfolgt der Verein seinen Zweck durch Informationsverbreitung, insbesondere durch eigene Informationsveranstaltungen und aktive Teilnahme von Mitgliedern an Informationsveranstaltungen Dritter, Schaltung lokaler und überregionaler Anzeigen in der Tagespresse, bundesweite Petitionen sowie den Betrieb der eigenen Internetseite.^[4] Wenn sich irgendwo Bürgerinitiativen bilden, bekommen sie hier eine Art „Erste-Hilfe-Paket“: Flyer, Plakate und Argumente gegen Windkraft und Energiewende zum Download.^[5] Außerdem werden Referenten vermittelt. Laut "Freitag" kann jede Bürgerinitiative "so die immer gleichen Referenten für ihre Zwecke aufs Podium stellen, dieselben Argumentationsleitfäden nutzen, denselben Landschaftsarchitekten für erschreckende Fotomontagen beauftragen, denselben Infraschall-Betroffenen als Überraschungsgast auf immer andere Bühnen bitten, denselben Zahnarzt als Infraschall-Experten".^[6]

Klage gegen die Rodung eines Kiefernwaldes für den Bau des Tesla-Werks

Der Verein für Landschaftspflege und Artenschutz in Bayern (VLAB), der gegen die Rodung eines Kiefernwalds für den Bau des Tesla-Werks in Grünheide geklagt hat, ist Mitglied von Vernunftkraft.^[7] Vorstandsmitglied Bradtka betonte:

„Es mutet schizophran an, wenn für die Produktion von Elektroautos, die angeblich dem Klimaschutz dienen, an anderer Stelle große Nachteile für das Grundwasser, Klima und die Natur in Kauf genommen werden sollen.“

Beiratsmitglied des VLAB ist Rechtsanwalt Armin Brauns, der gleichzeitig Leiter der Rechtsabteilung von Vernunftkraft ist. Der Vernunftkraft-Vorsitzende Nikolai Ziegler ist Mitglied des VLAB.^[8]

Einfluss von prominenten Klimaleugnern

Bei ihren Behauptungen stützt sich Vernunftkraft auf Publikationen von Klimaleugnern, die über keine wissenschaftliche Qualifikation auf dem Gebiet der Klimatologie oder der Meteorologie verfügen.^[9] Es handelt sich vielmehr um Journalisten, Dipl.- Ingenieure, Dipl.-Physiker und einen Landschaftsarchitekten. Keiner von ihnen ist zur Zeit bei einer Universität oder wissenschaftlichen Forschungseinrichtung beschäftigt. Zu den empfohlenen Autoren gehört auch Michael Limburg, Vizepräsident des [Europäisches Institut für Klima und Energie](#) (EIKE) sowie Mitglied der AfD und ihres Fachbeirats Energiepolitik. Die Positionen mehrerer Autoren wurden vom Umweltbundesamt als dem wissenschaftlichen Konsens widersprechend bezeichnet.

Unter der Überschrift „Lesen bildet“ wird die folgende Literatur empfohlen^[10]:

- Sammelband „Elektrischer Strom“ (Autoren u.a. Herbert Niederhausen, Andreas Burker, Detlef Ahlborn, Friedrich Keller), erschienen 2014
- Michael Limburg (Dipl.-Ing., Vizepräsident des [Europäisches Institut für Klima und Energie](#) (EIKE), Mitglied der AfD und ihres Fachbereichs Energiepolitik) und Fred F. Mueller (Journalist, veröffentlicht seine Beiträge u.a. in Blogs wie EIKE und Science Sceptical Blog^[11]): Strom ist nicht gleich Strom - Warum die Energiewende nicht gelingen kann, Schriftenreihe von EIKE, erschienen im November 2015
- Konrad Kleinknecht (emeritierter Professor für Physik, Kernkraft-Befürworter): Risiko Energiewende, erschienen 2015
- Alexander Wendt (Journalist, der den menschengemachten Klimawandel leugnet^[12]): Der Grüne Blackout, erschienen 2014. Kommentare von Wendt werden regelmäßig auf der Webseite von EIKE und in "Tichys Einblick" veröffentlicht.^[13]
- Norbert Patzner (Dipl.-Ing., Geschäftsführer der Sonic Umwelttechnik GmbH, Klimaleugner, FDP-Kommunalpolitiker)^[14]: Mehr Energie wagen, erschienen 2014. Kommentare von Patzner werden auf der Webseite von EIKE veröffentlicht.^[15]
- Dirk Maxeiner (Journalist, Mitherausgeber des publizistischen Netzwerks „Die Achse des Guten“, Autor des Debatten-Magazins „The European“) und Michael Miersch (Publizist, Buch- und Filmautor, Geschäftsführer Kommunikation und Bildung bei der Deutschen Wildtier-Stiftung): Alles grün und gut?, erschienen 2014. Beide Autoren vertreten nach Auffassung des Umweltbundesamtes wissenschaftlich widerlegte Thesen. Kommentare von Maxeiner und Miersch werden regelmäßig auf der Webseite von EIKE veröffentlicht.^{[16][17]}
- Werner Nohl (Landschaftsarchitekt und ehem. Honorarprofessor): Landschaftsästhetik heute: Auf dem Wege zu einer Landschaftsästhetik des guten Lebens, erschienen 2015

Einen erheblichen Einfluss auf die Ausrichtung von Vernunftkraft hat auch der Dipl.-Chemiker Fritz Vahrenholt^[18], ehemaliger RWE-Manager, bekannter Klimaleugner (Ko-Autor von: "Die kalte Sonne")^[19] und bis 12/2019 Alleinvorstand der Deutschen Wildtier-Stiftung.^[20] Im November 2006 hielt Vahrenholt als Vorstandsvorsitzender des Windenergiekonzerns REpower AG Systems bei der Kerntechnischen Gesellschaft (KTG) einen Vortrag zum Thema „Windenergie und Kernenergie in friedlicher Koexistenz“ (Tätigkeitsbericht 2006 der KTG). Sowohl das [Europäisches Institut für Klima und Energie](#) (EIKE) als auch Vernunftkraft verlinken laufend Veröffentlichungen von und Berichte über Vahrenholt.^{[21][22][23][24]} Vahrenholt ist Unterzeichner des von Vernunftkraft initiierten [Johannisberger Appells](#).

Unter den Journalisten gilt [Roland Tichy](#) mit "Tichys Einblick" als einer der hartnäckigsten Leugner des Klimawandels.^{[25][26]} Er ist Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und der [Mont Pelerin Society](#). Vernunftkraft verlinkt mehrfach zur Kolumne von Tichy, der auch als Medienberater für große Unternehmen arbeitet.^{[27][28]} Beim [Johannisberger Energiegipfel](#) von Vernunftkraft vom 27.02.2016 wirkte er als Moderator mit. Tichy wird auf der Webseite der Kerntechnischen Gesellschaft unter „Expertenmeinung“ neben Mitarbeitern von Kern- und Kohlekraftwerken aufgeführt.^[29] Einer dieser Experten ist Frank Henning, der viele Jahre in Kohlekraftwerken (VEAG/Vattenfall/LEAG) beschäftigt war und heute für die Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie Energie arbeitet. Er ist Autor des Buchs „Dunkelflaute - oder warum die Energie sich nicht wenden lässt“ und schreibt die Serie „ABC des Energiewende- und Grünsprech“ online auf „Tichys Einblick“ sowie im Magazin „Tichys Einblick“. Henning tritt als Referent bei Vernunftkraft auf.^[30]

Zentrale These steht im Widerspruch zu Erkenntnissen des Bundesumweltamtes

Vernunftkraft behauptet, dass der Ausbau der Windkraft keinen messbaren Einfluss auf das Klima hat.^[31] Dagegen stellt das Bundesumweltamt in einer Studie vom Mai 2019 fest: „Da die Nutzung der Windenergie an Land...aufgrund des hohen Treibhausgasminderungspotenzials, niedriger Stromgestehungskosten und geringerer Flächeninanspruchnahme eine der tragenden Säulen der Energiewende darstellt, ist ein stetiger Zubau installierter Kapazität auch im Hinblick auf die zu erreichenden Klimaschutzziele dringend geboten“.^[32] Nach der Studie gibt es keine Evidenz für die Behauptung von Vernunftkraft, dass gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Infraschallemissionen von Windenergieanlagen verursacht werden. Auch in der Studie „Wege in eine ressourcenschonende Treibhausneutralität“ vom November 2019 kommt das Umweltbundesamt zu dem Ergebnis, dass der Ausbau erneuerbarer Energien aus Klimaschutzperspektive unabdingbar ist.^[33] Der sich abzeichnende Flächenengpass zur tatsächlich nutzbaren Fläche für die Windenergie an Land sei schnell durch höhere Ausweisungsziele in den Ländern und Regionen zu beheben, um die Erreichung der Klimaschutzziele mittelfristig zu gewährleisten.

Lobbyist als Betreuer von Anti-Windkraft-Initiativen ([Astroturfing](#))

Rechtsanwalt Thomas Mock ist Cheflobbyist der Hydro Aluminium Deutschland GmbH^{[34][35]}, die ein Interesse an niedrigen Energiekosten hat, da die Aluminiumherstellung sehr energieintensiv ist. Die heutige Tochtergesellschaft von Norsk Hydro entstand aus den Vereinigten Aluminiumwerken (VAW). Vor diesem

Hintergrund sind die Aktivitäten von Mock bei Anti-Windkraft-Initiativen und Initiativen zur Förderung der Kohle zu verstehen. Mock ist auch Vertreter von Hydro Aluminium Deutschland GmbH im [Innovationsform Energiewende](#), in dem Energiekonzerne (BP, E.ON, Mitteldeutsche Braunkohlegesellschaft, RWE Power, RAG) und Unternehmen der energieintensiven Industrien (Hydro Aluminium Deutschland, BASF, Villeroy & Boch), Mitglieder sind. Nach deren Auffassung sind konventionelle Kraftwerke noch so lange unverzichtbar, wie Strom aus erneuerbaren Energieträgern nicht zu wettbewerbsfähigen Konditionen erzeugt werden können.

Mock kam mehrfach in die Kritik, weil er zugleich als [Anwalt des Bundesverbands Landschaftsschutz \(BLS\)](#) für wenig Geld Anti-Windkraft-Initiativen beriet und mit umstrittenen Methoden Kampagnen organisierte.^[36]^[37]^[38] Stellvertretender Vorsitzender des BLS ist der Vernunftkraft-Vorsitzende Nikolai Ziegler^[39]; der Landesverband Sachsen des BSL ist Mitglied von Vernunftkraft. Mock klagt weiter gegen die Errichtung von Windkraftwerken.^[40]^[41] Außerdem ist er Mitwirkender des Sammelbands „Windkraft: Eine Alternative, die keine ist“.^[42]

Mock ist 1. Vorsitzender der Initiative [Unser Revier - Unsere Zukunft - An Rur und Erft e.V.](#), die sich für die weitere Nutzung von Braunkohle einsetzt. Thema der Initiative ist laut ihrer Webseite u.a., was in Grevenbroich mit den Aluminiumhütten passiert.^[43] Dort betreibt Hydro ein führendes Werk für Walzprodukte mit rd. 2000 Mitarbeitern.

Kerntechnische Gesellschaft als Koordinator von Anti-Windkraft-Initiativen

Die Kerntechnische Gesellschaft e.V. (KTG) ist eine Interessenvertretung der Atomwirtschaft, deren Fachgruppe „Nutzen der Kerntechnik und Energiesysteme“ (KT-Fachgruppe) für die Beziehungen zu nahestehenden Organisationen zuständig ist. Diese leugnen/relativieren den Klimawandel, sind Pro-Kernkraft und diskreditieren die Windkraft. Die nachstehenden Informationen über die Aktivitäten der Fachgruppe basieren - soweit nicht anders angegeben - auf den [Tätigkeitsberichten](#) der KTG. Mitglieder der Fachgruppe sind (Stand: Januar 2020): Eckehard Göring (Sprecher), Manfred Mach (Stellv. Sprecher), Ludwig Lindner (Ehrensprecher), Dieter Herrmann (Ehrensprecher), N.N. (Kassenwart).^[44] Lutz Niemann ist ehemaliges Vorstandsmitglied.^[45] Ein [Astroturfing](#)-Verein der KTG nennt sich [Bürger für Technik](#), dessen Vorstandsmitglieder lt. Eintrag im Vereinsregister gleichzeitig Vorstandsmitglieder der KTG-Fachgruppe (Ludwig Lindner und Eckehard Göring) oder ehemalige Vorstandsmitglieder (Lutz Niemann) sind.^[46]^[47] Neben „Bürger für Technik“ nimmt an den Veranstaltungen der KTG regelmäßig der [NAEB Stromverbraucherschutz](#) (frühere Bezeichnung: "naeb nationale anti-EEG-Bewegung e.V.") teil, dessen Vorstandsmitglieder laut Vereinsregister Heinrich Düpmann, Ludger Elberfeld und Thomas Fix sind (Stand: Januar 2020). Pressesprecher und Gründungsvorsitzender ist Hans-Günter Appel. Der Vorstandsvorsitzende Düpmann stellte seine Organisation am 30.10.2016 auf einer KTG-Tagung vor.

Auf der Tagung der KTG-Fachgruppe vom 29. bis 31.10.2016 waren auch Mitglieder von Vernunftkraft anwesend.^[48] Der Stellv. Vorsitzende von Vernunftkraft, Detlef Ahlborn, hielt am 30.10.2016 einen Vortrag zum Thema Windkraft. Weitere Teilnehmer waren neben „Bürger für Technik“ und „NAEB“ die folgenden Vereine: [Fortschritt in Freiheit](#), [Nuklearia](#) und [AG Energie und Umwelt - Die Realisten](#). Das [Europäische Institut für Klima und Energie](#) (EIKE) war auf der KTG-Tagung vom 03.-05.10.2014 präsent. Einige Vorstandsmitglieder der genannten Organisationen beteiligten sich mehrfach an KTG-Veranstaltungen und traten dort als Referenten auf.

„Bürger für Technik“, „Nuklearia“, „Fortschritt in Freiheit“ und „AG Energie und Umwelt -die Realisten“ führten 2016 Gespräche mit der AfD NRW und der FDP NRW, um auszuloten, wo Gemeinsamkeiten bestehen. [49][50] Dietmar Brockes (FDP/MdL), Sprecher für Wirtschaft, Industrie und Energie, bot den Vereinen an, Verbesserungs- und Änderungsvorschläge zum Thema „Energie“ des FDP-Landtagswahlprogramms zu übermitteln. In einer Stellungnahme der KE Research für „Fortschritt in Freiheit“ vom 17.11.2016 heißt es: „Falls die FDP weiter „Ja zum Klimaschutz“ sagt, sagen wir „NEIN zur FDP“.“ [51]

Roland Tichy wird auf der Webseite des [Kerntechnik Deutschland](#) e.V. unter „Expertenmeinungen“ neben Mitarbeitern von Kern- und Kohlekraftwerken aufgeführt. [52] Einer dieser Experten ist Frank Henning, der viele Jahre in Kohlekraftwerken (VEAG/Vattenfall/LEAG) beschäftigt war und heute für die IG Bergbau, Chemie, Energie arbeitet. Er ist Autor des Buchs „Dunkelflaute - oder warum die Energie sich nicht wenden lässt“ und schreibt die Serie „ABC des Energiewende- und Grünsprech“ online auf „Tichys Einblick“ sowie im Magazin „Tichys Einblick“. Henning tritt als Referent bei Vernunftkraft auf [53], Tichy wirkte beim [Joannisberger Energiegipfel](#) von Vernunftkraft als Moderator mit.

Verbindungen zu AfD und EIKE

Christina Fröhlich, Kassenwartin von Vernunftkraft, war AfD-Kandidatin bei der Kommunalwahl 2019 für die Gemeinde Zossen. [54][55]

Das mit der AfD verflochtene [Europäische Institut für Klima und Energie](#) (EIKE) liefert der AfD die Argumente für die Leugnung des Klimawandels und die Ablehnung der Energiewende. Nach Recherchen des "Tagesspiegel" vernetzt sich die AfD, um ihre Durchschlagskraft zu erhöhen, mit Windkraftgegnern [56] und wird dabei von EIKE publizistisch und argumentativ unterstützt. [57] Nach Angaben von Karsten Hilse, dem klimapolitischen Sprecher der AfD-Fraktion, will seine Partei Studien anfordern zu den Auswirkungen von Infraschall, also tieffrequentem Schall, der von Windkraftanlagen ausgeht.

Der Einfluss der AfD bei Windkraft zeigt sich u.a. darin, dass das Buch von Michael Limburg, Vizepräsident von EIKE und Mitglied der AfD, und des EIKE-nahen Journalisten Fred F. Mueller mit dem Titel: Strom ist nicht gleich Strom - Warum die Energiewende nicht gelingen kann, von Vernunftkraft zur Lektüre empfohlen wird. [58] Limburg sitzt im Bundesfachausschuss Energie der AfD und arbeitet auf einer Viertelstelle im Bundestagsbüro des klimapolitischen Fraktionssprechers Hilse. [59]

Auch EIKE-Pressesprecher [Horst-Joachim Lüdecke](#) ist Mitglied im AfD-Bundesfachausschuss und wurde von der AfD als Sachverständiger zu einer Anhörung des Umweltausschusses des Bundestags geladen. [60][61] Lüdecke ist weiterhin Unterzeichner des „Johannisberger Appells“ vom 27. Februar 2017, der von Vernunftkraft initiiert worden ist. [62]

[Helmut Alt](#), Mitglied des Fachbeirats von EIKE, Ehrenmitglied der [Kerntechnischen Gesellschaft](#) und Mitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#), wird von Vernunftkraft als Ansprechpartner zu technischen Aspekten genannt. [63]

Verbindungen zur FDP

Laut FDP-Geschäftsbericht 2015-2017 stellte sich Vernunftkraft bei der Sitzung des Bundesfachausschusses Wirtschaft und Energie (BFA) am 18. und 19. März 2016 vor. [64] Besonders enge Beziehungen zwischen Vernunftkraft und der FDP entwickelten sich in Hessen. Anlässlich der Gründungsveranstaltung des

hessischen Landesverbands von Vernunftkraft im Jahr 2014 erklärte der energiepolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, René Rock: „Im Namen der gesamten Fraktion wünsche ich dem neugegründeten Verband, dass er den Interessen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürgern, deren Lebensumfeld von Windkraftprojekten betroffen ist, Gehör verschaffen kann“^[65] Bei der zentralen Kundgebung von Vernunftkraft Hessen vom 09.09.2017 war René Rock, Vorsitzender der FDP im Hessischen Landtag, Hauptredner.^[66] Der Vorstandssprecher des hessischen Verbands von Vernunftkraft, Rolf Zimmermann, ist gleichzeitig stellvertretender FDP-Vorsitzender des Main-Kinzig-Kreises, und warb im Wahlkampf für die Landtagswahl in Hessen für seine Partei.^[67] Der Landesverband Sachsen des Bundesverbandes Landschaftsschutz (BLS) und der Landesvorsitzende der FDP Sachsen übergaben am 03.02.2016 gemeinsam Massenpetitionen zur Windkraftnutzung an den Landtagspräsidenten.^[68]

Beziehungen zum Bundeswirtschaftsministerium

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmeier (CDU) setzte sich für die von Vernunftkraft geforderte verschärfte Abstandsregelung zwischen Windkraftanlagen und Wohnhäusern ein, obwohl gewichtige Kritiker dadurch ein Scheitern der Energiewende befürchteten.^{[69][70]} Für den Krisengipfel zum massiven Einbruch beim Windkraftausbau am 05.09.2019 hatte Altmaier auch sechs Anti-Windkraft-Initiativen - darunter Vernunftkraft - eingeladen.^[71] Für Windkraft nahmen teil: Jacob Fuhrmann (Gegenwind Saarland), Matthias Elsner (Vorstand Vernunftkraft Niedersachsen), Waltraud Plarre (Vernunftkraft), Susanne Kirchhof (Vernunftkraft Schleswig-Holstein), Heiner Brinkmann (Vernunftwende) und Detlef Ahlborn (Vernunftkraft).^[72]

Nach einem Bericht der „taz“ ist Stephanie von Ahlefeldt, bisherige Mitarbeiterin von CDU-Fraktionsvize und Union-Mittelstandschef Carsten Linnemann, seit 1. September 2019 Leiterin der Abteilung „Energiepolitik - Strom und Netze“.^[73] Nach Einschätzung von Mitarbeitern agiere sie auch im neuen Job „als verlängerter Arm der Energiewendegegner“ aus der CDU-Fraktion“.

Nikolai Ziegler, Vorsitzender von Vernunftkraft, ist seit 2010 als Referent im Bundeswirtschaftsministeriums tätig (Referat „VI C 1 Grundsatzfragen der nationalen und internationalen Innovations- und Technologiepolitik“/Abteilung "Digital- und Innovationspolitik").^{[74][75]} Nach einem Bericht der "taz" hat die Abteilung „Digital- und Innovationspolitik“ mit der Energiepolitik nichts zu tun, jedoch habe Ziegler im Ministerium zeitweise den persönlichen Referenten des parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Bareiß (CDU) vertreten - und der betreue unter anderem die Abteilung „Energiepolitik - Strom und Netze“ und habe darum regelmäßig mit dem Thema Windkraft zu tun.^[76]

Europäische Plattform gegen Windkraftanlagen

Vernunftkraft ist - wie EIKE und CFACT Europe ([Committee for a Constructive Tomorrow](#)) - Mitglied der Europäischen Plattform gegen Windkraftanlagen.^[77]

Vorstand, Unterstützer und Akteure

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands sind laut Eintrag im Vereinsregister (Ausdruck vom 21.12.2019):

- Nikolai Ziegler (Vorsitzender), Referent im Referat „VI C 1 Grundsatzfragen der nationalen und internationalen Innovations- und Technologiepolitik“ (in der Abteilung Digital- und Innovationspolitik) des Bundeswirtschaftsministeriums, Stellv. Vorsitzender des umstrittenen Bundesverbands Landschaftsschutz und Mitglied des Vereins für Landschaftspflege und Artenschutz in Bayern (VLAB), der gegen die Rodung eines Kiefernwalds für den Bau des Tesla-Werks in Grünheide geklagt hat.^{[78][79]}
- Detlef Ahlborn (Stellv. Vorsitzender), Vorsitzender für technisch/wissenschaftliche Kommunikation des Landesverbands Hessen, Inhaber der Karl Ahlborn Maschinenfabrik, Stellv. Vorsitzender des FDP-Kreisverbands Werra-Meißner
- Karl-Heinz Glandorf (Verantwortlicher für Öffentlichkeitsarbeit), ehem. Leiter der Pressestelle der Bausparkasse Schwäbisch Hall
- Christina Fröhlich (Kassenwartin), Kandidatin der AfD bei der Kommunalwahl 2019 für die Gemeinde Zossen.
- Katharina Quabius (Schriftführerin), Begründerin des Bündnisses Gegenwind Unterfranken, Gestalterin für virtuelles Marketing. Laut der Webseite von Vernunftkraft (Stand: 29.12.2019) ist Rainer Eberling Schriftführer; Katharina Quabius ist danach die Kontaktperson Bayern.

Unterstützer

Die [hier](#) abrufbaren Unterstützer sind:

- Stefan Tangermann, (seit 2009 emeritierter) Professor, Agrarwissenschaftler und Volkswirt
- Gisela Decker, Biologin, Ehrenvorsitzende des NABU Regionalverbandes Dahmeland
- Tom Sommerlatte, ehem. Honorarprofessor für Systemdesign, Ingenieur und Strategieberater
- Günter Specht, (seit 2005 emeritierter) Professor für Betriebswirtschaft, Dipl.-Kaufmann und Experte für Technologiemanagement
- Werner Nohl, Landschaftsarchitekt, ehem. Honorarprofessor an der TU München

Akteure

Die [hier](#) abrufbaren Akteure sind Fachbereichsleiter von Vernunftkraft, die Leiterin Öffentlichkeitsarbeit, der Leiter der Rechtsabteilung sowie Kontaktpersonen für die Bundesländer. Zu ihnen gehören die Vorstandsmitglieder Detlef Ahlborn, Nikolai Ziegler, Karl-Heinz Glandorf und Katharina Quabius. Als (im Vereinsregister nicht eingetragener) Schriftführer wird Rainer Ebeling, selbständiger EDV-Dienstleister, aufgeführt. Zu den weiteren Akteuren gehört u.a. Rolf Zimmermann (Vorstand des hessischen Landesverbands und FDP-Abgeordneter im Main-Kinzig-Kreis).

Leiter der Rechtsabteilung ist Rechtsanwalt Armin Brauns, der laut seiner Webseite Bürger, Bürgerinitiativen, Städte und Gemeinden sowie Naturschutzverbände außergerichtlich und gerichtlich bei der Verhinderung von Windkraftanlagen berät, vertritt und unterstützt.^[80] Brauns betreibt auch die Webseite www.gegenwindkraft.de.

Landesverbände

Landesverbände sind die folgenden Organisationen^[81]

- Bündnis Energiewende für Mensch und Natur Rheinland-Pfalz und Saarland
- Landesverband Landschaftsschutz Sachsen (Vorstandsvorsitzender Nikolai Ziegler ist Stellv. Vorsitzender im Bundesverband Landschaftsschutz)
- Gegenwind Schleswig-Holstein
- Vernunftkraft, Niedersachsen
- Vernunftkraft, Hessen
- Landesverband gegen Windkraftanlagen in Natur- und Kulturlandschaften Baden-Württemberg
- Volksinitiative Rettet Brandenburg
- Vernunftwende Nordrhein-Westfalen
- Vernunftkraft, Bayern
- Freier Horizont Mecklenburg-Vorpommern
- Mensch Natur Baden-Württemberg
- Landesverband Energiewende mit Vernunft
- Vernunftkraft, Sachsen-Anhalt
- Thüringer Landesverband Energiewende mit Vernunft

Weitere Mitglieder

Verein für Landschaftspflege und Artenschutz in Bayern (VLAB)^[82] (Vernunftkraft ist institutionelles Mitglied des VLAB; gleichfalls ist der VLAB Mitglied von Vernunftkraft).

Weiterführende Informationen

- [Das Netzwerk der Klimaleugner, Tagesspiegel vom 26.02.2019](#)
- [Der Geist der Trump-Milliardäre im Ländle, Der Freitag vom 26.08.2018](#)
- [Kohle, Kohle, Kohle - Recherche der Süddeutschen Zeitung zu gut vernetzten Lobbys und Rechtspopulisten, Dezember 2018](#)
- [Klimawandel und Sommerhitze: Die Gegner machen mobil, MONITOR vom 16.08.2018](#)
- [Unser Revier: die Bürgerinitiative und die Braunkohlelobby, Ulrich Müller, LobbyControl, 11. Mai 2016](#)
- [Wenn Konzerne den Protest managen..., Dokumentation der Tagung am 26. September 2015](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

[Newsletter](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Kompendium für eine vernünftige Energiepolitik](#), vernunftkraft.de, abgerufen am 25.11.2019
2. ↑ [Mission](#), vernunftkraft.de, abgerufen am 03.01.2020

3. ↑ [Statistik und Verfügbarkeit von Wind- und Solarenergie in Deutschland](#), vernunftkraft.de, abgerufen am 24.11.2019
4. ↑ [Satzung](#), vernunftkraft.de, abgerufen am 20.12.2019
5. ↑ [Angriff auf die Windkraft: Der Energiewende droht das Aus](#), Monitor vom 29.08.2019, wdr.de vom 17.01.2020
6. ↑ [Der Geist der Trump-Milliardäre im Ländle](#), freitag.de vom 26.08.2018, abgerufen am 17.01.2020
7. ↑ [VLAB beantragt Rodungsstopp für Tesla-Gelände](#), Pressemitteilung vom 14.02.2020, landschaft-artenschutz.de, abgerufen am 21.02.2020
8. ↑ [Warum ein Verein aus Bayern bei Tesla mitmischt](#), rbb24.de vom 14.02.2020, abgerufen am 21.02.2020
9. ↑ [Lesen bildet](#), vernunftkraft.de, abgerufen am 29.12.2019
10. ↑ [Lesen bildet](#), vernunftkraft.de, abgerufen am 29.11.2019
11. ↑ [Autor Mueller](#), novo-argumente.com, abgerufen am 29.12.2019
12. ↑ [Faktenstreit für mehr Panik](#), publicomag.com vom 21.03.2019, abgerufen am 30.11.2019
13. ↑ [Suchergebnisse für Alexander Wendt](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 29.11.2019
14. ↑ [FDP Bad Mergentheim 20.04.2018](#), maihkid.de, abgerufen am 28.12.2019
15. ↑ [Betreff: March for Science am 22.4.2017](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 28.12.2019
16. ↑ [Suchergebnisse für Dirk Maxeiner](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 29.11.2019
17. ↑ [Wird die „taz“ Klimaleugner unter Artenschutz stellen?](#), eike-klima-energie.de vom 05.10.2019, abgerufen am 29.12.2019
18. ↑ [Lebenslauf](#), rwe.com, abgerufen am 11.01.2020 <https://vahrenholt.net/>, abgerufen am 20.02.2020
[Fritz Vahrenholt: Störenfritz des Klimafriedens](#), Zeit, 09.02.2012, abgerufen am 20.02.2020
19. ↑ [Skeptiker im Faktencheck](#), zeit.de vom 09.02.2012, abgerufen am 11.01.2020
20. ↑ [Pressemitteilung des Präsidiums](#), deutschewildtierstiftung.de vom 20.12.2019, abgerufen am 12.01.2020
21. ↑ [Suchergebnisse für vahrenholt](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 11.01.2020
22. ↑ [Die Kohlekommission und andere Ungereimtheiten- Ein Gespräch mit Professor Fritz Vahrenholt](#), vernunftkraft-hessen vom 10.02.2019, abgerufen am 11.01.2020
23. ↑ [Record Ridicule - Die spinnen, die Germanen](#), vernunftkraft.de, abgerufen am 11.01.2020
24. ↑ [Vernunftbürger antworten Ministerium](#), vernunftkraft.de, abgerufen am 11.01.2020
25. ↑ [Es könnte ungemütlich werden](#), cicero.de vom 09.07.2019, abgerufen am 11.01.2020
26. ↑ [Konservatives Zerwürfnis](#), djv.de vom 16.07.2018, abgerufen am 11.01.2020
27. ↑ [Roland Tichy](#), premium-speakers.com, abgerufen am 12.01.2020
28. ↑ [Der deutsche Don Quijote gewinnt meist](#), tagesspiegel.de vom 14.06.2019, abgerufen am 11.01.2020
29. ↑ [Exxpertenmeinung](#), kern.de, abgerufen am 14.01.2020
30. ↑ [Seelenschänder vor Gericht](#), vernunftkraft.de vom 04.11.2017, abgerufen am 14.01.2020
31. ↑ [Mission Statement](#), vernunftkraft.de, abgerufen am 25.11.2019
32. ↑ [Umweltbundesamt: Technische Maßnahmen zur Minderung akzeptanzhemmender Faktoren der Windenergienutzung an Land, Mai 2019](#), abgerufen am 25.11.2019
33. ↑ [Wege in eine ressourcenschonende Treibhausgasneutralität - RESCUE Kurzfassung](#), umweltbundesamt.de, abgerufen am 29.12.2019
34. ↑ [Profil](#), linkedin.com, abgerufen am 30.12.2019
35. ↑ [Expertenprofil](#), inform-you.de vom 29.11.2011, abgerufen am 31.12.2019
36. ↑ [Selbsternannte Naturschützer machen gegen den Ausbau von Windenergie mobil](#), taz.de, abgerufen am 30.12.2019

37. ↑ [Unser Revier: Die Bürgerinitiative und die Braunkohlelobby](#), lobbycontrol.de vom 11.05.2016, abgerufen am 30.12.2019
38. ↑ [Windkraft: RWE auf der Spur](#), greenpeace-magazin 1.98], greenpeace-magazin.de, abgerufen am 30.12.2019
39. ↑ [Eintrag beim Vereinsregister des Amtsgerichts Chemnitz](#), Abruf vom 30.12.2019
40. ↑ [Nachbar klagt gegen Windräder](#), wz.de vom 05.06.2018, abgerufen am 30.12.2019
41. ↑ [Rotmilan & Co. kontra Windriesen](#), volksfreund.de vom 15.03.2018, abgerufen am 31.12.2019
42. ↑ [Windkraft: Eine Alternative, die keine ist](#), amazon.de, abgerufen am 31.12.2019
43. ↑ [Unser Anliegen](#), unser-revier-unsere-zukunft.de, abgerufen am 31.12.2019
44. ↑ [Nutzen der Kerntechnik und Energiesysteme](#), ktg.org, abgerufen am 07.01.2019
45. ↑ [Kernkraft](#), ef-magazin.de vom 04.12.2016, abgerufen am 07.01.2020
46. ↑ [Atomkraft - ja bitte!](#), zeit.de vom 17.04.2008, abgerufen am 13.01.2020
47. ↑ [Kernkraft in Chemnitz](#), rainerkluttewordpress.com vom 15.11.2015, abgerufen am 09.01.2020
48. ↑ [Tätigkeitsbericht für das Jahr 2016](#), ktg.org, abgerufen am 05.01.2020
49. ↑ [Energiepolitisches Gespräch](#), fortschrittfreiheit.de, abgerufen am 06.01.2020
50. ↑ [Protokoll](#), fortschrittfreiheit.de, abgerufen am 06.01.2020
51. ↑ [Kurz Betrachtung Entwurf des Wahlprogramms der FDP NRW für die Landtagswahl 2017](#), fortschrittfreiheit.de, abgerufen am 08.01.2020
52. ↑ [Exxpertenmeinung](#), kern.de, abgerufen am 14.01.2020
53. ↑ [Seelenschänder vor Gericht](#), vernunftkraft.de vom 04.11.2017, abgerufen am 14.01.2020
54. ↑ [Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2019](#), afd-tf.de, abgerufen am 20.10.2019
55. ↑ [Eintrag der Bundesinitiative Vernunftkraftwerk e.V. beim Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg](#), Abruf vom 21.12.2019
56. ↑ [Das Netzwerk der Klimaleugner](#), tagesspiegel.de vom 26.02.2019, abgerufen am 29.12.2019
57. ↑ [Windenergie](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 30.12.2019
58. ↑ [Lesen bildet](#), vernunftkraft.de, abgerufen am 29.11.2019
59. ↑ [Energiepolitisches Manifest](#), eike-klima-energie.eu vom 30.01.2014, abgerufen am 30.12.2019
60. ↑ [Das Netzwerk der Klimaleugner](#), tagesspiegel.de vom 26.02.2019, abgerufen am 29.12.2019
61. ↑ [1. Konferenz des Bundesfachausschusses der AfD „Klima und Energie“](#), afdkompakt.de vom 20.02.2017, abgerufen am 30.12.2019
62. ↑ [Johannisberger Appell](#), vernunftkraft.de, abgerufen am 30.12.2019
63. ↑ [Kompendium](#), vernunftkraft-niedersachsen.de, abgerufen am 30.12.2019
64. ↑ [Geschäftsbericht der FDP 2015-2017](#), fdp.de, abgerufen am 21.05.2020
65. ↑ [Gründungsveranstaltung „Vernunftkraft“](#), fdp-fraktion-hessen.de vom 11.10.2014, abgerufen am 05.01.2020
66. ↑ [Kundgebung Vernunftkraft Hessen](#), fdp-hessen, abgerufen am 05.01.2010
67. ↑ [Streit um Windenergie](#), fr.de vom 10.10.2018, abgerufen am 05.01.2020
68. ↑ [Einladung Pressetermin/Fototermin](#), vernunftkraft.de, abgerufen am 13.01.2020
69. ↑ [Windkraft-Abstände](#), vernunftkraft.de, abgerufen am 30.12.2019
70. ↑ [Abstandsregelung für Windräder polarisiert](#), deutschlandfunk.de vom 19.11.2019, abgerufen am 30.12.2019
71. ↑ [Windkraft-Opponent im eigenen Haus](#), energie- und management.de vom 02.09.2019, kostenpflichtig abgerufen am 13.11.2019
72. ↑ [Fahrplan für mehr Akzeptanz](#), gegenwind-saarland.de vom September 2019, abgerufen am 14.01.2020
73. ↑ [Der Wind hat sich gedreht](#), taz.de vom 15.11.2019

74. ↑ [Windkraft-Opponent im eigenen Haus](#), energie- und management.de vom 02.09.2019, kostenpflichtig abgerufen am 13.11.2019
75. ↑ [Vernünftig, rational, solidarisch - Lobby bestätigt Erfolgskurs](#), vernunftkraft.de vom 04.03.2015, abgerufen am 30.12.2019
76. ↑ [„Vernunftkraft-Chef im Ministerium](#), taz.de vom 27.11.2019, abgerufen am 14.01.2020
77. ↑ [European Platform Against Windfarms](#), epaw.org, abgerufen am 01.01.2020
78. ↑ [VLAB beantragt Rodungsstopp für Tesla-Gelände](#), Pressemitteilung vom 14.02.2020, landschaft-artenschutz.de, abgerufen am 21.02.2020
79. ↑ [Warum ein Verein aus Bayern bei Tesla mitmisch](#)t, rbb24.de vom 14.02.2020, abgerufen am 21.02.2020
80. ↑ [Home](#), rechtsanwalt-armin-brauns.de, abgerufen am 11.01.2020
81. ↑ [Die vernunftkräftigen Landesverbände](#), vernunftkraft.de, abgerufen am 13.01.2020
82. ↑ [Eines ist eines zu viel](#), vernunftkraft.de vom 26.01.2017, abgerufen am 21.02.2020

Kerntechnik Deutschland

Weiterleitung nach:

- [Deutsches Atomforum](#)

Daimler

Die **Daimler AG** ist einer der größten Automobilhersteller der Welt. Im Jahr 2017 hatte die Daimler AG einen Umsatz von 164 Mrd. EUR und beschäftigte 289.000 Mitarbeiter.^[1] Ebenso wie andere Autokonzerne setzt Daimler bei seiner Lobbyarbeit auf engen Kontakt zur Spitzenpolitik. Dem dienen Gespräche mit der Bundeskanzlerin, zuständigen Ministern, Staatssekretären, EU-Kommissaren sowie Abgeordneten des Bundestags und des EU-Parlaments. Seit November 2013 ist [Eckart von Klaeden](#) (CDU) Cheflobbyist von Daimler. Zuvor war er Staatsminister im [Bundeskanzleramt](#).

Daimler AG	
Rechtsform	Aktiengesellschaft
Tätigkeitsbereich	Automobilbranche
Gründungsdatum	1998
Hauptsitz	Stuttgart
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Rue Froissart 133, B-1040 Brüssel
Webadresse	daimler.com

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	73
1.1 Lobbyisten	73
1.2 Seitenwechsler	73
1.3 Lobbytätigkeit der deutschen Autoindustrie in Brüssel	74
1.4 Mitgliedschaften	74
1.5 Parteispenden	75
2 Fallbeispiele und Kritik	75
2.1 Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor	75

2.2 Lobbyisten bremsen geplante effektive Diesel-Abgastests aus	75
2.3 Schulmaterial und Aktionen mit Genius	76
2.4 Verdeckte PR: "Tramp a Benz"	76
2.5 BigBrotherAward	76
2.6 Lobbyisten in Ministerien	76
2.7 Bundesbeamte bei DaimlerChrysler	77
3 Geschäftstätigkeit	78
4 Personal und Organisation	78
4.1 Vorstand	78
4.2 Aufsichtsrat	78
5 Anteilseigner	78
6 Geschichte	78
7 Weiterführende Informationen	78
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	78
9 Einzelnachweise	78

Lobbystrategien und Einfluss

Die deutsche Autolobby ist eine der mächtigsten und einflussreichsten Akteure in Deutschland und hat besonders enge Kontakte zur Politik. Sinnbild dafür ist [Matthias Wissmann](#), Chef des [Verbandes der Automobilindustrie](#) (VDA), der Verkehrsminister im Kabinett Helmut Kohl und Mitglied des Bundesvorstands der CDU war. Über eine intensive Lobbyarbeit ist es der Autoindustrie gelungen, ihre kurzfristigen Gewinninteressen auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt zum Maßstab staatlichen Handelns zu machen (Verhinderung von effektiven Maßnahmen zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes, steuerliche Privilegierung von Diesel). Weiterhin haben Hersteller versucht, über die Manipulation von Abgaswerten und falsche Verbrauchsangaben die gesundheits- und umweltpolitischen Probleme ihres Industriezweigs zu bagatellisieren.

[Eckart von Klaeden](#), ehem. Staatsminister bei der Bundeskanzlerin, erleichtert Daimler den Zugang zum Bundeskanzleramt und anderen Regierungsinstitutionen.

Lobbyisten

- [Eckart von Klaeden](#), Vice President, Head of External Affairs, Vorstandsmitglied [Atlantik-Brücke](#), Vorstandsvorsitzender des [Forum Ebenhausen](#) (Freundeskreis der [Stiftung Wissenschaft und Politik](#)), von 10/2009 - 09/2013 Staatsminister bei der Bundeskanzlerin, ehem. Außenpolitischer Sprecher der CDU /CSU-Bundestagsfraktion
- Mike Reichert, Director for Government Relations Berlin and European Affairs

Seitenwechsler

- [Eckart von Klaeden](#) (CDU): Vom Staatsminister bei der Bundeskanzlerin zum Daimler-Cheflobbyisten (2013)
- Martin Jäger (CDU): Vom Außenministerium zum Daimler-Cheflobbyisten (2008), dann deutscher Botschafter in Afghanistan (2013), dann Wechsel zum [Bundesministerium der Finanzen](#) als Sprecher (2014), seit 10/2016 Staatssekretär Innenministerium Baden-Württemberg
- Dieter Spöri (SPD): Vom baden-württembergischen Wirtschaftsminister (bis 1996) zum Cheflobbyisten (1999-2008)

Quelle: ^[2]

Lobbytätigkeit der deutschen Autoindustrie in Brüssel

Die Autobauer nehmen über "Expertengruppen" und ihre Verbände direkten Einfluss auf die Gesetzgebung in Kommission und Parlament. ^[3] 2007 erhielt die VW-Tochter Porsche gemeinsam mit [Daimler](#) und [BMW](#) für eine gemeinsame Kampagne, deren Ziel die Verwässerung und Verzögerung von verpflichtenden CO2-Reduktionszielen war, den „Worst EU Lobbying“ Award. ^[4]

Lobbyausgaben, Lobbyisten und Zahl der Treffen mit der EU-Kommission im Jahr 2017

Unternehmen /Verband	Ausgaben für Lobbytätigkeit in Mio. Euro	Zahl der akkreditierten Lobbyisten	Zahl der Lobbyisten (Vollzeitäquivalent)	Zahl der Treffen mit der EU-Kommission
Volkswagen AG	2,66	4	14,75	50
Daimler	2,6	5	7,75	31
BMW	1,4	4	5,5	33
Opel	0,6	1	1,5	2
Verband der Automobilindustrie (VDA)	2,5	2	14	27
Summe	9,76	16	43,5	143

Quelle: ^[5]

Anmerkungen:

(1) *Ausgaben für Lobbytätigkeit: Bei von-bis-Angaben wird der Mittelwert genannt*

(2) *Lobbyisten: Im [EU Transparenz-Register](#) wird die Zahl der akkreditierten Lobbyisten und die Zahl der Lobbyisten (absolut und umgerechnet auf Vollzeitstellen) veröffentlicht. Laut Erläuterungen bei [LobbyFacts](#) ist die Zahl der akkreditierten Lobbyisten eine exakte Größe, die aus Unterlagen des EU-Parlaments ermittelt wird. In ihr sind jedoch die nicht-akkreditierten Lobbyisten nicht enthalten. Die Zahl der Lobbyisten wird aufgrund der Angaben der betreffenden Organisationen ermittelt und ist nicht durchgehend genau, weil die Zahl der an der Lobbyarbeit beteiligten Personen oft nach unterschiedlichen Kriterien berechnet wird. Die Zahl der Lobbyisten kann deshalb nur näherungsweise angegeben werden.*

Entsprechende Angaben für Deutschland sind nicht zugänglich, weil es kein verpflichtendes [Lobbyregister](#) gibt. In den Koalitionsvertrag von Januar 2018 ist die Einrichtung eines Lobbyregister nicht auf Grund des Widerstands von CDU/CSU nicht eingegangen. Zur Bundestagswahl 2017 hatte LobbyControl eine Aktion gestartet: [Keine Regierung ohne Lobbyregulierung!](#).

Mitgliedschaften

Organisationen und Arbeitsgruppen der Europäischen Kommission: GEAR2030 Working Groups and Project Teams sowie WLTP, LDV RDE, 96/53 Directive („weights and dimensions for trucks“)

Verbände und Netzwerke:

- [European Automobile Manufacturers Association](#) (ACEA)
- [European Council for Automotive](#) (EUCAR)

- [Verband der Automobilindustrie \(VDA\)](#)
- [American Chamber of Commerce to the European Union \(AmCham EU\)](#)
- [BusinessEurope](#)
- [BDA](#)
- [BDI](#)
- [Transatlantic Policy Network \(TPN\)](#)

Quelle: ^[6]

Parteispenden

Daimler gehört zu den größten Parteispendern in Deutschland. Seit dem Jahr 2000 spendete der Konzern insgesamt 7.423.471,98 Euro an CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne. Die Summe verteilt sich auf die Parteien wie folgt:

Empfänger	Betrag in Euro
CDU	2.665.741,39
CSU	774.058,36
SPD	2.588.472,88
FDP	910.199,41
Grüne	484.999,94

Die Spenden sind im Einzelnen über die [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Im April 2019 teilte der Konzern mit, 2019 keine Parteispendingen zu tätigen. ^[7] Die Entscheidung wurde von den Schatzmeistern der CSU ^[8] und der FDP ^[9] öffentlich scharf kritisiert. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Thomas Bareiß (CDU) nannte die Entscheidung Daimlers "verantwortungslos, Demokratie gefährdend und dumm" ^[10] LobbyControl wies in der Debatte darauf hin, dass Daimlers Entscheidung möglicherweise gar keinen Rückzug aus der Parteienfinanzierung bedeute, sondern lediglich eine Umstellung auf das intransparente [Parteisponsoring](#), die [BMW](#) und [Volkswagen](#) bereits vor Jahren vollzogen haben. ^[11]

Fallbeispiele und Kritik

Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor

Daimler war einer der Gründer des Lobbyvereins Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor (EUGT), der fragwürdige Experimente in Auftrag gegeben hat, um die angebliche Unbedenklichkeit von Dieselabgasen zu beweisen. ^[12]

Lobbyisten bremsten geplante effektive Diesel-Abgastests aus

Laut einem Bericht des „Spiegel“ haben sich Daimler-Cheflobbyist [Eckart von Klaeden](#) und VDA-Präsident [Matthias Wissmann](#) im Frühjahr 2015 im Bundeskanzleramt erfolgreich gegen strenge Abgastest bei Diesel eingesetzt, die die EU-Kommission gefordert hatte. ^[13] Diese wollte die Autos vor der Zulassung nicht mehr

nur auf dem Prüfstand testen, sondern auf der Straße mit dem „Real Driving Emissions“ (RDE)-Messverfahren. In einer e-mail vom 18. März 2015 an seinen alten Kollegen, den Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im Bundeskanzleramt, warnte [Eckart von Klaeden](#): „Was zunächst wie eine untergeordnete technische Entscheidung klingt, kann enorme Konsequenzen für die Automobilindustrie im Hinblick auf die zukünftige Nutzung von Dieselmotoren haben“. Der Entwurf der Kommission könne nicht akzeptiert werden. Auch VDA-Präsident [Matthias Wissmann](#) schrieb eine e-mail an Kanzleramtsminister Peter Altmaier („lieber Peter“) mit dem Ziel, das Regulierungsvorhaben der EU zu bremsen. Altmaier bekam daraufhin von seinen Beamten eine „Stellungnahme“ aufgeschrieben, in der es hieß, man werde das Umweltministerium und das Verkehrsministerium „bitten“, bei der Sitzung in Brüssel „explizit die von VDA /Daimler geäußerte Befürchtung“ zu den Messverfahren „anzusprechen“ und das von Wissmann geforderte „realistische Gesamtkonzept“ bei den „weiteren Diskussionen berücksichtigen“. Innerhalb von 24 Stunden änderte die Bundesregierung ihre Haltung. In dem Vorschlag Deutschlands für die Sitzung des Technischen Ausschusses in Brüssel am 24. März 2015 war das konkrete Datum für die Einführung strenger Abgastests erst einmal verschwunden. Bei der eigentlichen Entscheidung im Herbst 2015 kam die Bundesregierung den Herstellern weit entgegen.

Quelle: Die dunkle Seite der Macht, Der Spiegel, 32/2017, S. 13 f.

Schulmaterial und Aktionen mit Genius

Die Daimler AG ist mit ihrem Bildungsprogramm [Genius](#) auch an Schulen aktiv. Es werden Schulmaterialien mit Präferenz für Individualverkehr und Auto verbreitet und Fahrtrainings (genannt "RoadSense") für Schüler zwischen 13 und 14 Jahren mit Mercedes Benz-Autos durchgeführt.^[14] Außerdem gibt es Workshop in der Ravensburger Kinderwelt^[15] oder im Europa Park^[16].

Verdeckte PR: "Tramp a Benz"

Im März 2011 sprach der deutsche PR-Rat eine Rüge gegen Mercedes-Benz, [Jung von Matt](#) und Stefan Gbureck aus, wegen deren verdeckten PR bezüglich der Internetaktion "Tramp a Benz". So wirkte der Blog nach außen als eine persönliche Aktion und es wurde nicht ersichtlich wer dahinter steckt. Der Blogger Stefan Gbureck stellte sich als einziger Urheber einer vermeidlichen Kunstaktion dar, jedoch wurde er von Mercedes-Benz beauftragt und finanziell unterstützt. Ebenso bei der Umsetzung unterstützt wurde der Blogger durch Jung von Matt, dem eigentlichen Urheber.^[17]

BigBrotherAward

2011 erhielt die Daimler AG den Negativpreis BigBrotherAward von dem Verein Digitalcourage wegen der Forderung von Bluttests von Produktionsmitarbeitern.^[18]

Lobbyisten in Ministerien

Daimler-Chrysler hatte Mitarbeiter im Verkehrs-, Wirtschafts- und Außenministerium; in zuletzt genanntem war im Zuge des sog. [Austauschprogramms](#) auch ein Beamter des Außenministeriums bei dem Automobilhersteller, der ihn nach dieser Zeit direkt anstellte.

Lobbyisten im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Zeitraum Unbekannte Einsatzdauer, mindestens zwischen 2001 und 2003.^[19]
Leiter der Abteilung Konzernstrategie-Verkehrspolitik bei DaimlerChrysler, Teilnehmer

Mitarbeiter	Austauschprogramm
Bearbeitete Themen	Zum Zeitpunkt der Vergabe des Milliardenauftrags für die LKW-Maut, bei dem DaimlerChrysler zum Bewerberkonsortium gehörte, hatte der Mitarbeiter einen eigenen Schreibtisch im Ministerium und Zugang zu vertraulichen Informationen, Referenten und dem Referatsleiter

Die Journalisten Sascha Adamek und Kim Otto beschreiben in ihrem Buch "Der gekaufte Staat" den Einsatz des von Dr.-ing. Heinrich Osterloh im Verkehrsministerium. Zentral ist dabei die Frage, ob er Einfluss auf die Vergabe des Auftrags für die LKW-Maut an das Konsortium aus DaimlerChrysler und Telekom namens "Toll Collect" hatte. Hierzu sind die Angaben widersprüchlich: Laut BMVBS hatte er Kontakt zum zuständigen Referatsleiter, wobei DaimlerChrysler dieser Aussage widerspricht. Bereits 2001 war Osterloh Mitarbeiter einer Monitoringgruppe des Bundesverkehrsministeriums, die im November 2001 eine Studie zum Thema Maut veröffentlichte und dem Ministerium empfahl, die Vernetzung der Verkehrsträger zu beschleunigen. Während seiner Zeit im Ministerium erhielt Toll Collect den Zuschlag, wobei andere Bieter benachteiligt wurden, wie Adamek und Otto unter Berufung auf das OLG Düsseldorf darstellen.

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer ab 01.03.2006 bis spätestens Oktober 2007 ^[20]
Mitarbeiter	Holger Meinel, Daimler-Chrysler Manager und Teilnehmer am Austauschprogramm Seitenwechsel e.conomy: Seitenwechsel - Schreibtisch Tauschen , abgerufen 27.09.2011
Bearbeitete Themen	Mitarbeit im Grundsatzreferat der Innovations- und Technologiepolitik. Im Gegensatz zu anderen Lobbyisten äußert er sich öffentlich auf der Homepage der Bundesregierung über das Programm. In seinen Äußerungen wird klar, dass es darum gehe, "den Staat zu bewegen" und Politik zu machen. Der Artikel erklärt außerdem, das "Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vollständig in das Tagesgeschäft eingebunden werden" und "[...] in dieser Zeit von ihrer Heimatinstitution weiter ihr Gehalt [erhalten]". ^[21]

Bundesbeamte bei DaimlerChrysler

2006 war ein Beschäftigter des Auswärtigen Amtes bei DaimlerChrysler. ^[22] DaimlerChrysler hat aktiv am Austauschprogramm mit der Bundesregierung und den Bundesministerien teilgenommen, in dessen Zuge über 100 Konzernmitarbeiter teilweise über Jahre in Ministerien gearbeitet haben. Demgegenüber stehen lediglich zwölf Beamte, einer davon bei Daimler Chrysler. Sein Wissen über politische und administrative Abläufe scheint sich für den Konzern ausgezahlt zu haben, denn er wurde anschließend in ein wohl besser vergütetes reguläres Beschäftigungsverhältnis bei Daimler übernommen. ^[23]

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2007 ^{[24][25]}
Mitarbeiter	Teilnehmer Austauschprogramm
Bearbeitete Themen	k.A.

Geschäftstätigkeit

Die Geschäftsfelder der Daimler AG bestehen aus Mercedes-Benz Cars, Daimler Trucks, Mercedes-Benz Vans, Daimler Buses und Daimler Financial Services.

Personal und Organisation

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Vorsitzender des Vorstands ist Dieter Zetsche

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat ist [hier](#) abrufbar. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats ist Manfred Bischoff.

Anteilseigner

Anteile am Grundkapital ^[26]: Geely Group/Li Shufu 9,7 %, Kuwait 6,8 %, Renault/Nissan 3,1 %, Institutionelle Anleger 61,4% (u.a. [BlackRock](#) und norwegischer Staatsfonds), Private Investoren 19 %. (Stand: 02/2018)

Geschichte

Die Vorgängerorganisation der Daimler AG war die 1926 gegründete Daimler-Benz Aktiengesellschaft. 1998 entstand durch die Fusion mit der US-amerikanischen Chrysler AG die DaimlerChrysler AG. 2007 trennte sich Daimler von Chrysler und benannte sich in Daimler AG um.

Weiterführende Informationen

[Schwarzbuch Autolobby 2 von Greenpeace, 15.04.2016](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

- ↑ [Daimler erneut mit Rekordergebnissen](#) daimler.com, letzter Zugriff am 13.02.2018
- ↑ [Schwarzbuch Autolobby](#), 2016, greenpeace.de, abgerufen am 28.07.2017
- ↑ [Die Macht der deutschen Autolobby in Brüssel](#), lobbycontrol.de vom 21.09.2015, abgerufen am 15.10.2015
- ↑ [Die Gewinner der Worst Eu Lobbying Awards sind...](#), lobbycontrol.de vom 04.12.2007, abgerufen am 27.07.2017
- ↑ [Volkswagen Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 09.02.2018

6. ↑ [EU Transparenz-Register](#), abgerufen am 06.08.2017
7. ↑ [Daimler streicht Parteispenden](#) Manager Magazin vom 21.4.2019
8. ↑ [„Daimler leistet einen Beitrag zur Schwächung der Demokratie“](#) Welt vom 24.4.2019
9. ↑ [Hermann-Otto Solms rügt Parteispenden-Stopp durch Daimler](#) Welt vom 25.4.2019
10. ↑ [Keine Parteispenden mehr - gefährdet Daimler die Demokratie?](#) BR24 vom 27.4.2019
11. ↑ [„Unternehmen betreiben politische Landschaftspflege“](#) Cicero vom 24.4.2019
12. ↑ [Bundesregierung muß Autolobby endlich besser kontrollieren](#), lobbycontrol.de vom 29.01.2018, abgerufen am 04.02.2018
13. ↑ [<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/daimler-cheflobbyist-eckart-von-kladen-beeinflusst-kanzleramt-bei-regeln-fuer-abgastests-a-1161319.html>] Ex-Staatsminister beeinflusste Kanzleramt im Auftrag von Daimler, spiegel.de vom 04.08.2017
14. ↑ [Seite RoadSense](#), Stand: 2.09.2013
15. ↑ [Seite Ravensburger Kinderwelt](#), Stand: 2.09.2013
16. ↑ [Seite von Kooperationspartnern bei Daimler](#), Stand: 2.09.2013
17. ↑ [drpr Ratspruch 03/2011](#), abgerufen am 4.4.2017
18. ↑ [bigbrotherawards.de](#) Preisträger 2011, abgerufen am 09.05.2017
19. ↑ Adamek, Sascha/ Otto, Kim (2008): Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch, S. 147ff
20. ↑ Antwort des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie auf die Frage nach dem Einsatz von Beschäftigten aus Unternehmen und Verbänden im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie von Lobbycontrol vom 21.11.2007, Stand: 01.11.2007
21. ↑ Adamek, Sascha/ Otto, Kim (2008): Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch, S. 158
22. ↑ [<http://dip.bundestag.de/btd/16/037/1603727.pdf>] Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
23. ↑ Adamek, Sascha/Otto, Kim (2008): Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch, S. 159 f.
24. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' %u2013 Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien"] vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
25. ↑ Antwort des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie auf die Frage nach dem Einsatz von Beschäftigten aus Unternehmen und Verbänden im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie vom 21.11.2007, Stand: 01.11.2007
26. ↑ Christof Giesen u.a.: Was will Li Shufu?, Süddeutsche Zeitung vom 27.02.2018

Deutsche Post-Stiftung

Stifterin der 1996 gegründeten **Deutschen Post Stiftung** war die [Deutsche Post DHL Group](#), die sich zu laufenden finanziellen Zuwendungen verpflichtet hat, um eine angemessene finanzielle Ausstattung der Stiftung

Deutsche Post Stiftung

[[Bild:<datei>|center]]

Rechts form gemeinnützige Stiftung

Tätigke Die Stiftung ist alleinige

itsbere Gesellschafterin des [Forschungsinstitut](#)

sicherzustellen.^[1] Vorstand und alleinberechtigter Vertreter der Stiftung ist der ehem. Vorstandsvorsitzende der [Deutsche Post AG](#), [Klaus Zumwinkel](#), der zugleich Präsident des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA) ist. Der Vorsitzende des Stiftungskuratoriums ist ein ehem. Vorstandsvorsitzender der [Deutsche Post DHL Group](#).

Die Stiftung hat zunächst das [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA) gegründet und später das „Institute on Behavior & Inequality“ (briq) und das „Institute Environment & Sustainability“ (SUN) ins Leben gerufen. Damit unterstützt die Stiftung Forschung auf den Gebieten der Arbeitsmärkte, der Nachhaltigkeit des Wirtschaftens sowie dem Gebiet menschlichen Verhaltens in wirtschaftlichen Situationen und der Ungleichheit.

Deutsche Post Stiftung	
ich	zur Zukunft der Arbeit (IZA)
Gründu	1996
ngsdat	
um	
Haupts	Schaumburg-Lippe-Str. 9, 53113 Bonn
itz	
Lobbyb	
üro	
Lobbyb	<text>
üro EU	
Webad	deutsche post-stiftung.org
resse	

Inhaltsverzeichnis

1	Transparenz	80
2	Organisationsstruktur und Personal	80
2.1	Vorstand und Kuratorium	80
2.2	Wissenschaftlicher Beirat	81
3	Geschäftsführung der von der Post-Stiftung gegründeten Gesellschaften	81
4	Abhängigkeit von der Deutschen Post AG	82
5	Finanzierung	83
6	Weiterführende Informationen	83
7	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	83
8	Einzelnachweise	83

Transparenz

Über die 1996 gegründete Deutsche Post Stiftung, deren Adresse mit der des IZA übereinstimmt, war lange Zeit wenig bekannt. Sie hatte zunächst keine eigene Webseite und keine gelistete Telefonnummer. Der Stiftungszweck wird im Stiftungsverzeichnis für das Land NRW nichtssagend mit "Wissenschaft und Forschung - allgemein Sonstige Zwecke - allgemein" beschrieben.^[2] Auf der 2015 eingerichteten Webseite wurde eine Telefonnummer genannt, unter der ein Anrufbeantworter mitteilte, man könne sich mit Fragen per E-Mail an eine Officemanagerin wenden.^[3] Zunächst gab es auch keine Angaben über die Finanzen und die Mitglieder des Kuratoriums. Inzwischen zeigt sich die Stiftung erheblich transparenter.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand und Kuratorium

Die Stiftung wird vom Vorstand und dem Kuratorium gesteuert.

Vorstand und alleinberechtigter Vertreter der Stiftung ist [Klaus Zumwinkel](#), Präsident des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA), bis 2008 Vorstandsvorsitzender der [Deutschen Post AG](#) (Rücktritt nach Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung)

Mitglieder des Kuratoriums sind (Stand: Oktober 2017)^[4]:

- Hans-Dieter Petram, Vorsitzender, ehem. Vorstandsmitglied [Deutsche Post DHL Group](#)
- Wilfried Boysen, Finanzinvestor, von 2004-2014 Aufsichtsrat der Deutschen Postbank, die bis 2010 eine Tochtergesellschaft der [Deutsche Post AG](#) war^{[5][6]}
- Edgar Ernst, Präsident Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung, ehem. Vorstandsmitglied Deutsche Bundespost Postdienst/[Deutsche Post AG](#)^[7]
- Herbert A. Henzler, Unternehmensberater, langjähriger Chairman von McKinsey Deutschland und McKinsey Europe^[8] Er gehört wie der Stiftungsvorstand, IZA-Präsident und ehem Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post AG, Zumwinkel, dem Karriere-Netzwerk der ehemaligen McKinsey-Mitarbeiter an.^[9]
- Wolfgang Hölters, Rechtsanwalt, jahrelanger Berater [Deutsche Post AG](#)^[10]

Wissenschaftlicher Beirat

Die Mitglieder des 11-köpfigen Wissenschaftlichen Beirats sind [hier](#) abrufbar sind. Diesem gehören neben Wissenschaftlern an:

- Ida Auken, Abgeordnete der dänischen Sozial-Liberalen Partei und ehemalige Umweltministerin Dänemarks
- Jürgen Kluge, Business Consultant, Senior Advisor bei Bank of America Merrill Lynch, ehem. Vorstandsvorsitzender Franz Haniel & Cie^[11]
- Thomas von Mitschke-Collande (CSU-Mitglied), Unternehmensberater, ehem. Senior Partner McKinsey
- [Roland Tichy](#), Journalist und Publizist, ehem. Chefredakteur der „Wirtschaftswoche“, hat eine wichtige Rolle in neoliberalen Netzwerken (Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Vorstandsmitglied der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#) und Mitglied der [Mont Pelerin Society](#); Stand: Dez. 2017) und gibt das umstrittene Meinungsmagazin "Tichys Einblick" heraus
- Frank Weise (CDU-Mitglied), ehem. Leiter der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

Geschäftsführung der von der Post-Stiftung gegründeten Gesellschaften

Das [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA), das [Institute on Behavior & Inequality](#) (briq) und das [Institute Environment Sustainability](#) (SUN) sind von der Post-Stiftung in der Rechtsform gemeinnütziger GmbHs gegründet worden. Geschäftsführer und damit gesetzlicher Vertreter ist in allen drei Instituten [Martin C. Clemens](#), der bis zu seinem Wechsel zum IZA im Jahr 2006 in verschiedenen leitenden Funktionen des Personalmanagements der [Deutsche Post DHL Group](#) tätig war.^[12] Auch dies ist ein Hinweis auf die Nähe der Institute zum Post-Konzern.

Geschäftsführer der drei Institute sind:

[Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA)

- Hilmar Schneider, Vorsitzender der Geschäftsführung (Direktor)
- [Martin C. Clemens](#), Kaufmännischer Geschäftsführer

Institute on Behavior & Inequality (brig)

- Armin Falk, Vorsitzender der Geschäftsführung.^[13] Falk ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn und leitet das dort angesiedelte Center for Economics and Neuroscience.
- Martin C. Clemens, Kaufmännischer Geschäftsführer^[14]

Institute Environment & Sustainability (SUN)

- Martin C. Clemens, Geschäftsführer^[15]

Abhängigkeit von der Deutschen Post AG

Stifterin der Deutsche Post Stiftung war die Deutsche Post DHL, die zu den größten deutschen Arbeitgebern zählt.^[16] Gleichwohl bezeichnet sich die Deutsche Post Stiftung als eine selbständige gemeinnützige Stiftung, die „unabhängig von ihrer Stifterin, der Deutsche Post DHL arbeitet“.^[17] Die Stiftung, ihre Organe sowie ihre der Förderung der Allgemeinheit dienende Tätigkeit sei nicht von Unternehmensinteressen gesteuert. Die Unabhängigkeit der Deutsche Post Stiftung sei schon bei der Gründung festgelegt worden.

Die Stiftung ist von der [Deutsche Post AG](#) unter ihrem damaligen Vorstandsvorsitzenden Klaus Zumwinkel im Frühjahr 1998 gegründet worden, um über diese das [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA) zu schaffen. In der Präambel des Gesellschaftsvertrags des “Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH” wird die Deutsche Post Stiftung als eine “Stiftung der Deutschen Post AG, des größten Arbeitgebers in Deutschland” bezeichnet.^[18] Bis zum Jahr 2015 bestand die einzige Aktivität der Stiftung in der Gründung und dem Betrieb des IZA. Dieses Projekt war keine Privatidee von Zumwinkel; die Initiative ging vielmehr von der [Deutsche Post AG](#) aus.^[19] Die für die [Deutsche Post AG](#) Verantwortlichen haben die Deutsche Post Stiftung gegründet, um sich mit der Entwicklung der Arbeitsmärkte auseinanderzusetzen.^[20]

Seit ihrer Gründung ist Klaus Zumwinkel, der damalige Vorstandsvorsitzende der [Deutsche Post AG](#), Vorstand und alleinberechtigter Vertreter der Stiftung. Schon diese Verbindung erlaubt es der [Deutsche Post AG](#) bei der Stiftung ihren Willen durchzusetzen. Dies gilt zumindest bis zum Rücktritt von Zumwinkel als Vorstandsvorsitzender der [Deutsche Post AG](#) im Jahre 2008. Beim Zielobjekt der Stiftungsaktivitäten, dem IZA, ist Zumwinkel Präsident. Auch die Besetzung der Führungsposition in allen drei Organisationen durch Post-Chef Zumwinkel weist darauf hin, dass es der [Deutsche Post AG](#) bei der Gründung der Stiftung und des IZA darauf ankam, eine einheitliche Leitung sicherzustellen. An der grundlegenden Funktion der Stiftung hat sich auch durch den Rücktritt von Zumwinkel als Vorstandsvorsitzender der [Deutsche Post AG](#) nichts geändert. Sowohl beim IZA als auch bei den später nach dem gleichen Modell gegründeten Instituten brig und SUN ist [Martin C. Clemens](#), der in verschiedenen leitenden Funktionen des Personalmanagements der [Deutsche Post DHL Group](#) tätig war, Geschäftsführer.

Bis heute haben die Stiftungsvertreter eine große Nähe zur Deutschen Post. Neben Zumwinkel sind zwei weitere Kuratoriumsmitglieder ehemalige Vorstands- bzw. Aufsichtsratsmitglieder von Unternehmen des Post-Kozerens, ein Mitglied ist ein langjähriger Berater der [Deutsche Post DHL Group](#) und ein Mitglied ist ein Freund von Klaus Zumwinkel aus gemeinsamen McKinsey-Zeiten.

Auffällig ist daran auch, dass im Stiftungskuratorium nur Unternehmensvertreter sitzen, die Arbeitnehmerseite ist nicht repräsentiert. Dabei unterstützt die Stiftung Forschungen auf dem Gebiet der Arbeitsmärkte, auf denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer oft unterschiedliche Interessen vertreten. Bei einer wirklich interessenunabhängigen Förderung der Arbeitsmarktforschung läge es jedoch nahe, Personen in das Stiftungskuratorium zu entsenden, die sowohl die Arbeitgeber- als auch die Arbeitnehmerseite vertreten.

Klaus Zumwinkel vergleicht seine Rolle beim IZA mit der eines Aufsichtsratsvorsitzenden, der sich nur um strategische und grundsätzliche Fragen kümmere und sich nicht in das Tagesgeschäft einmische. Nach Recherchen des Bonner General-Anzeigers ist dagegen aus internen Quellen zu hören, dass sich Zumwinkel tatsächlich stark ins Tagesgeschäft des IZA einmische.^[21]

Die Behauptung, nach der die Unabhängigkeit der Stiftung von der Deutschen Post DHL schon bei der Gründung festgelegt worden ist, wird nicht belegt.

Finanzierung

Das Grundstockvermögen der Stiftung bestand zum Zeitpunkt ihrer Errichtung aus 5 Mio. DM. Sie erhält zusätzlich von der [Deutsche Post DHL Group](#) seit ihrer Errichtung bis zum Jahre 2022 jährliche finanzielle Zuwendungen, die vertraglich in folgender Formel festgelegt sind: „Die Höhe der Spende berechnet sich damit nach dem jeweils höheren Betrag von einem Viertel von einem Promille der Umsatzerlöse oder einem Drittel von einem Promille des Personalaufwandes.“ Im Jahr 2015 betrug der Zufluss an die Stiftung ca. 14 Mio. Euro. Aufgabe der Stiftung ist es, aus den Zuflüssen ein Stiftungskapital aufzubauen und ausreichende Erträge zu erwirtschaften, um auch nach dem Auslaufen der institutionellen Förderung durch die Deutsche Post DHL eine dauerhafte und nachhaltige Stiftungsarbeit zu ermöglichen.

Derzeit wendet die Stiftung rund 93% ihrer Mittel für die Finanzierung ihrer drei Institute auf; 7% fließen in Projekte, die den philanthropischen Zielen der Stiftung entsprechen.

Quelle: Webseite der Stiftung^[22]

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

- [↑] [Entwicklung](#), deutsche-post-stiftung, abgerufen am 04.07.2017
- [↑] [Stiftungsverzeichnis für das Land NRW, Ordnungsnummer 96/23](#), Webseite abgerufen am 25. 02. 2015
- [↑] [Norbert Härig: Zumwinkels Post- Stiftung Ein Hauch von Transparenz](#), Handelsblatt online vom 14. Februar 2015, abgerufen am 19. 02. 2015
- [↑] [Leitung und Organe](#), deutsche-post-stiftung, abgerufen am 16.10.2017
- [↑] [Wilfried Boysen](#), relationshipscience.com, abgerufen am 03.07.2017
- [↑] [Geschichte der Postbank](#), postbank.de, abgerufen am 03.07.2017
- [↑] [Lebenslauf](#), frep.info, abgerufen am 02.07.2017
- [↑] [Erfolge und ihr Geheimnis](#), mci.edu, abgerufen am 03.07.2017
- [↑] [Wer die Deutschland AG steuert](#), 18.10.2002, manager-magazin.de, abgerufen am 03.07.2017
- [↑] [Profil](#), jonesday.com.de, abgerufen am 03.07.2017

11. ↑ [Kurzvita](#), juergen-kluge.com, abgerufen am 13.10.2017
12. ↑ [Profil](#), iza.org, abgerufen am 04.01.2018
13. ↑ [Strategische Neuausrichtung des IZA](#), iza.org vom 15.12.2015
14. ↑ [Über uns](#), sun-institute, abgerufen am 04.01.2018
15. ↑ [Über uns](#), sun-institute, abgerufen am 04.01.2018
16. ↑ [Entwicklung](#), deutsche-post-stiftung, abgerufen am 05.07.2017
17. ↑ [Leitung und Organe](#), deutsche-post-stiftung, abgerufen am 05.07.2017
18. ↑ [Amtsgericht Bonn, HRB 7745](#), abrufbar über Gemeinsames Registerportal der Länder
19. ↑ [15 Jahre IZA, Vorwort](#), Webseite des IZA, abgerufen am 25. 02. 2015
20. ↑ [Entwicklung](#), deutsche-post-stiftung.org, abgerufen am 16.10.2017
21. ↑ [Zumwinkel und seine Bonner Forscher](#), 16.02.2016, general-anzeiger-bonn, abgerufen am 07.07.2017
22. ↑ [Finanzierung](#), deutsche-post-stiftung, abgerufen am 08.07.2017

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit

Das **Institut zur Zukunft der Arbeit GmbH** (IZA) betreibt als privates Wirtschaftsforschungsinstitut nationale und internationale Arbeitsmarktforschung sowie Politikberatung. Gegründet wurde das Institut 1998 auf Initiative der [Deutschen Post](#).^[1] Alleiniger Gesellschafter des Instituts ist die [Deutsche Post-Stiftung](#), die im Gesellschaftsvertrag des IZA als eine "Stiftung der Deutschen Post AG" bezeichnet wird.

Präsident des IZA ist der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post, [Klaus Zumwinkel](#). Seit März 2016 ist Hilmar Schneider Direktor des IZA. Sein Vorgänger ist der umstrittene [Klaus F. Zimmermann](#), der als langjähriger Institutsleiter dessen Ausrichtung maßgeblich geprägt hat.

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)



Rechtsform	gGmbH
Tätigkeitsbereich	Arbeitsmarktforschung
Gründungsdatum	1998
Hauptsitz	Schaumburg-Lippe-Straße 5 - 9, Bonn
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.iza.org

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	85
2 Organisationsstruktur und Personal	85
2.1 Präsident: Klaus Zumwinkel	85
2.2 Geschäftsführung	85
2.3 Wissenschaftlicher Beirat	86
2.4 Policy Fellows	86
3 Finanzielle Abhängigkeit und Ausrichtung des Instituts	86
4 Lobbystrategien und Einfluss	87
5 Fallstudien und Kritik	87
5.1 2014: IZA verklagt den Publizisten Werner Rügemer	87
6 Weiterführende Informationen	88

7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	88
8 Einzelnachweise	88

Kurzdarstellung und Geschichte

Das IZA versteht sich als internationales Forschungsinstitut und Ort der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Zahlreiche Ökonomen arbeiten virtuell oder vor Ort im Rahmen konkreter Forschungsvorhaben mit dem IZA zusammen. Darüber hinaus bindet sich das IZA aktiv in internationale Forschungsnetzwerke ein. Es stellt Forschungsergebnisse der Arbeitsökonomie bereit und liefert auf dieser Grundlage handlungsrelevante Erkenntnisse für Politik und Gesellschaft.

Das IZA vertritt wirtschaftsliberale Positionen und war über ihren langjährigen Direktor Zimmermann sowie ihre "Policy Fellows" mit Organisationen der Arbeitgeber und neoliberalen Denkfabriken vernetzt. Die "Policy Fellows" werden auf der IZA-Webseite seit mindestens 2017 nicht mehr erwähnt.

Das IZA erstellt u. a. Studien für die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)^[2] und die [Bertelsmann Stiftung](#)^[3]

Organisationsstruktur und Personal

Alleiniger Gesellschafter des Instituts ist die [Deutsche Post-Stiftung](#). Diese kann lt. Gesellschaftervertrag den Geschäftsführer des Instituts (= den Direktor) bestellen und abberufen. Die Stiftung kann die Gesellschaft in einer Frist von 6 Monaten zum Schluß des Geschäftsjahres kündigen.^[4]

Präsident: Klaus Zumwinkel

Klaus Zumwinkel war Vorstandsvorsitzender der [Deutschen Post AG](#) und ehem. Mitglied des Aufsichtsrats zahlreicher Großunternehmen (z. B. [Deutsche Telekom](#), [Allianz](#), [Lufthansa](#), [Arcandor](#)). Nach Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung trat Zumwinkel im Februar 2008 als Postchef zurück. Im Januar 2009 wurde er zu einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe verurteilt. Zumwinkel ließ sich Pensionsansprüche in Höhe von 20 Mio. € auszahlen und kassierte für seine zweimonatige Tätigkeit als Vorstandschef im Jahr 2008 über 700.000€^[5]

(Stand: Januar 2018)

Geschäftsführung

- Hilmar Schneider ist seit März 2016 Vorsitzender der Geschäftsführung (Direktor) des IZA
- **Martin C. Clemens** ist seit März 2016 Kaufmännischer Geschäftsführer des IZA und gleichzeitig Geschäftsführer des SUN Institute Environment Sustainability sowie Kaufmännischer Geschäftsführer des briq Institute on Behavior & Inequality, die - wie das IZA - von der Deutsche Post-Stiftung als alleiniger Gesellschafterin gegründet worden sind.^[6] Clemens war bis zu seinem Wechsel zum IZA im Jahr 2006 in verschiedenen leitenden Funktionen des Personalmanagements der Deutschen Post DHL tätig.^[7]

(Stand: Januar 2018)

Klaus F. Zimmermann war seit der Gründung des IZA bis Februar 2016 dessen Direktor

Wissenschaftlicher Beirat

- Thomas von Mitschke-Collande (CSU-Mitglied), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats, Unternehmensberater, ehem. Senior Partner McKinsey
- Jürgen Kluge, Unternehmensberater, Senior Advisor bei Bank of America Merrill Lynch, ehem. Vorstandsvorsitzender Franz Haniel & Cie^[8]
- Andrew J. Oswald, Professor an der University of Warwick
- Christopher A. Pissarides, Professor an der London School of Economics, Wirtschaftsnobelpreis 2010
- Frank-Jürgen Weise (CDU-Mitglied), ehemaliger Leiter der Bundesagentur für Arbeit sowie des Bundesamtes für Migration

(Stand: Januar 2018)

Policy Fellows

Das IZA verfügte über einen Kreis von "Policy Fellows" (dt. Politikkollegen), mit denen es in besonderer Weise kooperierte. Die Vernetzung mit einflussreichen Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Medien und Gesellschaft sollte nach eigenen Angaben dazu beitragen, das Beratungsangebot des Instituts entsprechend zu akzentuieren und seine Forschungsergebnisse noch gezielter in die Öffentlichkeit zu vermitteln. Zu dem Netzwerk gehörten zahlreiche Organisationen der Arbeitgeber und neoliberale Denkfabriken.

Finanzielle Abhängigkeit und Ausrichtung des Instituts

Das IZA ist eine Tochtergesellschaft der [Deutsche Post-Stiftung](#). Diese ist alleinige Gesellschafterin des Instituts und kann lt. § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags die Geschäftsführer des Instituts bestellen und abberufen sowie die Gesellschaft in einer Frist von 6 Monaten zum Schluß des Geschäftsjahres kündigen (§§ 5 Abs. 2, 12 Abs. 1 Gesellschaftsvertrag).^[9] Die [Deutsche Post-Stiftung](#) ist laut Gesellschaftsvertrag des IZA (Präambel) ihrerseits eine "Stiftung der Deutsche Post AG". Das IZA bezeichnet sich selbst gleichwohl als unabhängiges Forschungsinstitut^[10]. Gemeint ist wohl, dass der Post-Konzern der Tochtergesellschaft seiner Stiftung faktisch ein unabhängiges Agieren einräumt. Diese Annahme scheint jedoch nicht zuzutreffen. IZA-Präsident Klaus Zumwinkel war Vorstandsvorsitzender des Post-Konzerns und mischt sich laut internen Quellen auch ins Tagesgeschäft des IZA ein.^[11] IZA-Geschäftsführer Martin C. Clemens war leitender Mitarbeiter in Konzernunternehmen der Post. Auch im Kuratorium der [Deutsche Post-Stiftung](#) sitzen Personen aus dem Umfeld der [Deutsche Post DHL Group](#). Die weiteren Verflechtungen zwischen Post-Konzern, Deutsche Post-Stiftung und IZA sind unter [Deutsche Post-Stiftung](#) abrufbar. Neben den dort genannten Anhaltspunkten für eine Abhängigkeit des IZA vom Post-Konzern spielt auch die finanzielle Abhängigkeit vom Post-Konzern eine Rolle, der als einer der größten deutschen Arbeitgeber von der arbeitsmarktpolitischen Forschungs- und Beratungstätigkeit des Instituts selbst betroffen ist.

Das IZA finanziert sich zu etwa 80 % über die [Deutsche Post-Stiftung](#).^[12] Nach anfänglicher Auskunftsverweigerung über die Höhe der Zuwendung hat die Deutsche Post AG bestätigt, dass die Stiftung im Rahmen einer bis 2022 laufenden Schenkungsvereinbarung ein Viertel Promille der Umsatzerlöse oder ein Drittel Promille des Personalaufwands des Post-Konzerns erhält.^[13] Im Jahr 2015 betrug der Zufluss an die Stiftung ca. 14 Mio. Euro, deren einzige Aktivitäten bis 2014 in der Förderung und Finanzierung des IZA bestanden. Ein Wirtschaftsunternehmen wie der Post-Konzern wird ein Arbeitsmarktforschungsinstitut nur

initiiieren und in dieser Höhe dauerhaft subventionieren, wenn dessen Ausrichtung seiner Interessenlage als Arbeitgeber gerecht wird. Mit der Einstellung der Finanzierung, die für das IZA existenzgefährdend wäre, verfügt der Post-Konzern außerdem über ein finanzielles Drohpotential, mit dem er das IZA jederzeit "auf Kurs" bringen könnte. Die arbeitsmarktpolitischen Positionen des IZA entsprechen im Wesentlichen denen der Arbeitgeber: Ablehnung des Mindestlohns, Ausweitung des Niedriglohnssektors und Heraufsetzung des Renteneintrittsalters.^[14]

Unter ihrem damaligen Präsidenten [Klaus F. Zimmermann](#) beauftragte das Institut für die Studienreihe "IZA World of Labor" den Mindestlohn-Gegner David Neumark damit, politischen Entscheidungsträgern den Stand der Wissenschaft objektiv zu präsentieren. Die weitaus meisten der Aufsätze oder Bücher, die Neumark in der ZA-Broschüre mit dem Befund negativer Beschäftigungseffekte zitiert, stammen nach einem Bericht im Handelsblatt jedoch von ihm selbst, was kaum erkennbar sei.^[18] Fragwürdig in Sachen neutrale Darstellung sei besonders, dass Neumark selbst das Urteil fälle, dass Studien, die negative Effekte finden, methodisch besser seien; wiederum ohne dass der Leser direkt sehen könnte, dass hier jemand Studien seiner wissenschaftlichen Kontrahenten abqualifiziert. Zimmermann verteidigte den Beitrag laut Handelsblatt kompromisslos: "Den Vorwurf, Herr Neumark sei parteiisch, muss ich zurückweisen".

Lobbystrategien und Einfluss

Das IZA gehört zu einem der führenden internationalen Wirtschaftsforschungsinstitute für Arbeitsmarktpolitik mit einem erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung der Arbeitsmärkte.

In der Monatszeitschrift *Blätter für deutsche und internationale Politik* kritisierte Werner Rügemer „eine neue Form des Lobbyismus“ und nannte in diesem Zusammenhang auch das IZA. Dessen Direktor Klaus F. Zimmermann verklagte daraufhin Werner Rügemer. Die Pressekammer des Landgerichts Hamburg verkündete am 6. 2. 2015 eine Entscheidung, nach der die Aussage, das IZA betreibe Lobbying unzulässig sei. Zulässig sei dagegen die Aussage (als freie Meinungsäußerung und nicht als Tatsachenbehauptung), das IZA bezeichne sich fakenwidrig als unabhängig und von freier Wissenschaft könne beim besten Willen nicht gesprochen werden.^{[15][16][17]}

Fallstudien und Kritik

2014: IZA verklagt den Publizisten Werner Rügemer

Im Mai 2014 verklagte IZA-Chef [Klaus F. Zimmermann](#) den Publizisten Werner Rügemer sowie Peter Kleinert, Herausgeber der Neuen Rheinischen Zeitung (NRhZ). Grund war ein Artikel über Lobbyismus, den Rügemer im August 2013 veröffentlichte. In dem Artikel wird das IZA als Beispiel dafür herangezogen, wie unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit und Unabhängigkeit Interessen vertreten werden. Das IZA klagte dagegen, dass es als 'nicht unabhängig' bezeichnet werde und keine 'freie Wissenschaft' betreibe.

Aus Sicht von LobbyControl ist die Gründung des IZA im Kontext eines erweiterten Lobbying, dem sog. [deep lobbying](#), zu sehen. Dabei geht es darum, über die Einflussnahme auf Öffentlichkeit oder wissenschaftliche Diskurse indirekt bzw. längerfristig auf die Politik einzuwirken. Es ist recht klar, dass es eine Abhängigkeit des IZA von der [Deutschen Post-Stiftung](#) gibt, die in der Präambel des Gesellschaftsvertrags des IZA als eine "Stiftung der Deutschen Post AG, des größten Arbeitgebers in Deutschland" bezeichnet wird.^[18] Die Stiftung stellt den Großteil der Finanzierung und sie ist laut Handelsregister-Unterlagen die alleinige Gesellschafterin des Instituts.^{[19], [20]}

Weiterführende Informationen

Norbert Häring: Ein Sieg für Deutschlands Arbeitnehmer: Klaus Zimmermann verlässt das IZA, Newsblog Norbert Häring, 16. Dezember 2015

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ IZA (Hrsg.): [15 Jahre IZA: 15 Jahre Arbeitsmarktforschung und Politikberatung](#). 2013. S. 2 (pdf, 13 MB)
2. ↑ z. B. Report No. 20: Bald erstmals weniger als 3 Mio. Arbeitslose in Deutschland, Bonn 2008 und Report No. 15: Die fiskalischen Kosten der SGB-Regelungen zum erleichterten Bezug von Arbeitslosengeld für Ältere, Bonn 2007
3. ↑ Report No. 30: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bonn 2010 und Report No. 25: Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit, Bonn 2010
4. ↑ Gesellschaftsvertrag "Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH" in der Fassung vom 15. Juli 2011, Amtsgericht Bonn, HRB 7745
5. ↑ Hans Leyendecker: [Klaus Zumwinkel 20 Millionen Euro Pension](#), Süddeutsche Zeitung vom 13. März 2009, Website SZ, abgerufen am 09.06.2012
6. ↑ [Über uns](#), sun-institute, abgerufen am 04.01.2018
7. ↑ [Profil](#), iza.org, abgerufen am 04.01.2018
8. ↑ [Kurzvita](#), juergen-kluge.com, abgerufen am 13.10.2017
9. ↑ Gesellschaftsvertrag "Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH" in der Fassung vom 15. Juli 2011, Amtsgericht Bonn, HRB 7745
10. ↑ [Aufgaben und Ziele](#), iza.org, abgerufen am 03.01.2017
11. ↑ [Zumwinkel und seine Bonner Forscher](#), 16.02.2016, general-anzeiger-bonn, abgerufen am 07.07.2017
12. ↑ [Klaus F. Zimmermann - Biographisches](#), [Webseite IZA](#), abgerufen am 20.02.2015
13. ↑ [Finanzierung](#), deutsche-post-stiftung.org, abgerufen am 05.01.2018
14. ↑ [IZA: Neoliberaler Think Tank unter Druck](#), heise.de vom 17.02.2015, abgerufen am 05.01.2018
15. ↑ [Thomas Barth: Neoliberaler Think Tank unter Druck Das Institut für Zukunft der Arbeit und Lobbyismus Vorwürfe](#), Telepolis vom 17. 02. 2015, abgerufen am 19. 02. 2015
16. ↑ [Urteil des Landgerichts Hamburg zum Rügemer-Prozess vom 19. Februar 2015](#), Homepage Klaus F Zimmermann, abgerufen am 20. 02. 2015
17. ↑ [Was darf Lobbying genannt werden? Ulrich Müller: Institut zur Zukunft der Arbeit verklagt Publizisten](#), 9. Mai 2014, [Webseite Lobbycontrol](#), abgerufen am 20. 02. 2015
18. ↑ Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 15 Juli 2011, Amtsgericht Bonn HRB 7745
19. ↑ [Was darf Lobbying genannt werden?](#) LobbyControl vom 09.05.2014, abgerufen am 12.05.2014
20. ↑ [Unabhängigkeit vor Gericht](#) taz vom 08.05.2014, abgerufen am 12.05.2014

Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft

Die **Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft** ist eine Vereinigung zur Förderung von marktradikalen Ideen im Sinne von [Friedrich August von Hayek](#). Sie ist mit der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) verbunden (diese ist nicht identisch mit der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#)). Die Hayek-Gesellschaft spielt eine führende Rolle bei der ideologischen Ausrichtung und Koordinierung einer Vielzahl neoliberaler Denkfabriken und Netzwerke. Enge Beziehungen gibt es auch zur [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#). Im Juli 2015 trat ein großer Teil des wirtschaftsliberalen Flügels aus Protest gegen die zunehmende Ideologisierung und Radikalisierung aus der Hayek-Gesellschaft aus.^[1] Zu ihnen gehörten auch Repräsentanten der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und der [FDP](#).

Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft e.V.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	
h	
Gründungsdatum	Mai 1998
m	
Hauptsitz	10115 Berlin, Chausseestr. 15
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	hayek.de

Inhaltsverzeichnis

1 Geschichte	89
1.1 Kurzdarstellung	89
1.2 Streit 2015	90
1.3 Streit 2017	90
2 Organisationsstruktur und Personal	91
2.1 Vorstand	91
2.2 Weitere Mitglieder von Leitungsgremien	92
2.3 Mitglieder	92
3 Finanzen	93
4 Verbindungen	93
4.1 Atlas Network	93
4.2 Students for Liberty	93
4.3 Alternative für Deutschland (AfD)	93
4.4 Die Familienunternehmer - ASU	93
4.5 Hayek-Institut	94
4.6 Jenaer Allianz	94
4.7 Liberales Institut Zürich	94
4.8 Ludwig-Erhard-Stiftung	94
5 Lobbystrategien und Einfluss	94
5.1 Umwelt/Klimaschutz	94
6 Zitat	95
7 Weiterführende Informationen	95
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	95
9 Einzelnachweise	95

Geschichte

Kurzdarstellung

Zweck der im Mai 1998 gegründeten Hayek-Gesellschaft ist u.a. die „Vernetzung“ von Nachwuchswissenschaftlern, Publizisten und Politikern, die Abhaltung von Tagungen und Symposien, die Verleihung einer „Hayek-Medaille“ sowie die Veranstaltung eines Essay-Wettbewerbs. Sie ist weiterhin am [Forum Freiheit](#) beteiligt, einer Allianz marktradikaler Organisationen und Vereine, deren Ziel eine allgemeine Werbung für die Idee der Freiheit in bestimmten Einzelbereichen (z.B. im Bildungswesen, im Gesundheitswesen) ist. Die Aktivitäten werden von der Hayek-Gesellschaft und der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) gemeinsam geplant und durchgeführt. Partner des Forums Freiheit 2017 war der [Freier Verband Deutscher Zahnärzte](#), Unterstützer waren: [Liberales Institut Zürich](#), Hayek-Institut Wien, [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), [Forum Freie Gesellschaft](#) und [Institut für Unternehmerische Freiheit](#).^[2]

Streit 2015

Im Juli 2015 sind die Vorstandsmitglieder [Karen Horn](#) und [Michael Wohlgenuth](#) sowie fünfzig weitere Mitglieder nach Auseinandersetzungen um die politische Ausrichtung aus der Gesellschaft ausgetreten.^{[3][4]} Horn hatte u. a. in einem Artikel im "Schweizer Monat" jene Vulgärliberalen kritisiert, die sich in verantwortungsloser Vereinfachung gesellschaftlicher Fragen daran ergötzen, als Staatshasser den eigenen Beissreflex zu üben und die rechten, reaktionären Kräfte, die sich missverständlich als "wertkonservative Liberale" bezeichneten.^[5] Daraufhin hatten 26 Mitglieder - unter ihnen der frühere FDP-Politiker [Frank Schäffler](#) - in einem offenen Brief den Rücktritt von Frau Horn gefordert. Der Austritt eines großen Teils des wirtschaftsliberalen Flügels, zu dem u.a. Christian Lindner (FDP-Vorsitzender), [Michael Hüther](#) (Direktor des [Institut der deutschen Wirtschaft](#)) und [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) und Leiter des [Walter Eucken Institut](#)) gehören, hat faktisch zu einer Spaltung der Gesellschaft geführt. In einem Artikel für die die Neue Züricher Zeitung schilderte Peter Fischer, eines der ausgetretenen Mitglieder, die Ereignisse aus seiner Sicht und sprach von einem "Streit um Abgrenzung gegenüber Rechtskonservativen, Toleranz und zivilisierte Umgangsformen".^[6] 2016 gründeten die Ausgetretenen das Netzwerk [NOUS](#).^[7]

Streit 2017

Im Juni 2017 sind [Günter Ederer](#) (bis dahin Kuratoriumsmitglied der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#)) und [Peer Ederer](#) (bis dahin Vorstandsmitglied der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#)) aus Protest gegen eine zunehmende Angleichung an AfD-Positionen aus der Hayek-Gesellschaft ausgetreten.^[8] Günter Ederer schrieb in einem Brief an die Mitglieder, der Kreis sei zu einem „Mistbeet der AfD“ verkommen. Kritisiert wurde auch, dass in den „Juniorenkreisen Politik“, an deren Organisation der Brüssler Büroleiter von [Beatrix von Storch](#) beteiligt ist, angeblich AfD-Inhalte statt Hayeks Gedanken vermittelt werden.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Name	Verbindungen
<p>Stephan Kooths (Vorsitzender des Vorstands)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW): Leiter des Prognosezentrums • Private Fachhochschule Business and Information Technology School (BiTS): Professor • Prometheus und Mises Institute, Auburn/Alabama: Mitglied des Kuratoriums • Internationaler Wirtschaftssenat (IWS), Berlin: Mitglied des Präsidiums^[9]
<p>Gerd Habermann (Geschäftsführender Vorstand)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft: Vorstandsvorsitzender • Die Familienunternehmer - ASU: Berater und bis Oktober 2010 Direktor des Unternehmerinstituts (UNI) • Jenaer Allianz, Mitglied • Mehr demokratie e.V.: Gründungsmitglied des Kuratoriums bis mindestens 2013^[10], inzwischen nicht mehr als Mitglied geführt
<p>Carlos Gebauer (Justitiar (kommissar.) und Kontaktpartner für Presse und Medien)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Rechtsanwaltskanzlei Lindenau, Prior & Partner: Mitarbeiter^[11] • Liberales Netzwerk: Berater, bis 2008 Mitglied des Stiftungsrats • Liberaler Aufbruch: Gründungsmitglied • Alternative für Deutschland (AfD): Moderator bei Wahlkampfveranstaltungen^[12] • "Die Freie Welt" und "eigentümlich frei": Autor • Ärztemagazin DER KASSENARZT: Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat • Stellv. Bezirksvorsteher, FDP Niederrhein^[13]
<p>Frederik C. Roeder (Stellv. Vorsitzender)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Netzwerk „Students for Liberty“: Mitglied des Vorstands ("Chief Strategic Officer")
<p>Christoph Zeitler (Stellv. Vorsitzender)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Professor für Politikwissenschaften an der evangelischen Hochschule Nürnberg^[14] • Direktkandidat der FDP im Wahlkreis Rottal-Inn für die Wahl zum Deutschen Bundestag 2017^[15]; im Mai 2013 ist er aus der FDP ausgetreten und in die AfD eingetreten, aus der er inzwischen wieder ausgetreten ist^{[16][17]} • Liberale Vereinigung: ehem. Stellvertretender Bundesvorsitzender und ehem. Vorsitzender des bayerischen Landesverbands.^{[17][18]}

Gerhard Papke
(Schatzmeister)

- ehem. nordrhein-westfälischer FDP-Wirtschaftspolitiker

(Stand: Mai 2020) Quelle: ^[19]

Ehemalige Vorstandsmitglieder:

- Konrad Hummler: Schweizer Privatbankier, Mitglied der Schweizer FDP und bis 2013 Mitglied des Verwaltungsrats der Neuen Züricher Zeitung
- (bis 7/2015) [Karen Horn](#): Mitglied einer Vielzahl von neoliberalen Netzwerken und Denkfabriken, u. a. [Mont Pelerin Society](#) und [Open Europe Berlin](#), [Institut der deutschen Wirtschaft](#): bis Ende März 2012 Berliner Büroleiterin
- (bis 7/2015) [Michael Wohlgemuth](#): [Open Europe Berlin](#): Direktor, [Walter Eucken Institut](#): Affiliated Fellow, [Jenaer Allianz](#): Mitbegründer, [Mont Pelerin Society](#): Mitglied, [Konrad-Adenauer-Stiftung](#): Mitglied des "Ordnungspolitischen Beirats"^[20]

Weitere Mitglieder von Leitungsgremien

Die weiteren Mitglieder von Leitungsgremien finden sich unter [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) (Vorstand, Stiftungsrat, Kuratorium)

Mitglieder

Mitglieder können - auf Vorschlag zweier Mitglieder der Gesellschaft - namentlich Personen aus den Bereichen Wissenschaft, Unternehmerwirtschaft und Publizistik werden. Prominente Mitglieder sind/waren u. a.:

- [Frank Schäffler](#), FDP-Bundestagsabgeordneter, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats von [Die Familienunternehmer - ASU](#) sowie Mitbegründer der marktliberalen Denkfabrik [Prometheus](#)
- Oliver Geers, Hörgeräte-Hersteller
- Erich Sixt, Vorstandsvorsitzender der Sixt SE
- Theo Müller, Müller-Milch
- Thomas Bentz, Melitta-Erbe
- Hans-Adam II., Fürst von Liechtenstein
- Siegfried von Hohenau, Münchner Unternehmer
- Philip Plickert, Wirtschaftsredakteur der FAZ^[21]
- Heike Göbel, Wirtschaftsredakteurin der FAZ^[22]
- (bis 7/2015) [Christian Lindner](#), Bundesvorsitzender der FDP, Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)
- (bis 7/2015) [Otmar Issing](#), ehem. Direktoriumsmitglied [Europäischer Zentralbankrat](#)

Quelle: ^[8]

Finanzen

Die Hayek-Gesellschaft finanziert sich über die [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) (Stifter: Edmund Radmacher, Stiftungskapital: 3 Mio. Euro), Erträgen der Inge und Edmund Radmacher Stiftung für eine Gesellschaft freier Bürger mit Sitz in Düren (Stiftungskapital: 20 Mio. Euro) und Spenden. Das Budget liegt bei 450 Tsd. Euro. Der verstorbene Stifter Radmacher hat verfügt, dass die Mittel aus der Inge und Edmund Radmacher Stiftung nur so lange fließen wie sein Vertrauter Gerd Habermann, Vorstandsvorsitzender der Stiftung und Vorstandsmitglied der Hayek-Gesellschaft, in der Hayek-Stiftung das Sagen hat.

Quellen: ^[8]^[23]^[24]

Verbindungen

Atlas Network

Partner der Hayek-Gesellschaft ist das [Atlas Network](#). Dieses Netzwerk gründet, fördert und koordiniert weltweit neoliberale und libertäre Organisationen. Zu den Sponsoren gehören [ExxonMobile](#), [Philip Morris](#) und die Stiftungen der US-Milliardäre [Charles G. Koch](#) und [David H. Koch](#).

Students for Liberty

Der Stellvertretende Vorsitzende Frederik C. Roeder ist gleichzeitig Vorstandsmitglied des befreundeten Netzwerks [Students for Liberty](#) (SFL)^[25], das von der Koch Foundation (Gründer: u. a. [Charles G. Koch](#)) gesponsert wird^[26] und den menschengemachten Klimawandel leugnet.^[27] Zu den Sponsoren des Netzwerks gehört das [Atlas Network](#).^[28]

Alternative für Deutschland (AfD)

Folgende AfD-Politiker sind Mitglieder in der Hayek-Gesellschaft:

- [Alice Weidel](#), Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand, stellv. AfD-Bundessprecherin
- [Beatrix von Storch](#), Stellv. Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand, stellv. AfD-Bundessprecherin
- [Peter Boehringer](#), Sprecher des AfD-Bundesfachausschusses „Euro, Geld- und Finanzpolitik“, Vorsitzender im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags

Quelle: ^[8]

Die Familienunternehmer - ASU

Folgende Mitglieder/Funktionsträger von [Die Familienunternehmer - ASU](#) sind Mitglieder der Hayek-Gesellschaft oder mit ihr verbundenen Hayek-Stiftung:

- [Gerd Habermann](#), ordnungspolitischer Berater der Familienunternehmer, ist Geschäftsführender Vorstand der Hayek-Gesellschaft^[29]

- [Frank Schäffler](#), Mitglied des Strategischen Beirats der Familienunternehmer, ist Mitglied der Hayek-Gesellschaft
- Marie-Christine Ostermann (FDP), Geschäftsführende Gesellschafterin bei Rullko Großeinkauf GmbH & Co. KG, Mitglied des Strategischen Beirats der Familienunternehmer und ehem. Bundesvorsitzende der "Jungen Unternehmer" bei den Familienunternehmern, ist Mitglied der Hayek-Gesellschaft
- Thomas Bentz, Gesellschafter der Melitta Unternehmensgruppe Bentz KG, Kuratoriumsmitglied der Hayek-Stiftung, ist ehem. Vorsitzender der Familienunternehmer
- Volker J. Geers, Mitglied des Aufsichtsrats der Geers Hörakustik AG & Co. KG, Kuratoriumsmitglied der Hayek-Stiftung, ist ehem. Präsident der Familienunternehmer

Hayek-Institut

Partner der Hayek-Gesellschaft ist das österreichische [Hayek Institut](#)

Jenaer Allianz

[Gerd Habermann](#), Geschäftsführender Vorstand der Hayek-Gesellschaft, ist Mitglied der [Jenaer Allianz](#), in der Lobbyorganisationen ([Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), [Die Familienunternehmer - ASU](#) und der [Bund Katholischer Unternehmer](#)) mit Stiftungen und neoliberalen Denkfabriken kooperieren.

Liberales Institut Zürich

Partner der Hayek-Gesellschaft ist das Liberale Institut Zürich^[30]

Ludwig-Erhard-Stiftung

Folgende Mitglieder/Funktionsträger der Ludwig-Erhard-Stiftung sind Mitglieder der Hayek-Gesellschaft:

- [Roland Tichy](#), Vorstandsvorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung
- [Frank Schäffler](#), Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung, FDP-Politiker

Die Ludwig-Erhard-Stiftung unterstützt das von der Hayek-Gesellschaft veranstaltete "Forum Freiheit".

Lobbystrategien und Einfluss

Umwelt/Klimaschutz

Beim Thema Klimapolitik vertritt die Hayek-Gesellschaft überwiegend die Positionen der Leugner/Skeptiker des Klimawandels. So heißt es in einem auf der eigenen Webseite veröffentlichten Positionspapier vom 23. Februar 2010 mit dem Titel "Die Klimakatastrophe findet nicht statt":

"Da die Natur das Klima bestimmt, gibt es weder einen Grund, die CO2 Emissionen zu reduzieren noch für andere Zwangsmassnahmen und steuerliche Belastungen und Regulierungen auf nationaler und globaler Ebene".^[31]

Zu den Unterzeichner gehört der wissenschaftlich umstrittene **Fred Singer**, der nach Einschätzung der ZEIT " *Teil eines von der Industrie finanzierten Komplexes von Verbänden und Instituten (ist), der rund um Washington gewachsen ist. Eine Art Potemkinsches Dorf der Wissenschaft, bevölkert von bezahlten Experten, die den Interessen ihrer Auftraggeber dienen*".^[32]

Michael Limburg, bekannter Klimaleugner, Vizepräsident des **Europäischen Instituts für Klima und Energie** (EIKE) sowie Mitglied der Hayek-Gesellschaft und der AfD, tritt bei Veranstaltungen der Hayek-Gesellschaft als Referent auf. Am 30. Oktober 2019 hält er auf dem von der Hayek-Gesellschaft organisierten FORUM FREIHEIT 2019 einen Vortrag zum Thema „Klimasozialismus“.^[33] Limburg ist der einzige Referent zu diesem Thema; seriöse Klimawissenschaftler sind nicht geladen. Die Moderation übernimmt Carlos A. Gebauer, Vorstandsmitglied der Hayek-Gesellschaft, der bereits 2010 in einem bei family.fair gesendeten Interview mit Limburg als dessen Stichwortgeber fungierte.^[34] Am 23. September 2019 referierte Limburg beim Hayek-Club Berlin zum Thema: „Kann unsere Energiewende das Klima retten?“.^[35]

Auch das befreundete Netzwerk **Students for Liberty**, mit dem die Hayek-Gesellschaft personell verbunden ist, bietet Leugnern des menschengemachten Klimawandels ein Forum.

Zitat

Ob in der Hayek-Gesellschaft oder im breiten Diskurs der Öffentlichkeit – ich habe es nie gern gesehen, wenn Leute vor allem danach streben, sich in einem Biotop gleichgesinnter Ideologen zu bewegen, andere hart auf Linientreue zu testen und einander mit einfachen, möglichst scharfen Parolen hochzuschaukeln. Auch waren die Schriften Hayeks für mich nie eine Art Bibel, sondern schlicht ein wissenschaftliches Werk, mit dem sich zu befassen sehr lohnend ist. Ich halte Sektiererei für unwissenschaftlich und gefährlich. Wer ihr verfällt, pflegt häufig eine Opfermentalität; Andersdenkende sieht er als hassenswerte Subjekte und Teil einer fatalen Verschwörung. Vor einem apokalyptisch gemalten Hintergrund radikalisiert er sich, wird dogmatisch, selbstgerecht, gehässig, intolerant und respektlos. Ich halte das für eine ganz und gar nicht liberale Haltung. Sie ist schlicht anmaßend. Sie ist zudem auch wenig zweckmäßig, wenn es darum gehen soll, andere für den Wert der Freiheit zu erwärmen.

Karen Horn, langjährige Vorsitzende der Hayek-Gesellschaft in der Begründung ihres Austritts im Juli 2015^[36]

Weiterführende Informationen

[Aktivitäten der Hayek-Stiftung und -Gesellschaft, Stand: September 2011](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

- ↑ Austritte aus der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft, www.erklaerung-leipzig.de, abgerufen am 04.05.2020

2. ↑ [Forum Freiheit 2017](#), hayek.de, abgerufen am 04.05.2020
3. ↑ [Philipp Plickert: Liberaler Verein Austritte erschüttern Hayek-Gesellschaft](#), FAZ vom 14. Juli 2015, abgerufen am 04.05.2020
4. ↑ [Karen Horn verläßt Hayek-Gesellschaft](#), Junge Freiheit, 14. Juli 2015, Webseite abgerufen am 04.05.2020
5. ↑ [Karen Horn: Auf dem rechten Auge blind?](#) Schweizer Monat, Juli 2015, Webseite abgerufen am 04.05.2020
6. ↑ [Exodus aus der Hayek-Gesellschaft: Streit unter Liberalen eskaliert](#), NZZ online vom 14. Juli 2015, aufgerufen am 04.05.2020
7. ↑ [„Netzwerk für Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie“ tagt erstmals](#), badische-zeitung.de vom 12.07.2016, abgerufen am 04.05.2020
8. ↑ ^{8,08,18,28,3} [Die Hayek-Gesellschaft-„Mistbeet der AfD“?](#), sueddeutsche.de vom 14.07.2017, abgerufen am 04.05.2020
9. ↑ [Prof. Stefan Kooths](#), ifw-kiel.de, abgerufen am 09.05.2020
10. ↑ [Kuratoriumsbroschüre](#), mehr-demokratie.de, 2013, aufgerufen am 04.05.2020
11. ↑ [Homepage Gebauer](#), make-love-not-law, abgerufen am 04.05.2020
12. ↑ [Alternative für Deutschland Wahlkampfauftakt in Düsseldorf, eigentümlich frei](#), 3. September 2013, abgerufen am 04.05.2020
13. ↑ [Geschäftsführender Vorstand](#), fdp-niederrhein.de, aufgerufen am 04.05.2020
14. ↑ [Prof. Dr. rel. pol. Christoph Zeitler](#), evhn.de, abgerufen am 09.05.2020
15. ↑ [Christoph Zeitler als FDP-Direktkandidat im Wahlkreis Rottal-Inn nominiert](#), fdp-niederbayern.de, abgerufen am 04.05.2020
16. ↑ [Von FDP zu AfD](#), 20.11.2013, ovb.online.de, abgerufen am 04.05.2020
17. ↑ ^{17,017,1} ["Liberaler Verein wählt Vorstand"](#), Politikexpress.de vom 11.08.2014, aufgerufen am 04.05.2020
18. ↑ [Prof. Dr. Christoph Zeitler: Vorstellung Liberale Vereinigung/Liberale Zukunft 03.10.14](#), youtube.com, abgerufen am 04.05.2020
19. ↑ [Vorstandsmitglieder der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft](#), Webseite Hayek-Gesellschaft, abgerufen am 04.05.2020
20. ↑ [Positionen Michael Wolgemuth](#), eucken.de, aufgerufen am 04.05.2020
21. ↑ [Austritte erschüttern Hayek-Gesellschaft](#), faz.net vom 14.07.2015, abgerufen am 04.05.2020
22. ↑ [Streitbare Geiser der Freiheit](#), faz.net vom 26.06.2015, abgerufen am 04.05.2020
23. ↑ [Langer Marsch von rechts](#), afdwatchafd.wordpress.com vom 18.09.2015, aufgerufen am 04.05.2020
24. ↑ [Nachruf Dr. Edmund Radmacher](#), hayek.de vom 20.05.2016, aufgerufen am 04.05.2020
25. ↑ [Hayek-Tage 2016](#), hayek.de, abgerufen am 04.05.2020
26. ↑ [Students for Liberty \(SFL\)](#), Greenpeace.org, abgerufen am 04.05.2020
27. ↑ [Google, Facebook, and Microsoft Sponsored a Conference That Promoted Climate Change Denial](#), motherjones.com vom 22.01.2019, abgerufen am 01.10.2019
28. ↑ [Atlas Network Plays Prominent Role At ISFCL](#), atlasnetwork.org vom 10.02.2015, abgerufen am 01.10.2019
29. ↑ [Profil](#), misesde.org, abgerufen am 04.05.2020
30. ↑ [Links](#), libinst.ch, abgerufen am 04.05.2020
31. ↑ [Die Klimakatastrophe findet nicht statt](#), Webseite Hayek-Gesellschaft, abgerufen am 04.05.2020
32. ↑ [Die Klimakrieger. Wie von der Industrie bezahlte PR-Manager der Welt seit Jahren einreden, die Erderwärmung finde nicht statt](#). ZEIT online vom 28. November 2012, abgerufen am 04.05.2020
33. ↑ [FORUM FREIHEIT 2019](#), hayek.de, abgerufen am 04.05.2020

34. ↑ [Michael Limburg im Gespräch mit Carlos A. Gebauer über das Weltklima](#), Gloria.tv vom 24.04.2010, abgerufen am 04.05.2020
35. ↑ [Vergangene Veranstaltung](#), hayek-berlin.de, abgerufen am 04.05.2020
36. ↑ [Austritte aus der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft](#), [www.erkaerung-leipzig.de](#), abgerufen am 04.05.2020